

Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität

Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung
im Trend

Edited Volume

Author(s):

Haltiner, Karl W.; Bertossa, Luca; Spillmann, Kurt R.

Publication date:

1996

Permanent link:

<https://doi.org/10.3929/ethz-a-001550187>

Rights / license:

In Copyright - Non-Commercial Use Permitted

Originally published in:

Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 38

*Zürcher Beiträge
zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*

Heft Nr. 38

Karl W. Haltiner / Luca Bertossa / Kurt R. Spillmann

Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität

*Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung
im Trend*

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

Zürich 1996

FSK auf dem Internet

Die "Zürcher Beiträge" sowie die anderen Publikationen der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse sind ebenfalls auf dem World Wide Web im Volltext verfügbar.

URL: <http://www.fsk.ethz.ch/fsk/>

Inhaltsverzeichnis

Wichtigste Befunde und Schlussfolgerungen	1
Synthèse des résultats et conclusions	5
1. Grundlagen	9
1.1 Fragestellung und Methoden	9
1.2 Datenbasis 1995.....	10
2. Internationale Öffnung versus nationale Autonomie - die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen	11
2.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage	11
2.2 Die 19 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend	13
2.2.1 Internationale Kooperation durch Bindung bzw. Annäherung EU bzw. EWR bzw. europäische Armee.....	13
2.2.2 Internationale Kooperation durch Bindung bzw. Annäherung NATO bzw. UNO.....	14
2.2.3 Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	16
2.2.4 Beibehaltung der Neutralität.....	17
2.2.5 Beibehaltung verschiedener Grade an nationaler Autonomie	18
2.3 Öffnungsbereitschaft versus Autonomiebetonung: eine Typologie dominanter Einstellungsmuster	20
2.4 Die Anteile der drei Kooperationstypen im Trend 1993-1995.....	23
2.5 Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemogra- phischen Merkmalen und nach der politischen Selbst- einstufung (Links-rechts-Dimension) 1993 und 1995	24
2.6 Öffnungsbereitschaft nach der Einschätzung der wirt- schaftlichen Entwicklung im Falle eines EU-Beitritts.....	28
3. Die Wahrnehmung verschiedener Neutralitätsfunktionen	30
3.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen	30
3.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993-1995	31
3.3 Neutralitätsauffassungen - eine Typologie dominanter Meinungen	35

3.4 Die Neutralitätstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen	38
4. Bedrohungsvorstellungen und aussenpolitische Kooperationsbereitschaft	42
4.1 Bedrohungswahrnehmungen	42
4.2 Die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren.....	46
4.3 Die Bedrohungsbilder für die einzelnen Kooperationstypen.....	47
5. Internationale Kooperationsbereitschaft in der Sicherheitspolitik	51
5.1 Wahrgenommene Sicherheitsautonomie	51
5.2 Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration	52
5.3 Zustimmung zu Blaumützenmissionen und zu Auslandeinsätzen von Schweizer Soldaten	54
5.4 Einstellung zur Zusammenarbeit mit ausländischen Armeen, wie sie die NATO-Initiative "Partnership for Peace" (PfP) vorsieht	55
5.5 Sicherheitspolitische Aspekte und aussenpolitische Kooperationswilligkeit.....	57
Literaturverzeichnis	60
ANHANG	61
1. Die Qualität der Variablen.....	63
2. Korrelationen und Koeffizienten.....	63
3. Die Clusteranalyse.....	64
Typologie der Kooperationswilligkeit 1995	66
Typologie der Neutralitätsauffassungen 1995	67
Die Cluster-Typologien von 1993	68
Typologie der Kooperationswilligkeit 1993	69
Typologie der Neutralitätsauffassungen 1993	70
Fragebogen und Häufigkeiten.....	71

Herzlichen Dank gilt an dieser Stelle Frau Silvia Rüesch für die Manuskript-erstellung, Herrn lic. phil. Christoph Buri für die erste Datenauswertung, Frau Elisabeth Matousek für die Übersetzung des Resumées, Herrn lic. phil. Robert Fabrin für die Durchsicht des Manuskripts und Herrn lic. phil. Thomas Köppel für die endgültige Layoutgestaltung.

Wichtigste Befunde und Schlussfolgerungen

Im Zentrum der vorliegenden Erhebungsstudie stehen Fragen

- nach dem Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft in der schweizerischen Bevölkerung,
- danach, ob sich im Verlaufe der letzten Jahre bei dieser Kooperationsbereitschaft Trends und Tendenzen ausmachen lassen.

Ihr liegen Befragungen zugrunde, die im wesentlichen bis 1989 zurückreichen. Die letzte datiert vom Sommer 1995.

Zentral für die Analyse ist die Annahme, dass sich die Frage nach einem Mehr an Öffnung oder einem Mehr an Betonung nationaler Autonomie in der schweizerischen Bevölkerung nicht in der Entweder-oder-, sondern in einer vielschichtigen Sowohl-als-auch-Form stellt. Unser Interesse gilt deshalb nicht so sehr den Häufigkeitsverteilungen auf Einzelfragen, sondern der Ermittlung relativ stabiler aussen- und sicherheitspolitischer Meinungskonfigurationen bzw. Meinungstypen.

Im Mittelpunkt steht die Dimension Öffnung versus Autonomie der Schweiz. Sie wird durch eine doppelpolige Skala von Fragen ermittelt, die von einem Beitritt in supra- bzw. internationale Institutionen (UNO, EU, EWR, NATO) am einen Ende über eine Annäherung an diese, über Formen der autonomen Öffnung ohne institutionelle Bindung, über einen moderaten zu einem strikten Autonomiekurs am anderen Ende reicht. Ausserdem wird die Bedeutung der Neutralität bei diesen Optionen sowie die Verbreitung verschiedener Auffassungen von Neutralität in der schweizerischen Bevölkerung ermittelt.

Im 6jährigen Trend liegen die durchschnittlichen Zustimmungsraten zu allen Formen der autonomen und unverbindlichen Form der internationalen Kooperation der Schweiz (z.B. Verstärkung der Konfliktvermittlung durch die Schweiz, Entwicklungshilfe) über jenen zur Annäherung bzw. zum Beitritt zu internationalen oder supranationalen Institutionen (UNO bzw. EU). Sie liegen tendenziell aber auch über jenen, die einen strikten Autonomiekurs gutheissen. Eine allgemeine leichte Abschwächung der Kooperationsbefürwortung lässt sich beobachten für die letzten vier Jahre.

Was die Kooperationsform mit inter- bzw. supranationalen Institutionen anbetrifft, so wird trendmässig der autonomen Annäherung in jedem Fall der Vorzug vor einem Beitritt gegeben.

Die Zustimmungsraten zur EU (Beitritt, Annäherung) schwanken zyklisch, diejenigen zur NATO/europäischen Verteidigung sind stabil auf tiefem Niveau, diejenigen zur UNO seit 1989 leicht abnehmend.

Die Zustimmungsraten - ob hoch oder tief - zu politischen und wirtschaftlichen Formen der internationalen Kooperation liegen tendenziell über denen zu sicherheitspolitischen Kooperationsformen. (Ausnahme: Schweizer UNO-Friedenstruppen. Hier bewegen sich die Zustimmungsraten parallel zu jenen eines UNO-Beitritts). Es gilt aber: Wer sich für eine Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation ausspricht, neigt auch dazu, eine Intensivierung der sicherheitspolitischen Kooperation zu billigen.

Die Beibehaltung der Neutralität erhält die vergleichsweise höchsten Zustimmungsraten. Der langfristige Trend 1983-1995 scheint leicht fallend zu sein. Eine schwache, aber in der Tendenz stabile Mehrheit befürwortet die Auffassung, wonach die Neutralität nurmehr auf ein militärisches Konfliktinvolvement zu beschränken sei (differentielle Neutralitätsauffassung). Eine extrem traditionalistische Auffassung der Neutralität ist bei fast der Hälfte der schweizerischen Bevölkerung verbreitet. Diese hat sich in den letzten drei Jahren nur leicht abgeschwächt. Insgesamt ist der Symbol- und Identitätswert der Neutralität und deren politisches Gewicht als Staatsmaxime in der schweizerischen Bevölkerung ungebrochen hoch. Alle ihre möglichen Funktionen (sicherheitspolitische, identitätsbildende, internationale Solidarität) werden überwiegend positiv eingestuft. Sicherheitspolitisch übernimmt sie die Rolle einer Art Versicherung, von der man annimmt, dass sie sich im Falle europäischer Konflikte aktivieren lässt.

Die durchschnittlichen Zustimmungsraten für eine Strategie der nationalen Autonomie liegen zwar tiefer als jene für die Strategie einer Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen, zeigen indes für die letzten drei Jahre eine leicht steigende Tendenz.

Typologisch lassen sich bezüglich der Haltung der Befragten drei dominante Einstellungsmuster ausmachen:

- Befürworter einer Öffnung der Schweiz durch Bindungen an supra- bzw. internationale Institutionen unter Hinnahme eines nationalen Souveränitätsverlustes und einer kritisch-pragmatischen Neutralitätsauffassung (in der Studie als "harte" Öffnungsbefürworter bezeichnet). Ihr Anteil in der Bevölkerung fällt von 39% im Jahre 1993 auf 29% im Jahr 1995.
- Befürworter einer möglichst uneingeschränkten Autonomie unter Ablehnung jeder Minderung nationaler Souveränität und einer traditional-finalen Neutralitätsauffassung (in der Studie als "Autonomisten" bezeichnet). Ihr Anteil wächst von 37% (1993) auf 45% (1995).
- Befürworter einer Art Kompromissstrategie zwischen einer konsequent bindungsbejahenden Öffnung (EU) und einer moderat autonomistischen Haltung. Sie geben 1995 dem EWR und einer autonomen Form der Öffnung der Schweiz den Vorzug vor verpflichtenden Bindungen (in der Studie als "weiche"

Öffnungsbefürworter bezeichnet). Ihr Anteil steigt von 24% (1993) leicht an auf 26% (1995).

Offensichtlich hat der Autonomismus in der Schweiz in den letzten drei Jahren tendenziell auf Kosten einer Billigung der Intensivierung internationaler Kooperation an Boden gutgemacht. Dies insbesondere bei den über 50jährigen, den unteren Bildungsschichten und in der Westschweiz. Der allgemeine Wille zur Öffnung der Schweiz hat sich leicht abgeschwächt. Gemessen an der typologischen Verteilung sind die Befürworter einer verstärkten Öffnung der Schweiz 1995 noch immer in der Überzahl. Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten steht nach wie vor für eine Intensivierung der internationalen Kooperation ein. Diese schwache Mehrheit ist jedoch ihrerseits gespalten mit Bezug auf den einzuschlagenden Kurs. Gerade deshalb dürfte es derzeit schwierig werden, in der Schweiz für konkrete aussen- und sicherheitspolitische Kooperationsschritte eine Mehrheit zu finden.

Die Rangfolge der wahrgenommenen Bedrohungen erweist sich über das Ganze gesehen als wesentlich stabil. Je nach wirtschaftlicher Konjunktur wechseln sich im langfristigen Trend Umwelthanliegen oder wirtschaftliche Sorgen an der Spitze der Bedrohungsprioritäten ab. Die Erwartungen bezüglich Entwicklung der Weltlage haben sich in den letzten fünf Jahren relativ stetig verdüstert. Die Angst vor dem Einbezug in kriegerische Ereignisse rangiert tief, hat aber auf tiefem Niveau in den letzten zwei Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Überfremdungsängste und Angst vor wachsender Kriminalität sind insbesondere bei Personen überdurchschnittlich verbreitet, die aussenpolitisch zu einer autonomistischen Haltung neigen.

Der Glaube an die Machbarkeit und die Wünschbarkeit einer gesamteuropäischen Verteidigung ist gering. Gegenüber einem sicherheitspolitischen Auslandengagement von Schweizer Soldaten besteht grundsätzliche Skepsis. Eine mehrheitliche Zustimmung besteht für eine Weiterführung des friedenspolitischen Engagements der Schweiz im Rahmen und Umfang bisheriger Blaumützeinsätze. Schwach abgelehnt werden mehrheitlich Blauhelme und eine Ausweitung des militärgetragenen Auslandengagements. Generell gilt im langfristigen Trend: Die Akzeptanz von Auslandseinsätzen schweizerischer Soldaten nimmt in der Masse ab, in dem diese Einsätze an militärischem Charakter gewinnen und in dem diese deutlich über den bis heute üblichen Umfang hinausgehen.

Einer schwachen, die Neutralität nicht tangierenden Zusammenarbeit mit der NATO, wie sie das Angebot einer "Partnerschaft für den Frieden" vorsieht, steht die Bevölkerung nicht grundsätzlich negativ gegenüber. Dazu ist das NATO-Angebot der Durchschnittsbürgerin und dem Durchschnittsbürger wohl auch zuwenig bekannt. Es darf aber mit einer unbestrittenen Billigung durch die Bevölkerung nur für jene Bereiche der Zusammenarbeit mit der NATO gerechnet werden, die wenig unmittelbar kombattanten Charakter haben, die nicht eine

Integration in ausländische Verbände zur direkten Konsequenz haben und die insbesondere nicht eine die Handlungsfreiheit der Schweiz womöglich tangierende militärische Planung einschliessen. Die letzteren Optionen wecken relativ rasch Neutralitätsreflexe. Eine eindeutige mehrheitliche Zustimmung erhält einzig eine Kooperation bei der militärgestützten Katastrophenhilfe.

Ein Ja zur Öffnung der Schweiz Richtung Europa gründet in der Regel im Vertrauen in die friedens- und stabilitätssichernde Wirkung des europäischen Integrationsprozesses und in der Skepsis darüber, dass nationale Sicherheit im staatlichen Alleingang künftig noch machbar sei. Umgekehrt sind ein historisch begründetes tiefes Misstrauen in die im Entstehen begriffene europäische Friedensordnung und ein ungebrochen grosses Vertrauen in die Tradition autarker Sicherheitspolitik wichtige Grundlagen für die autonomistische Strömung in der Schweiz.

Disponibilité à la coopération internationale et neutralité: synthèse des résultats et conclusions

La présente analyse se base sur des enquêtes effectuées essentiellement depuis 1989 auprès de la population suisse. La dernière date de l'été 1995.

Elle apporte des réponses à d'importantes questions telles que:

- dans quelle mesure la population suisse est-elle prête à coopérer en matière de politique extérieure et de politique de sécurité et
- des courants et tendances traduisant cette disponibilité à coopérer se manifestent-ils au cours de ces dernières années?

Dans le cadre de cette analyse, il est important de souligner que la question relative à "plus d'ouverture" ou "plus d'autonomie nationale" ne se présente pas sous la forme de "soit-soit" mais sous la forme d'options stratifiées. C'est la raison pour laquelle nous nous intéressons moins aux répartitions de fréquences sur des questions isolées qu'à la détermination - en matière de politique extérieure et de politique de sécurité - de configurations d'opinions, respectivement de types d'opinions relativement stables.

La dimension "ouverture" par opposition à "autonomie" de la Suisse se trouve au centre de nos considérations. Elle est perçue au moyen d'une échelle bipolaire de questions dont l'éventail comprend les options: "adhérer à des institutions supranationales, respectivement internationales (ONU, EU, EEE, OTAN)", "se rapprocher de celles-ci", "adopter des formes d'ouverture autonome sans lien institutionnel", "s'orienter vers une autonomie modérée voire stricte". En outre, la présente analyse a pour objectif de déterminer l'importance de la neutralité à travers ces options et la répartition des différentes perceptions de la neutralité au sein de la population suisse.

Les taux moyens d'approbation concernant toutes les formes - à caractère autonome et informel - de coopération internationale de la Suisse (p.ex. renforcement du rôle de médiation dans les conflits, aide au développement) dépassent les taux en faveur d'un rapprochement, respectivement d'une adhésion à des institutions supranationales (ONU, respectivement EU) ou internationales. C'est ce qui ressort d'un courant s'étendant sur six ans. Mais les tendances montrent que ce pourcentage est supérieur à celui en faveur d'une orientation vers l'autonomie stricte. Ces quatre dernières années ont été marquées par un léger fléchissement des taux d'approbation.

En ce qui concerne la forme de coopération avec les institutions internationales, respectivement supranationales, les courants révèlent dans tous les cas une préférence accordée à l'approche autonome par rapport à une adhésion.

Les taux d'approbation quant à l'UE (adhésion, rapprochement) oscillent cycliquement, ceux quant à l'OTAN/défense européenne restent stables à un niveau bas et ceux quant à l'ONU sont en légère baisse depuis 1989.

Selon les tendances, les taux d'approbation - qu'ils soient élevés ou bas - relatifs aux formes politiques et économiques de la coopération internationale sont supérieurs à ceux relatifs aux formes de coopération en matière de politiques de sécurité (exception: les casques bleus. Dans ce cas les taux d'approbation suivent un cours parallèle aux taux en faveur d'une adhésion à l'ONU). Mais il faut souligner que les personnes qui se déclarent favorables à une intensification de la coopération politique et économique ont aussi tendance à approuver une intensification de la coopération en matière de politique de sécurité.

Comparativement, le maintien de la neutralité obtient les taux d'approbation les plus élevés. Le courant à long terme 1983-1995 semble accuser un faible fléchissement. Une légère majorité, mais qui est stable au niveau de la tendance, est d'avis que la neutralité ne doit plus se limiter qu'à une implication militaire en cas de conflit (conception différentielle de la neutralité). Presque la moitié de la population a une perception très traditionaliste de la neutralité. Cette attitude n'a que peu faibli durant ces trois dernières années. Dans l'ensemble, la valeur de symbole et d'identité de la neutralité ainsi que son crédit politique en tant que maxime étatique sont restés élevés au sein de la population suisse. Toutes les fonctions potentielles de la neutralité (solidarité en matière de politique de sécurité, solidarité génératrice d'identité, solidarité internationale) jouissent d'une appréciation très positive. En matière de politique de sécurité la neutralité joue le rôle d'une sorte d'assurance qui serait censée être activée en cas de conflits européens.

Bien que le taux des tenants d'une stratégie orientée vers l'autonomie nationale soit inférieur à celui des personnes favorables à une stratégie d'ouverture de la Suisse sans lien institutionnel, il a tendance à augmenter légèrement ces trois dernières années.

Trois formes principales d'attitude se distinguent typologiquement:

- Les personnes qui sont en faveur d'une ouverture (en liant la Suisse à des institutions supranationales, respectivement internationales) et qui acceptent une perte de souveraineté nationale ainsi qu'une perception critique et pragmatique de la neutralité (dans l'étude ils sont appelés les "partisans durs d'une ouverture"). Ils représentaient 39% de la population en 1993 et 29% en 1995.
- Les partisans d'une autonomie aussi illimitée que possible qui refusent toute amputation de la souveraineté nationale et de la conception traditionnelle de la neutralité à valeur de finalité (dans l'étude ils figurent sous le terme "autonomistes"). Leur pourcentage s'accroît. Il passe de 37% en 1993 à 45% en 1995.

- Les tenants d'une sorte de stratégie de compromis, laquelle se situerait entre une ouverture inconditionnelle (UE) et une attitude autonomiste modérée. En 1995 ils préfèrent l'EEE et une forme autonome d'ouverture de la Suisse à des liens contraignants (dans l'étude ils sont nommés "partisans d'une ouverture en douceur"). On constate que leur pourcentage est en légère hausse - soit 24% en 1993 et 26% en 1995.

Apparemment ces trois dernières années l'autonomisme en Suisse a tendanciellement progressé aux dépens d'une intensification de la coopération internationale. Ceci particulièrement parmi les plus de 50 ans, dans les couches intellectuelles inférieures et en Suisse occidentale. La volonté générale d'ouverture de la Suisse s'est légèrement affaiblie. D'après la répartition typologique, les partisans d'une plus large ouverture de la Suisse sont encore majoritaires en 1995. Un peu plus de la moitié de toutes les personnes interrogées continuent à cautionner une intensification de la coopération internationale. Cependant, cette faible majorité est divisée en ce qui concerne le chemin à emprunter. C'est la raison pour laquelle il serait en ce moment difficile de trouver en Suisse une majorité prête à entreprendre des démarches concrètes allant dans le sens d'une coopération en matière de politique extérieure et de politique de sécurité.

La hiérarchie des menaces perçues s'avère stable dans l'ensemble. Le courant à long terme montre que, selon la conjoncture économique, les préoccupations écologiques et économiques alternent à la tête des menaces prioritaires. Ces cinq dernières années les attentes relatives à l'évolution de la situation mondiale se sont assombries de manière relativement constante. Bien que la crainte d'être impliqué dans des événements guerriers ne soit pas très forte, elle a repris de l'importance ces deux dernières années. Les inquiétudes concernant l'emprise étrangère et la crainte face à une criminalité grandissante sont particulièrement répandues (elles sont supérieures à la moyenne) chez les personnes ayant tendance à adopter des attitudes autonomistes en matière de politique de sécurité.

Peu de personnes croient à la faisabilité d'une défense européenne et la désire. Un scepticisme fondamental prévaut en ce qui concerne l'engagement - au niveau de la politique de sécurité - de soldats suisses à l'étranger. Une majorité agrée de poursuivre l'engagement de la Suisse en matière de politique de paix dans le cadre actuel des engagements de bérets bleus. Une faible majorité est opposée aux casques bleus et à un élargissement de l'engagement militaire à l'étranger. Dans l'ensemble, le courant montre à long terme que plus les engagements de soldats suisses à l'étranger adoptent un caractère militaire et plus ils prennent d'importance par rapport aux engagements actuels, moins ils sont acceptés.

L'attitude de la population suisse face à une collaboration avec l'OTAN - telle que la prévoit l'offre de "partenariat pour la paix" - n'est pas fondamentalement négative à condition que cette coopération soit faible et ne porte pas atteinte à la neutralité. Cette attitude s'explique par le fait que la citoyenne moyenne et le ci-

toyen moyen ne connaissent pas suffisamment la teneur de l'offre de l'OTAN. Mais on peut s'attendre à ce que la population approuve sans réserve une collaboration avec l'OTAN uniquement dans des domaines qui ne revêtent pas directement un caractère contrôlant, qui n'ont pas pour conséquence directe une intégration dans des formations étrangères et qui n'incluent pas une planification militaire susceptible d'enfreindre la liberté d'action de la Suisse. Ces options-ci éveillent vite des réflexes de neutralité. Seule une collaboration dans le cadre de l'aide militaire en cas de catastrophe recueille une majorité sans équivoque.

Un oui à l'ouverture de la Suisse sur l'Europe se fonde, en général, d'une part sur une confiance en l'efficacité pacifiste et sécurisante que procure le processus d'intégration européenne et d'autre part sur le scepticisme quant à la faisabilité d'établir une sécurité nationale dans le "Alleingang". A l'inverse l'orientation autonomiste en Suisse est fortement basée sur une profonde méfiance - historiquement justifiée - face à la montée d'un ordre de paix européen et sur une confiance intacte dans la tradition d'une politique de sécurité autarcique.

1. Grundlagen

1.1 Fragestellung und Methoden

Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ führt zusammen mit der Militärischen Führungsschule an der ETHZ seit 1991 in unregelmässigen Abständen bevölkerungsrepräsentative Erhebungen zur aussen- und sicherheitspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz durch.

Den Erhebungen liegen die folgenden Überlegungen zugrunde: Der offizielle Kurs schweizerischer Aussen- und Sicherheitspolitik weist in Richtung Öffnung, Kooperation und europäische Integration. Nach dem in verschiedenen Berichten¹ ausgedrückten Willen der Landesregierung soll die Schweiz aus den veränderten geo- und eurostrategischen Rahmenbedingungen die Konsequenzen ziehen. Wie aber steht es um die innenpolitischen Rahmenbedingungen für die behördliche Aussen- und Sicherheitspolitik? Zu welcher Grundhaltung neigt die Schweizer Bevölkerung? Trägt sie in ihrer Mehrheit den behördlichen Kurs mit? Wohin neigt die Mehrheit: Soll das Land sich mehr als bisher öffnen und die internationale Kooperation intensivieren, oder soll es bei der traditionellen Strategie der maximalen Autonomiebetonung bleiben? Bilden sich die Durchschnittsbürgerin und der Durchschnittsbürger überhaupt konkrete Meinungen zur Aussen- und Sicherheitspolitik, oder sind diesbezügliche Vorstellungen eher diffus und kon- turlos?

Die erste Trendstudie erschien 1994 unter dem Titel "Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend". Dort finden sich die theoretischen Grundlagen erörtert, die dieser Fortset- zungsstudie zugrunde liegen.

Das Befragungskonzept ist ein zweiteiliges. Zum einen werden mittels Wie- derholung von Fragen bzw. Fragebatterien *Trends und Tendenzen* ermittelt². Zum anderen werden Einstellungen zu aktuellen Ereignissen erhoben.

Trendteil der Erhebungen 1993-1995:

- a) Ermittlung der grundsätzlichen Bereitschaft der schweizerischen Bevölkerung zur Öffnung der Schweiz durch Intensivierung der internationalen Kooperati- on auf wirtschaftlichem, politischem und sicherheitspolitischem Gebiet bzw. Ermittlung des Grades an Betonung schweizerischer Autonomie.

¹ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (B 90), Bern; Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jah- ren (29. Nov. 1993), Anhang: Bericht zur Neutralität, Bern.

² Unter "Trend" verstehen wir die Richtung einer statistisch messbaren Einstellungsentwick- lung über eine längere, mehr als zwei Jahre dauernde Periode. Als "Tendenz" kann eine kurz- fristige, bis zu zwei Jahren dauernde Entwicklung gelten.

Grundlage für die Ermittlung bildet seit 1993 eine skalenartig konzipierte Batterie von 19 Fragevorgaben. Die Auswertung erfolgt typologisch (Methode: Clusteranalyse, vgl. Anhang).

- b) Ermittlung der Bewertung der schweizerischen Neutralität grundsätzlich und mit Bezug auf verschiedene staatsrechtliche Funktionen.

Aktualitätsteil 1995:

Einstellung zum NATO-Angebot "Partnership for Peace" (PfP) und zum Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten.

1.2 Datenbasis 1995

Die Untersuchung 1995 stützt sich auf eine Repräsentativbefragung von 801 stimmfähigen Schweizerinnen und Schweizern der deutschen und französischen Schweiz im Alter ab 18 Jahren. Durchgeführt wurde sie vom Institut Isopublic, Zürich, in persönlichen Interviews im Sommer 1995 (Mai-Juli). Die Stichprobe beruht auf dem Quotenverfahren (vgl. Fragebogen mit den prozentualen Häufigkeiten im Anhang).

Für Vergleiche und Trendanalysen werden Daten von Dritten mit Quellenangabe am Ort und frühere Befragungen mit gleichen Fragen durch die Autoren selbst beigezogen.

Statistische Kennzahlen und Methoden werden im *Anhang* erklärt.

2. Internationale Öffnung versus nationale Autonomie - die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen

2.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage

Der Ermittlung des Grades an internationaler Kooperationswilligkeit in der schweizerischen Bevölkerung liegt die folgende Überlegung zugrunde:

Theoretisch ist ein Einstellungskontinuum in der Bevölkerung denkbar, das von einer maximalen Öffnungswilligkeit der Schweiz bis hin zu einer maximalen Autonomiebetonung reicht. Wer den Beitritt des Landes in supra- bzw. internationale Institutionen (in unserem Fall: EU, UNO, NATO) gutheisst, kann als maximalöffnungsbereit gelten. Umgekehrt: Wer die Meinung vertritt, die Schweiz solle sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen jeglicher Art fernhalten, kann als maximalautonomiebetonend gelten.

Zwischen diesen gegensätzlichen Extrempositionen sind sinnvolle mindere Grade an Öffnungsbereitschaft bzw. Autonomiebetonung denkbar. Ein geringerer Grad an Öffnungsbereitschaft manifestiert sich beispielsweise in der Bereitschaft, den Beitritt der Schweiz zu bestimmten Institutionen (z.B. der UNO oder der EU oder der NATO) gutzuheissen, zu anderen hingegen nicht. Als noch geringer ist ein Grad an Öffnungsbereitschaft zu bezeichnen, der anstelle von Beitritten nur eine autonome Annäherung der Schweiz an Institutionen (z.B. durch Nachvollzug von wirtschaftspolitischen Massnahmen, durch einseitige Anpassung von Recht) billigt.

Auf der anderen Seite unterscheidet sich eine mildere Autonomiebetonung von einer maximalen beispielsweise durch die Forderung, die Schweiz solle möglichst unabhängig bleiben, mit anderen Worten, die Beibehaltung nationaler Souveränität sei zu optimieren, nicht zu maximieren. Eine Annäherung oder gar ein Beitritt zu einzelnen supra- bzw. internationalen Institutionen wird dabei nicht ausgeschlossen.

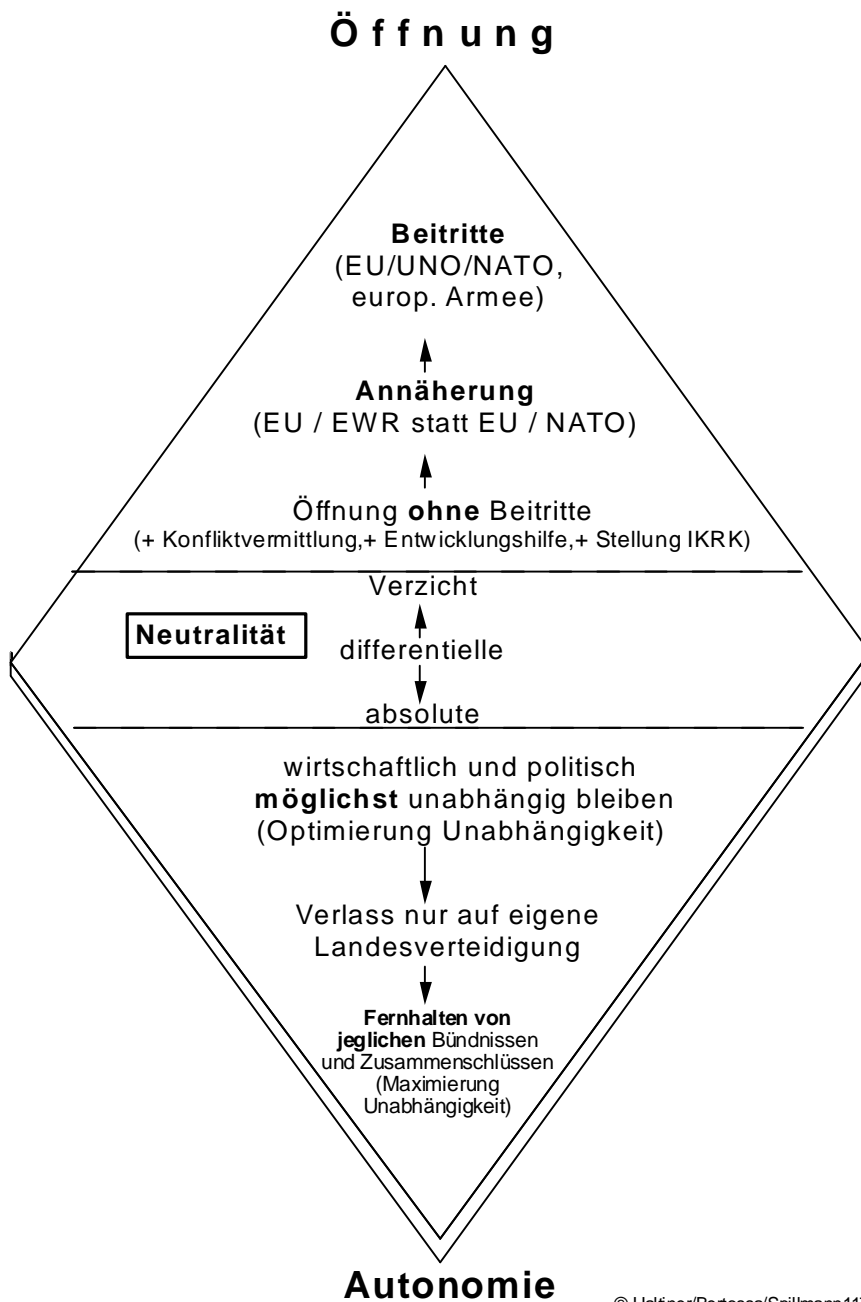
Die Neutralitätsauffassung der Befragten - so die Hypothese - kann als eine Art Scharnier definiert werden, das den Winkel der Öffnungs- bzw. die Autonomieperspektive bestimmt. Zu erwarten ist, dass, wer eine Öffnung der Schweiz fordert, eher den Verzicht auf die Neutralität oder eine differentielle Neutralität billigt, als wer sich für das Festhalten an der nationalen Souveränität unter Verzicht auf internationale Bindungen ausspricht.

Mit anderen Worten: Das in *Abbildung 2.1* dargestellte Kontinuum geht von der Vermutung aus, dass die Frage "Öffnung versus Autonomie der Schweiz" in der befragten Bevölkerung nicht Entweder-oder-, sondern *Sowohl-als-auch-Charakter* hat. Die Öffnungsbereitschaft der Bevölkerung lässt sich deshalb auch nicht - wie dies in verschiedenen Trendbefragungen hierzulande derzeit geschieht - mit einer Einzelfrage, beispielsweise nach der Willigkeit, der EU bei-

zutreten, angemessen erfassen und wiedergeben. Eine Öffnungsbereitschaft verschiedener Grade lässt sich mit unterschiedlichen Graden der Autonomie- und Neutralitätsbetonung vereinbaren.

Der Ermittlung des Grades an Öffnungsbereitschaft bzw. Autonomiebetonung dienen seit 1993 insgesamt 19 Fragen, sogenannte Indikatoren. Sie alle sind als Zielvorgaben ("Die Schweiz sollte...") formuliert. Sieben der 19 ausenpolitischen Zielvorgaben wurden bereits im Jahre 1989 und 1991 erfragt, die Vorgabe zur Beibehaltung der Neutralität schon 1983.

Abb. 2.1: Das der Befragung zugrunde gelegte Einstellungskontinuum



2.2 Die 19 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend

Die 19 Indikatoren sind gegliedert nach

- der Bereitschaft zu internationaler Kooperation durch institutionelle Annäherung bzw. Beitritt zur EU bzw. zum EWR (*Abbildung 2.2*) sowie zur NATO bzw. zur UNO (*Abbildung 2.3*),
- der Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (*Abbildung 2.4*),
- der Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (*Abbildung 2.5*),
- der Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (*Abbildung 2.6*).

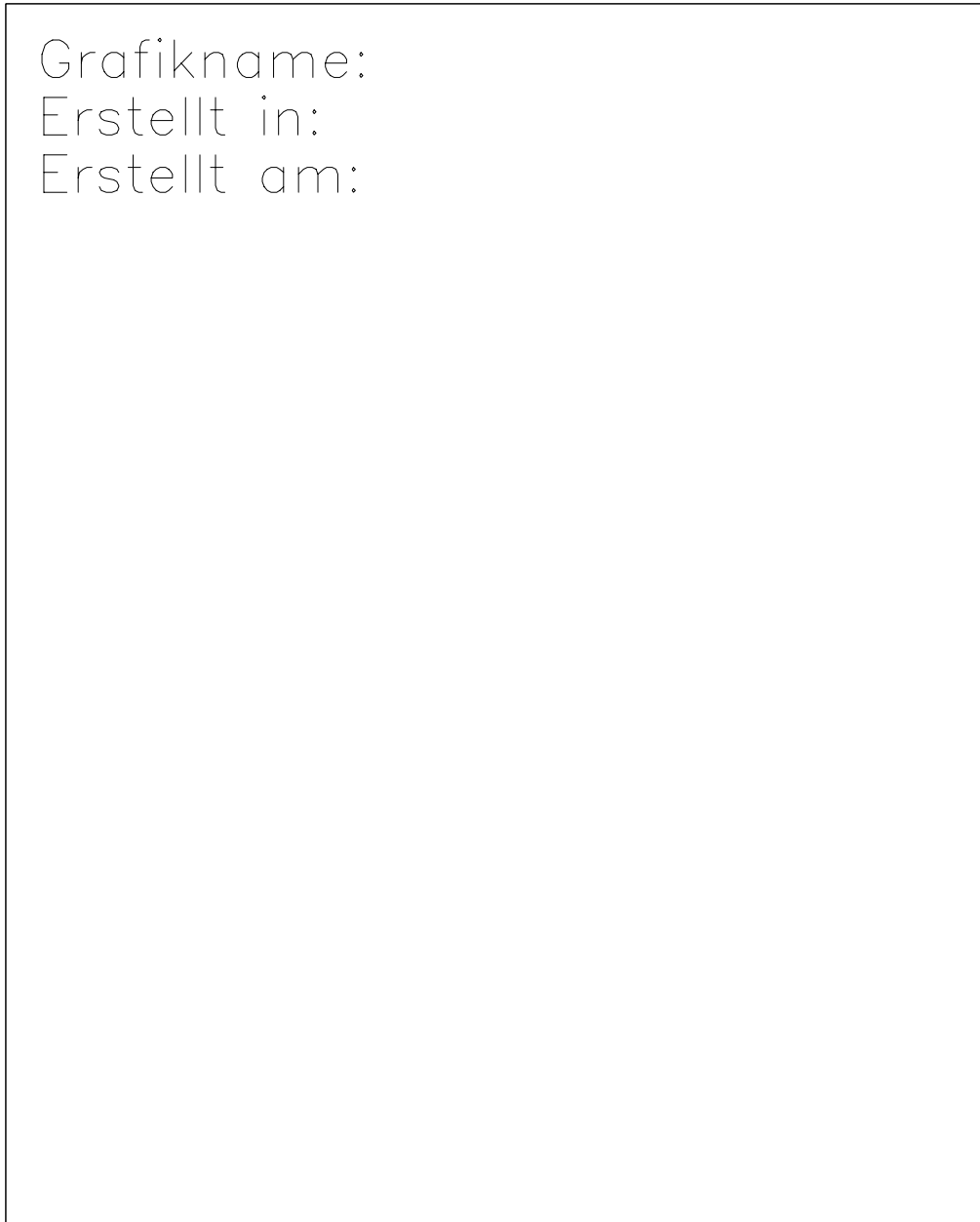
2.2.1 Internationale Kooperation durch Bindung bzw. Annäherung: EU bzw. EWR bzw. europäische Armee

Im längerfristigen Trend überwiegt die Meinung, die Schweiz solle sich mehr als bisher der EU politisch annähern, jene einer EU- bzw. einer EWR-Beitrittsbefürwortung (*Abbildung 2.2*). Nur die *Annäherungsoption* ist im Beobachtungszeitraum mehrheitsfähig. Das heisst, nur hierzu liegt eine Zustimmungsrate vor, die seit 1990/91 im Bevölkerungsdurchschnitt 50% überschreitet.

Weder der EU- noch der EWR-Beitritt erhält im Zeitraum 1993-1995 je eine mehrheitliche Zustimmung. Die Zahl der Befürworter eines EU-Beitritts übersteigt 1995 jene der Befürworter eines EWR-Beitritts.

Ablehnung überwiegt bei der Frage nach dem Mitmachen der Schweiz beim Aufbau einer europäischen Armee. Die höhere Zustimmung im April 1995 (41%) als im Frühsommer des gleichen Jahres (21%) lässt vermuten, dass die Bereitschaft zum Mitmachen bei einer gesamteuropäischen Verteidigung erheblichen Stimmungsschwankungen unterliegt, die von aktuellen äusseren Ereignissen beeinflusst werden.

Abb. 2.2: Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft durch Bindung bzw. Annäherung ("harte" Kooperation): EU, EWR, europäische Armee (Angaben in Prozent)



2.2.2 Internationale Kooperation durch Bindung bzw. Annäherung NATO bzw. UNO

Eine Annäherung der Schweiz an die NATO erfährt im Beobachtungszeitraum eine insgesamt höhere Zustimmung als ein Beitritt (*Abbildung 2.3*). Beide Meinungen sind jedoch weit davon entfernt, mehrheitsfähig zu sein, sie werden nur von Minderheiten geteilt. Für beide NATO-Optionen lag die Zustimmungsrate im April 1995 deutlich höher als im Frühsommer 1995.

Abb. 2.3: Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft (Angaben in Prozent)

Grafikname:
Erstellt in:
Erstellt am:

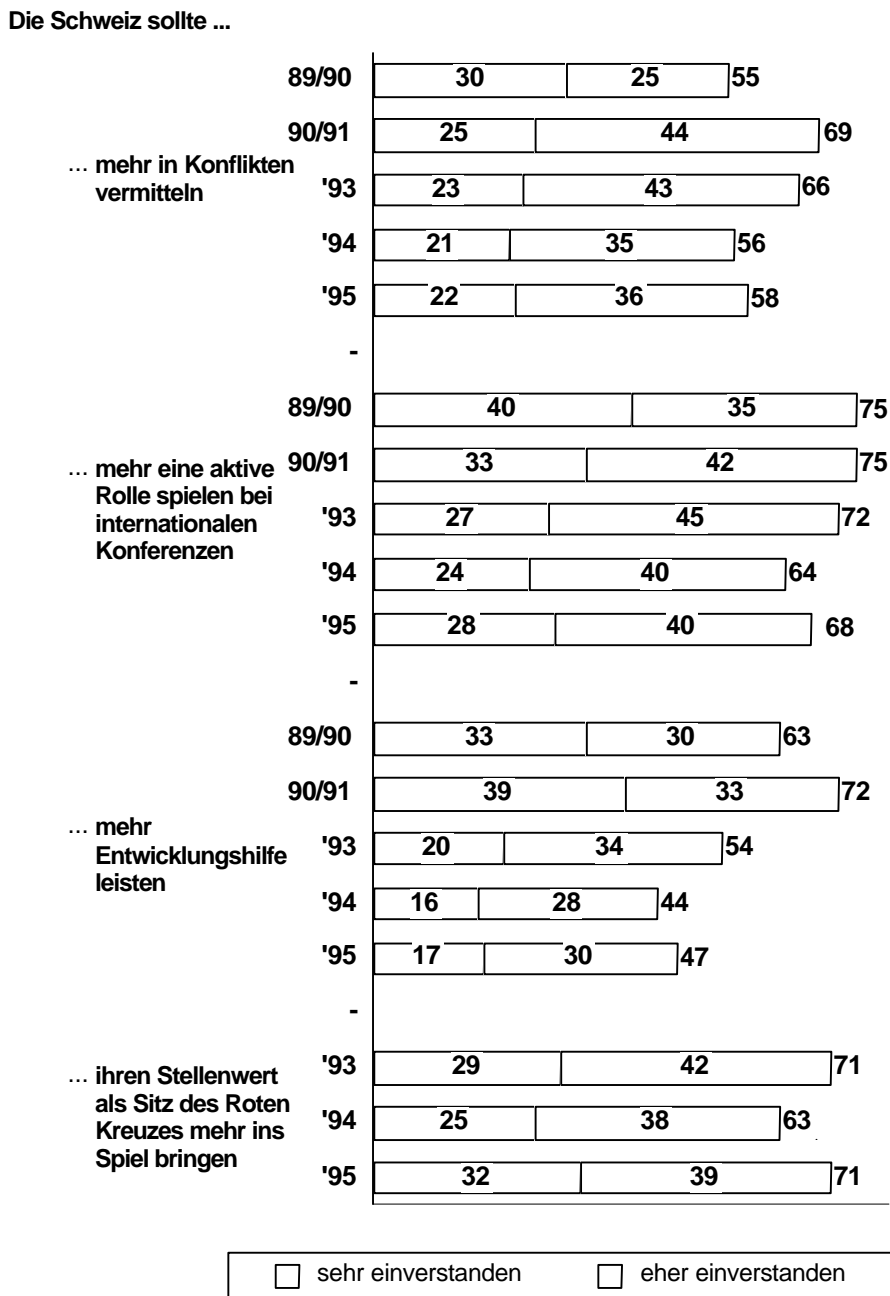
Der UNO-Beitritt erreicht im Beobachtungszeitraum nie eine Mehrheitszustimmung. Die Befürworterrate liegt 1995 noch immer deutlich tiefer als 1990/91, dem Zeitpunkt der bisher höchsten Zustimmung.

Keine stabile Mehrheitszustimmung erreicht im Beobachtungszeitraum auch die Vorgabe, die Schweiz solle der UNO Friedenstruppen zur Verfügung stellen. Eine mehrheitliche Zustimmung von 59% wurde einzig im April 1995 festgestellt.

2.2.3 Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

Die durchschnittlichen Zustimmungsraten zu den in *Abbildung 2.4* aufgeführten Indikatoren einer autonomen Öffnung der Schweiz liegen deutlich über jenen einer institutionellen Annäherung oder Bindung. Sie sind überwiegend mehrheitsfähig. Die meisten Optionen erreichen eine Billigung, die über der Zweidrittelquote liegt.

Abb. 2.4 Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen ("weiche" Kooperation)



Quellen: Buri, Haltiner, Spillmann (1991); Haltiner, Spillmann (1994); Haltiner (1994)

Hohe Zustimmung besteht im Beobachtungszeitraum insbesondere dafür, dass die Schweiz bei internationalen Konferenzen eine aktivere Rolle spielen und ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr als bisher ins Spiel bringen sollte. Auch wird eine Erhöhung der Konfliktvermittlungsaktivität der Schweiz mehrheitlich gutgeheissen. Vergleichsweise am wenigsten Zustimmung erhält eine Aufstockung der Entwicklungshilfe. Nach 1993 erreichen die Zustimmungsraten hierzu die 50%-Schwelle nicht mehr.

Bezogen auf alle vier Indikatoren der nichtinstitutionellen Kooperation lässt sich eine Durchschnittstendenz zu leicht fallenden Zustimmungsraten für den Zeitraum 1990/91 bis 1995 konstatieren.

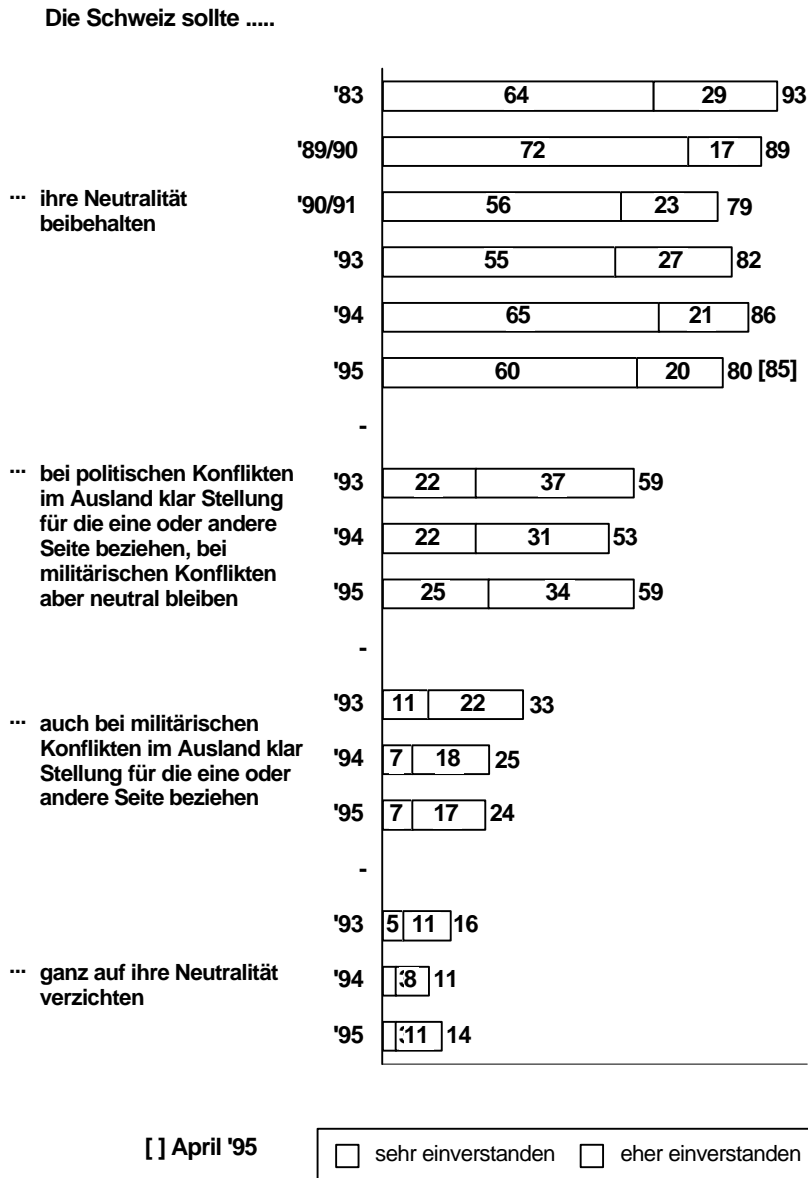
2.2.4 Beibehaltung der Neutralität

Auch 1995, wie schon zu allen Befragungszeitpunkten davor, erreicht die Beibehaltung der Neutralität die höchste Zustimmung von allen 19 Vorgaben der Erhebungsskala (*Abbildung 2.5*). Dies, obwohl die Zustimmungsrate im langfristigen Trend (1983-1995) leicht zu sinken scheint. Komplementär dazu erhält die Forderung nach einem Verzicht auf die Neutralität die schwächste Zustimmung.

Ablehnung und Befürwortung der Neutralität ergänzen sich weitgehend. Eine derart hohe Konsistenz, d.h. Widerspruchsfreiheit im Antwortverhalten auf getrennt gestellte Fragen, ist in der Einstellungsforschung nicht die Regel. Wir haben es offensichtlich mit einem in der Schweizer Bevölkerung tief sitzenden Einstellungsmuster zu tun.

Eine Mehrheit neigt zu einer differentiellen Neutralitätsauffassung, die Neutralität nurmehr auf militärische Aspekte beschränkt wissen will. Die Zustimmungsrate liegt hier im gesamten Beobachtungszeitraum deutlich unter jener für die Beibehaltung der Neutralität allgemein. Nur schwache Gutheissung findet die Forderung nach einer Stellungnahme der Schweiz bei militärischen Konflikten, letztlich damit nach einer De-facto-Aufhebung der Neutralität.

Abb. 2.5: Stellenwert der Neutralität im Rahmen der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft (Angaben in Prozent)



Quellen: Haltiner (1985); Buri, Haltiner, Spillmann (1991); Haltiner, Spillmann (1994); Haltiner (1995)

© Haltiner/Bertossa/Spillmann 89/95/W4/si

2.2.5 Beibehaltung verschiedener Grade an nationaler Autonomie

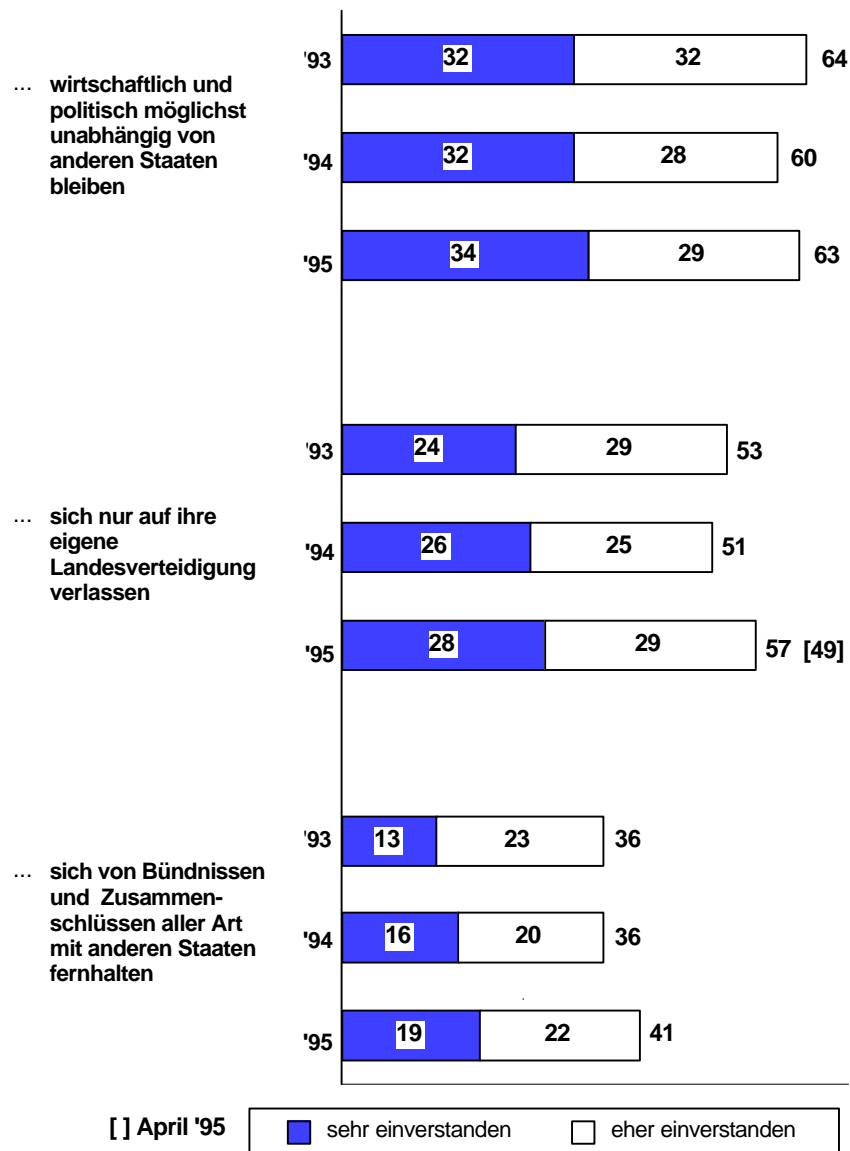
Die durchschnittliche Zustimmungsrates für eine Strategie der nationalen Autonomie liegt tiefer als jene für eine "weiche" Form der Öffnung, d.h. eine solche ohne institutionelle Bindungen (Abbildung 2.6). Relativ konstant hoch, nämlich zu zwei Dritteln (1993: 64%, 1994: 60%, 1995: 63%), wird dem Ziel einer möglichst umfassenden wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit beige pflichtet. Etwas geringer, aber immer noch mehrheitlich, wird demgegenüber eine autarke Verteidigung gutgeheissen (1993: 53%, 1994: 51%, 1995: 57% bzw. 49%).

Ein völliges Fernbleiben von Bündnissen und Zusammenschlüssen, gewissermaßen die Maximierung des Autonomismus unter Inkaufnahme einer Isolierung der Schweiz, kommt indessen nur für Minderheiten in Betracht (1993: 36%, 1994: 36%, 1995: 41%).

Die leichte Zunahme an Zustimmung für die drei Vorgaben im Zeitraum 1993-1995 liegt zwar im Rahmen des Stichprobenfehlers, dürfte aber angesichts der Tatsache, dass sie bei allen drei Vorgaben zu beobachten ist, nicht bloss zufällig sein.

Abb. 2.6: Indikatoren der Betonung nationaler Autonomie (Angaben in Prozent)

Die Schweiz sollte ...



Quellen: Haltiner, Spillmann (1994); Haltiner (1994)

2.3 Öffnungsbereitschaft versus Autonomiebetonung: eine Typologie dominanter Einstellungsmuster

Wie einleitend bereits erwähnt, darf davon ausgegangen werden, dass sich die Frage nach Öffnung versus Autonomie beim Grossteil der Bevölkerung nicht in Form eines "Entweder-oder", sondern in der eines "Sowohl-als-auch" stellt. Bezogen auf die Skala von 19 Teilloptionen heisst das, dass eine Grosszahl von Meinungskombinationen denkbar ist. Um dennoch Neigungen ermitteln zu können, ist ein Verfahren dienlich, das dominante Einstellungsmuster aus der Vielfalt möglicher Kombinationen herausfiltern kann.

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h., es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (*vgl. Anhang*).

Eine solche Typenbildung wurde erstmals mit den Daten von 1993 vorgenommen. Sie dient seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft in der schweizerischen Bevölkerung³.

Für eine Clusteranalyse der 19 Indikatoren haben wir neun Vorgaben⁴, die alle im Abschnitt 2.2 aufgeführten Handlungsoptionen repräsentieren, ausgewählt. Die Variante mit drei Clusters (siehe Anhang) bietet eine angemessene Lösung. Dabei lassen sich folgende drei Typen im Sinne dominanter Einstellungsmuster in der Dimension Öffnung versus Autonomie der Schweiz ausmachen (*Abbildung 2.7*):

Befürworter einer "harten" Öffnung (integrative Kooperative): Personen, die zu diesem typologischen Meinungsmuster gehören (ausgezogene Linie in *Abbildung 2.7*), wünschen tendenziell eine Öffnung der Schweiz durch Bindungen an supra- bzw. internationale Institutionen unter Hinnahme einer nationalen Souveränitätseinbusse. Man kann diese Haltung als integrative Kooperationsbereitschaft oder als "harte" Öffnungsbereitschaft bezeichnen, weil sie die Bereitschaft zu verpflichtenden internationalen Bindungen einschliesst, die die Autonomie und die Souveränität der Schweiz vertraglich einschränken. Das bedeutet keineswegs, dass die "harten" Öffnungsbereiten geneigt sind, alle Bindungsoptionen unter den 19 Vorgaben gleichermaßen gutzuheissen – wie ge-

³ Vgl. K. W. Haltiner, K.R. Spillmann (1994), S. 15ff.

⁴ Als Grundlage für die Clusteranalyse dienten 1993 und 1994 acht, 1995 neun Vorgaben (*vgl. Abbildung 2.7*).

zeigt, gibt es dafür kaum Mehrheitsvorstellungen! –, wohl aber, dass sie ihnen nahestehen.

Abb. 2.7 quer

Personen dieses Typs heissen einen EU- und einen UNO-Beitritt knapp gut, lehnen den EWR schwach mehrheitlich ab, stimmen eher einer NATO-Annäherung zu. Sie befürworten ebenso die Vorgaben einer autonomen Öffnung der Schweiz (aktivere Konfliktvermittlungstätigkeit, mehr Entwicklungshilfe) und bekennen sich mehrheitlich zu einer differentiellen Neutralität. Insofern treten auch sie, wie die Autonomisten, für die Beibehaltung der Neutralität ein. Sie befürworten aber ebenso eine Politik der grösstmöglichen wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der Schweiz - ein Standpunkt, der mit einer integrativen Strategie durchaus nicht unvereinbar ist.

Die Bereitschaft zur integrativen Kooperation mit Einbusse an nationaler Souveränität entspricht bei diesem Einstellungstyp offenbar der Einsicht in deren Unvermeidbarkeit und einer Kosten-Nutzen-Abwägung. Das Motto dieser Haltung könnte lauten: Wenn schon Öffnung, dann durch möglichst gleichberechtigte Mitgliedschaft in internationalen, insbesondere europäischen Organisationen!

Gegenüber 1993 hat sich bei diesem Einstellungstyp 1995 die Zustimmung zu einem EU-Beitritt insgesamt etwas verstärkt und die Ablehnung des EWR akzentuiert⁵.

Befürworter einer "weichen" Öffnung (non-integrative Kooperative): Personen mit dieser aussen- und sicherheitspolitischen Orientierung (punktierte Linie in *Abbildung 2.7*) nehmen eine Art Kompromisshaltung zwischen einer bindungsbejahenden Öffnung und einer autonomistischen Haltung ein. Sie bekennen sich, wenn auch in deutlich schwächerem Mass als die "harten" Öffnungswilligen, zu einem EU-Beitritt der Schweiz und stimmen - anders als die Befürworter einer harten Öffnung! - dem EWR-Beitritt zu. Keine Zustimmung findet eine Annäherung an die NATO. Sie befürworten die Indikatoren der non-integrativen Kooperation, dies allerdings in etwas schwächerem Mass als die Befürworter einer „harten“ Öffnung. Die Neutralität ist umstritten. Deutlich abgelehnt wird die Forderung nach maximaler wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit der Schweiz.

Beim "weichen" Öffnungstyp zeigt sich 1995 ein weniger klar konturiertes Meinungsprofil als vor drei Jahren (1993). Die Meinung, die Schweiz solle autonom ihr internationales Engagement verstärken, ohne institutionelle Bindungen einzugehen, und die Aspekte internationaler Solidarität (Entwicklungshilfe, Konfliktvermittlungstätigkeit) ausbauen, prägte damals diesen Meinungstyp. Er erhielt, namentlich auch durch die in ihm manifestierte kritische Sicht der Neutralität, einen "links-grünen" Charakter. Dieses kantige Profil hat der Typ der "weichen" Öffnung seither eingebüsst. Aus der "weichen" Haltung von 1995

⁵ K.W. Haltiner, K.R. Spillmann (1994), S. 16.

spricht eher *Unentschiedenheit und Verunsicherung*. Personen, die ihr zuneigen, scheinen eine gewisse Angst vor festen Bindungen ("Festung Europa") zu haben, sie stehen aber gleichzeitig dem traditionellen schweizerischen Autonomismus mit seiner Neutralitätsbetonung ablehnend gegenüber.

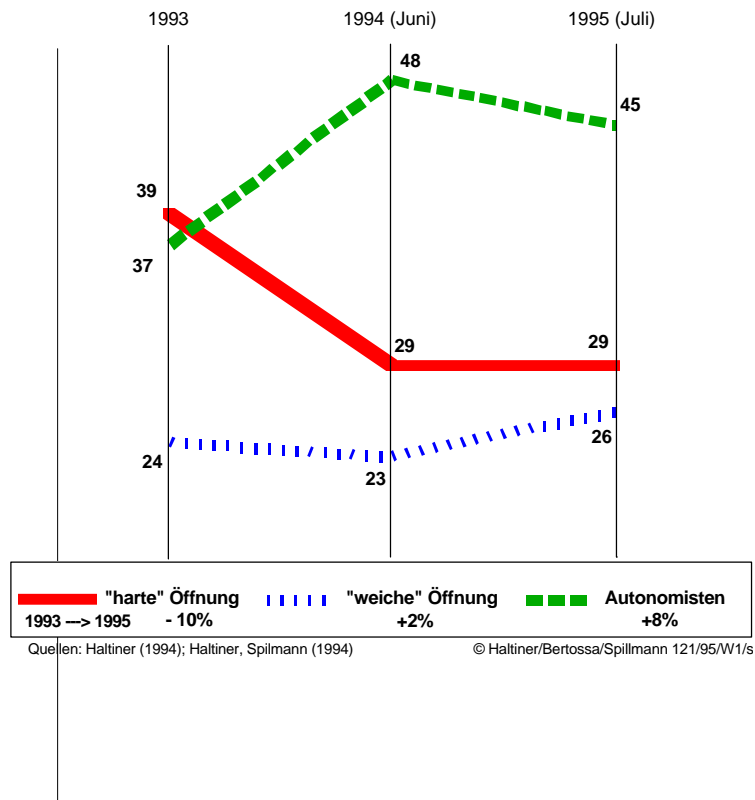
Nationale Autonomisten: Personen, die zu dieser aussen- und sicherheitspolitischen Denkrichtung gehören, lehnen durchwegs alle Kooperationsvorgaben deutlich ab (vgl. gestrichelte dicke Linie in *Abbildung 2.7*). Sie sind nicht bereit, eine substantielle Minderung der nationalen Souveränität hinzunehmen. Sie halten stark mehrheitlich an einer strikt und umfassend definierten Neutralität mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Schweiz fest. Betont wird überdies die Notwendigkeit einer autarken Landesverteidigung. Befragte dieses Einstellungstyps lehnen eine Öffnung der Schweiz prinzipiell ab.

Im Vergleich zu den beiden Öffnungstypen hat dieser Meinungstyp seine Haltung zwischen 1993 und 1995 inhaltlich nicht verändert. Das autonomistische Meinungsmuster ist bemerkenswert konsistent.

2.4 Die Anteile der drei Kooperationstypen im Trend 1993-1995

Anteilmässig haben sich die drei Kooperationstypen im Beobachtungszeitraum 1993-1995 *markant* verschoben (*Abbildung 2.8*):

Abb. 2.8: Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993-1995 (Angaben in Prozent)



Der autonomistische Typ hat anteilmässig signifikant zugenommen. Er steigt von 37% im ersten Erhebungsjahr 1993 auf 48% im Juni 1994 und umfasst im Frühsommer 1995 45%. Die Zunahme im Zeitraum 1993-1995 beträgt 8%.

Eine deutliche Abnahme zeigt sich demgegenüber beim Typ der "harten" Öffnungsbereiten. Er sinkt von 39% im Jahre 1993 auf 29% in den Jahren 1994 und 1995. Die Abnahme im Beobachtungszeitraum beträgt 10%.

Konstanz zeigt sich bei den "weichen" Öffnungsbereiten. Ihr Anteil bewegt sich im Rahmen des Stichprobenfehlers bei einem Viertel der Befragten.

Offensichtlich hat der Autonomismus in der Schweiz in den letzten zwei Jahren auf Kosten der Bereitschaft zur internationalen Kooperation an Boden gutgemacht, der allgemeine Wille zur Öffnung über Bindungen hat sich demgegenüber abgeschwächt. Gemessen an der typologischen Verteilung sind die Befürworter einer verstärkten Öffnung der Schweiz 1995 wie schon 1993 noch immer leicht in der Überzahl - eine Mehrheit, die aber zwischen den beiden Zeiträumen geschmolzen ist. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten steht prinzipiell für eine Intensivierung der internationalen Kooperation ein. Diese schwache Mehrheit ist jedoch ihrerseits gespalten mit Bezug auf den einzuschlagenden Kurs. Gerade deshalb dürfte es schwierig werden, in der Schweiz für konkrete aussen- und sicherheitspolitische Kooperationsschritte eine geschlossene Mehrheit zu finden.

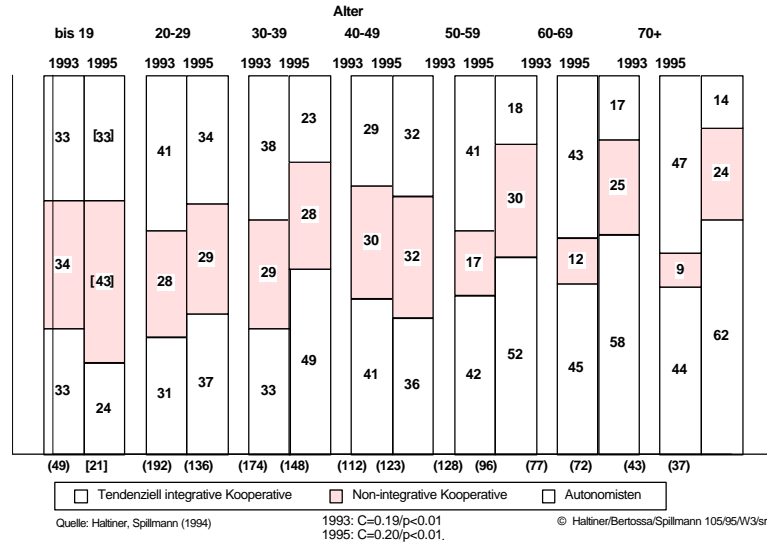
2.5 Die Kooperationsstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung (Links-rechts-Dimension) 1993 und 1995

Abbildung 2.9 zeigt die Verteilung der Kooperationsstypen nach dem Alter, *Abbildung 2.10* nach dem Niveau der formalen Schulbildung und der Sprachregionzugehörigkeit für die Jahre 1993 und 1995.

Bereits die erste Erhebung liess bei der internationalen Kooperationsbereitschaft einen deutlichen Zusammenhang mit dem Alter erkennen: So nahm 1993 sowohl der Anteil der Autonomisten und der "harten" Kooperationsbereiten mit steigendem Alter zu. Die mittlere Position (die "weiche Öffnung") sank mit steigendem Alter, sie war also eher eine für jüngere Generationen typische Position. 1995 zeigt sich demgegenüber eine bemerkenswert markante Abnahme der „harten“ Öffnungsbefürworter bei den Altersgruppen der über 50jährigen. Der anteilmässige Rückgang liegt hier zwischen 23% bei den 50-59jährigen und 34% bei den über 70jährigen. Bei den über 50jährigen haben insbesondere die "weichen" Kooperationswilligen und - etwas weniger, aber noch immer deutlich - die Autonomisten Boden gutgemacht.

Eine bemerkenswerte Verschiebung lässt sich ferner bei den 20-39jährigen konstatieren. Während hier die Anteile der "weichen" Öffnungsbereiten in etwa konstant blieben, gewannen die autonomistischen Positionen auf Kosten der "harten" Öffnungswilligkeit. Eine gewisse anteilmässige Konstanz im Rahmen des Stichprobenfehlers kann einzig bei den 40-49jährigen und den bis 19jährigen beobachtet werden (Bei letzteren sind die Erhebungszahlen 1995 zu klein, als dass sich daraus Schlussfolgerungen ableiten liessen. Die Zahlen für 1995 sind deshalb in *Abbildung 2.9* in eckige Klammern gesetzt).

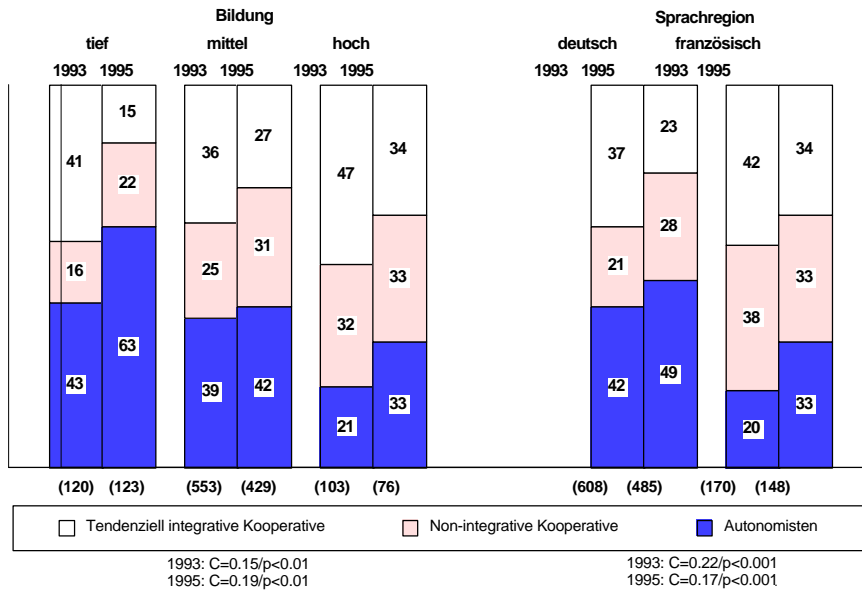
Abb. 2.9: Die Kooperations-Typen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen: Alter (Angaben in Prozent)



Einen überdurchschnittlichen Zuwachs von 20% an autonomistischer Einstellung auf Kosten vor allem einer "harten" Öffnungsbereitschaft verzeichnen zwischen 1993 und 1995 die tiefsten Bildungsschichten (Primar- und/oder Sekundarschule ohne weiterführende Ausbildung/Lehre) (Abbildung 2.10). Aber auch bei der Befragtengruppe mit dem grössten Schulsack (Mittelschulabschluss, Hochschule, HTL/HWV/Seminar) kann eine Abnahme an "harten" Kooperationswilligen zugunsten der autonomistischen Haltung beobachtet werden. Demgegenüber erweist sich der Anteil der "weichen" Öffnungsbereiten von 1993 bis 1995 als vergleichsweise stabil.

Die deutsche und die welsche Sprachregion unterscheiden sich 1993 und 1995 durch die bekannte grössere Öffnungsbereitschaft bei den Romands. Der allgemein zu beobachtende Meinungsumschwung von Öffnungsbereitschaft in Richtung Autonomie verschonte aber auch die Romandie nicht. Er fällt sogar in der französischen Schweiz deutlicher aus (Öffnungsanteile 1993: 80%, 1995: 67%) als in der deutschen Schweiz (1993: 58%, 1995: 51%)!

Abb. 2.10: Die Kooperations-Typen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen: Bildung, Sprachregion (Angaben in Prozent)



Quelle: Haltiner, Spillmann (1994)

© Haltiner/Bertossa/Spillmann105/95/W4/sr

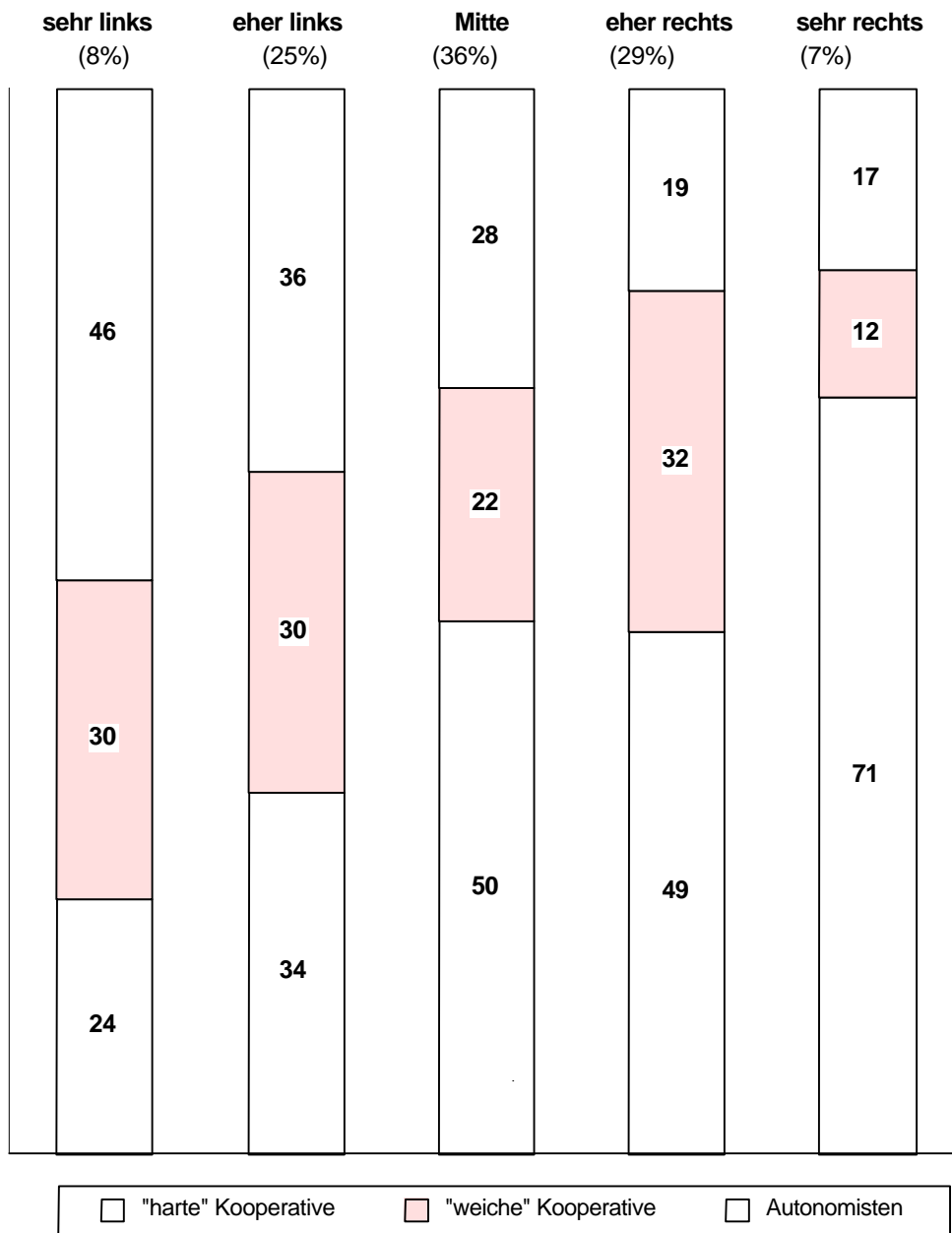
Eine Verschiebung weg von einer "harten" zu einer "weichen" internationalen Kooperationsbereitschaft und zu einer autonomistischen Haltung lässt sich somit vor allem bei den Generationen über 50 Jahren beobachten. Bei ihnen hat seit 1993 eine Verunsicherung über den Kurs der Schweiz eingesetzt.

Ins Gewicht fallende Meinungswechsel hin zu einer mehr autonomistischen Haltung lassen sich ferner bei den tiefen und - wenn auch etwas weniger ausgeprägt, so trotzdem bemerkenswert! - bei den hohen Bildungsschichten beobachten. Eine deutliche Zunahme an Autonomisten verzeichnet ferner die französische Schweiz.

Der Zusammenhang zwischen der aussenpolitischen Grundhaltung und der Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Skala⁶ ist offensichtlich (*Abbildung 2.11*): Der Tendenz nach nimmt die kooperative Haltung von links nach rechts ab, die autonomistische Position komplementär dazu zu. Die Öffnungsbereiten und die Autonomisten halten sich anteilmässig in der politischen "Mitte" und der Position "eher rechts" genau die Waage. Die internationale Öffnung der Schweiz ist somit derzeit vorwiegend ein linkes Anliegen, das grossmehrheitliche Beharren auf einer autonomistischen Position ein "Rechtsausser"-Phänomen. Allerdings vermag die "harte" Öffnungsbereitschaft derzeit auch auf der Linksausser-Position keine absolute Mehrheit zu mobilisieren!

⁶ Verlangt wurde von den Befragten eine Selbsteinstufung auf einer Skala, die von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) reichte.

Abb. 2.11: Internationale Kooperationswilligkeit nach der politischen Selbsteinstufung "links-rechts" (Angaben in Prozent)



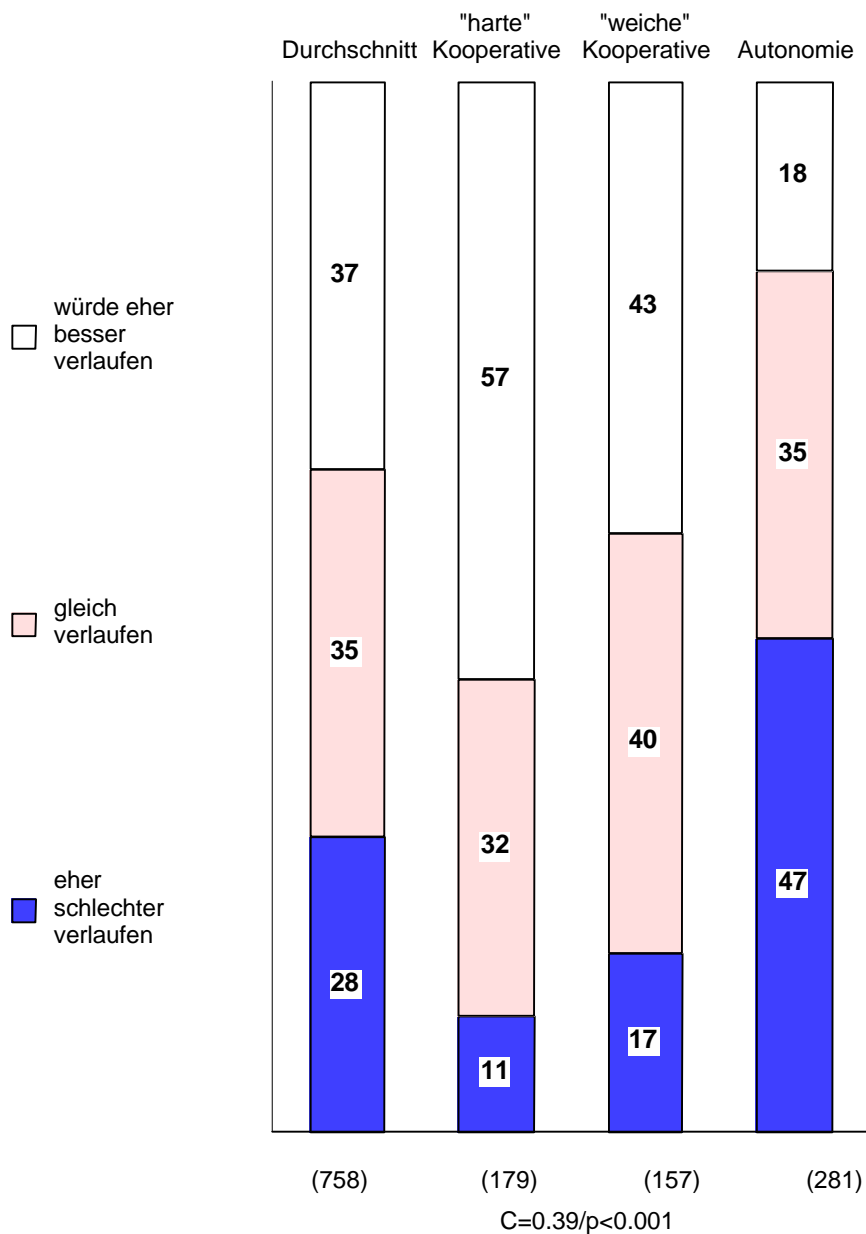
C=0.24/p<0.001

© Haltiner/Bertossa/Spillmann 118/95/W1/sr

2.6 Öffnungsbereitschaft nach der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung im Falle eines EU-Beitritts

Auf die Frage, ob die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz im Falle eines Beitritts zur EU eher besser, gleich oder eher schlechter verlaufen würde, ergibt sich das folgende Bild (*Abbildung 2.12*): Etwas mehr als ein Drittel hält einen besseren Verlauf für wahrscheinlich (37%), ein weiteres Drittel (35%) würde keine Veränderung gegenüber heute erwarten, und ein weiteres Drittel glaubt an einen schlechteren Verlauf (28%).

Abb. 2.12: Wirtschaftliche Entwicklung im Falle eines EU-Beitritts (Angaben in Prozent)



Der Zusammenhang zwischen dem Grad der Öffnungsbereitschaft und den erwarteten Wirtschaftsaussichten für die Schweiz im Falle eines EU-Beitritts ist offensichtlich und - statistisch gesehen - sehr stark (*Abbildung 2.12*): Die "harten" Kooperationswilligen sind mehrheitlich, nämlich zu 57%, von den ökonomischen Vorteilen eines EU-Beitritts überzeugt. Nur eine kleine Minderheit unter ihnen erwartet Nachteile (11%). Die entsprechenden Proportionen liegen bei den Befürwortern eines autonomistischen Kurses fast genau umgekehrt: Nahezu die Hälfte erwartet einen schlechteren Wirtschaftsverlauf (47%), nur 18% zeigen sich von den wirtschaftlichen Vorteilen eines Beitritts überzeugt. Die "weichen" Kooperativen gleichen in ihrer Einschätzung eher dem Typus der "harten" Kooperationsbereitschaft, insofern als nur eine Minderheit im Falle eines EU-Beitritts wirtschaftliche Nachteile erwartet. Es sieht so aus, als wären die wirtschaftlichen Motive beim "weichen" Kooperationstypus nicht von dominanter Bedeutung für die Einstellung zur Öffnung der Schweiz, sind doch hier 40% der Meinung, es wäre kaum mit wirtschaftlichen Auswirkungen negativer oder positiver Art zu rechnen.

Wie nicht anders zu erwarten, beeinflussen Annahmen und Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Konsequenzen einer "harten" Kooperation (EU-Beitritt) den Grad an Öffnungsbereitschaft in hohem Masse.

3. Die Wahrnehmung verschiedener Neutralitätsfunktionen

3.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen

Die schweizerische Neutralität hatte bekanntlich stets verschiedenen Zielen zu dienen. Die Staatsrechtler sprechen von *Neutralitätsfunktionen*. Unser Interesse gilt seit 1993 der Wahrnehmung der verschiedenen Aufgaben der Neutralität in der Bevölkerung. Mit anderen Worten, ermittelt wird, welche Arten von Vorteilen bzw. Nachteilen die Schweizerinnen und Schweizer mit der Neutralität in Zusammenhang bringen. Vereinfachend unterscheiden wir dabei die

<i>sicherheitspolitische Funktion:</i> (6 Fragevorgaben gemäss <i>Abb. 3.1</i>)	Verschonung vor dem Einbezug in internationale Konflikte, Stabilitätsbeitrag für Europa,
<i>Identitätsfunktion:</i> (5 Fragevorgaben gem. <i>Abb. 3.2</i>)	Symbolische Verknüpfung mit dem Staat "Schweiz",
<i>Solidaritätsfunktion:</i> (2 Fragevorgaben gem. <i>Abb. 3.3</i>)	Gute Dienste als Vermittler.

Zusätzlich erhoben wird, ob die Neutralität ihrem Wesen nach als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr – wie vielfach vermutet und im letzten Bericht auch nachgewiesen – in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter zuschreibt (zwei Fragevorgaben gemäss *Abbildung 3.3*).

Mit Blick auf den überragenden Stellenwert der Neutralität für die aussen- und sicherheitspolitische Orientierung in der schweizerischen Bevölkerung sind zu den 11 im Jahre 1993 formulierten Fragevorgaben vier zusätzliche in die diesjährige Befragung aufgenommen worden. Angesprochen werden dabei:

- die Vereinbarkeit von Neutralität und Zusammenarbeit mit der NATO (*Abbildung 3.1*),
- die Neutralität als Rückfallposition im Falle eines europäischen Krieges (*Abbildung 3.1*),
- die Neutralität der Schweiz als Vorbild für eine friedliche Welt (*Abbildung 3.2*),
- die Vereinbarkeit von Neutralität und EU (*Abbildung 3.2*).

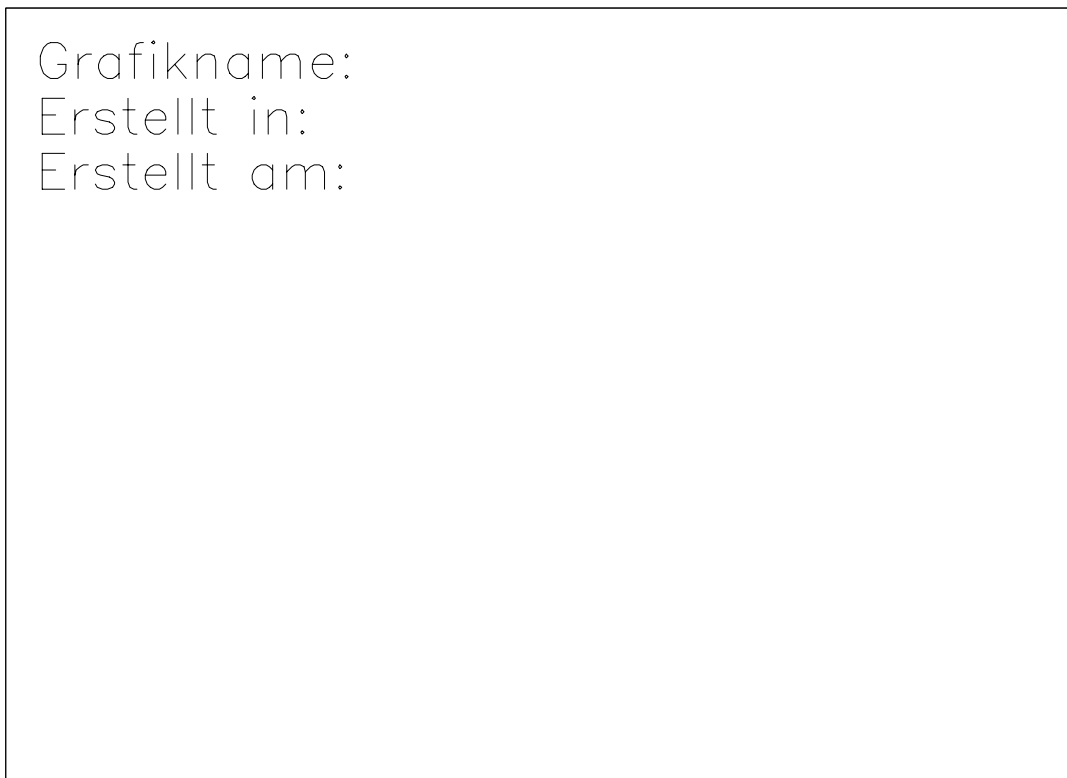
Alle Vorgaben sind als positive bzw. negative Lageeinschätzungen formuliert. Die Formulierung der Fragen hatte dabei zu beachten, dass eine entsprechende Fachterminologie bei der Bevölkerung nicht vorausgesetzt werden darf. Die in *Abbildung 3.1* bis *Abbildung 3.3* dargestellte Kategorisierung nach Neutralitätsfunktionen entspricht nicht der Reihenfolge der Vorgaben in der Befragung.

3.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993-1995

Wie die *Abbildungen 3.1 bis 3.3* zeigen, werden alle positiv formulierten Funktionen der schweizerischen Neutralität in unterschiedlichem Grad gutgeheissen, alle potentiellen Minderungen der Neutralitätswirkung mit deutlichen Mehrheiten in Abrede gestellt.

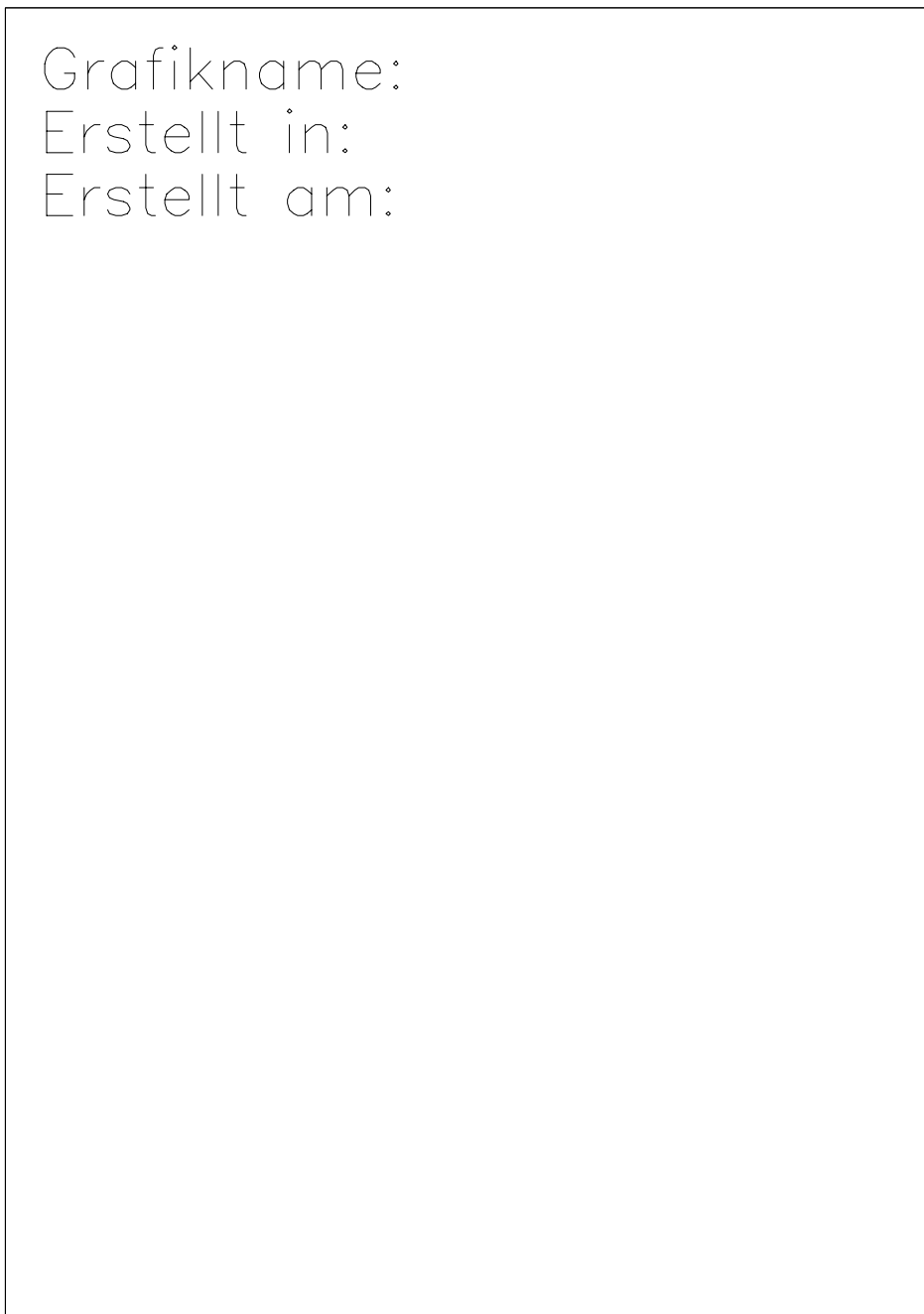
Die höchste Zustimmung erzielt die Bewertung der Möglichkeit zur Konfliktvermittlung und den Guten Diensten dank der Neutralität (1993: 85%, 1995: 84%), also die Solidaritäts- oder Dienstleistungsfunktion. Nur wenige (34% bzw. 34%) sind der Meinung, die Neutralität könnte uns am solidarischen Handeln insbesondere mit "unseren europäischen Nachbarn" hindern. Diese Bewertung hat sich im Beobachtungszeitraum 1993-1995 nicht verändert.

Abb. 3.1: Die Wahrnehmung der Solidaritätsfunktion und des instrumentellen Stellenwertes der Neutralität (Angaben in Prozent)



Unverändert hohe Zustimmung findet eine positive Identitätsfunktion, eine geringe ihre Negativbewertung. Sieben von zehn Befragten sehen die Neutralität "untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden" (73% bzw. 69%), zwei Drittel sind der Meinung, die Neutralität verschaffe uns hohes internationales Ansehen (66% bzw. 64%). Nur wenige (29% bzw. 28%) glauben daran, dass die enge wirtschaftliche und politische Verflechtung mit anderen Staaten die Neutralität verunmögliche.

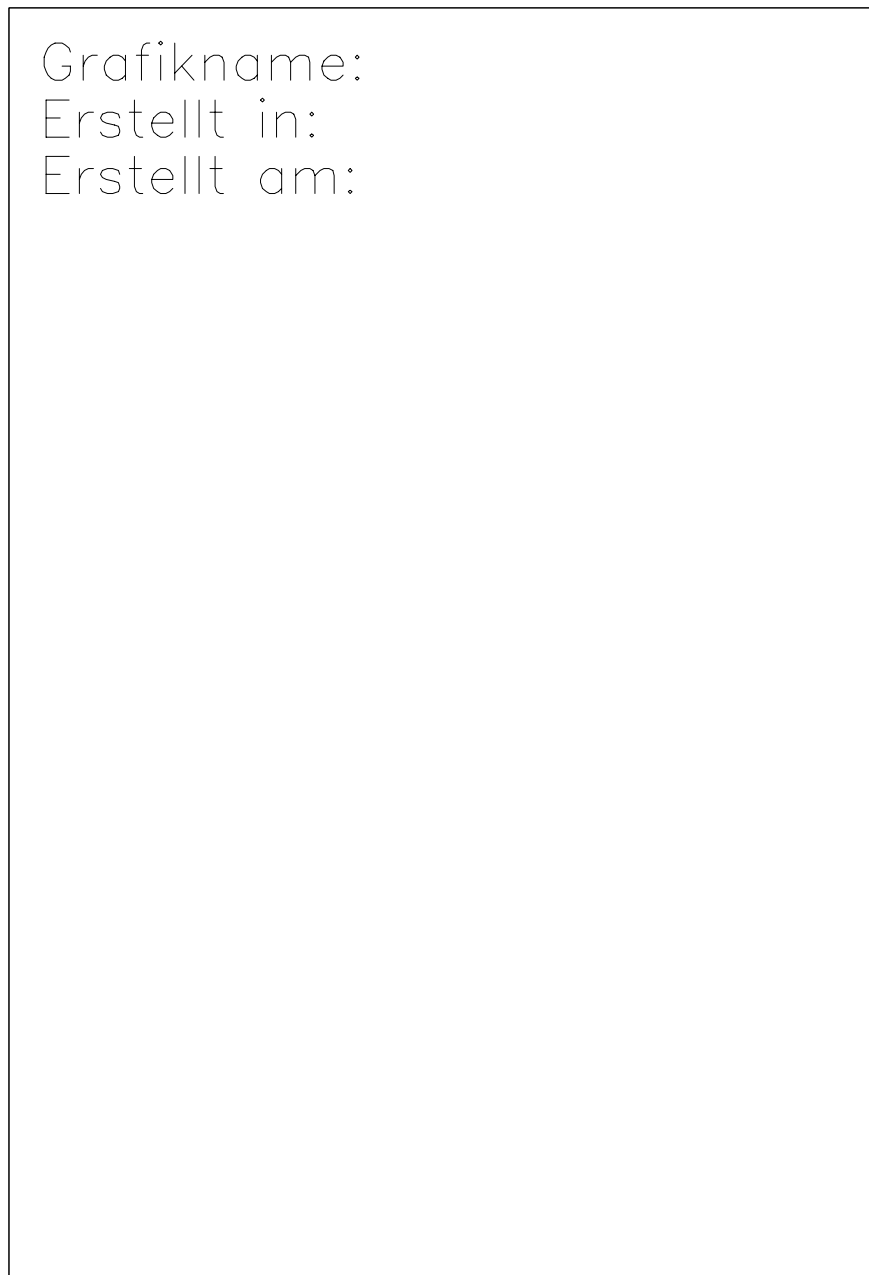
Abb. 3.2: Die Wahrnehmung der Identifikationsfunktion der Neutralität (Angaben in Prozent)



Beinahe zwei Drittel aller Befragten sehen 1995 in der Neutralität à la suisse eine Art "Swiss Way of Life", die der Welt als Vorbild für ein konfliktfreieres Zusammenleben dienen könnte ("Wenn die Welt 'schweizerischer' wäre, gäbe es weniger Kriege und Konflikte").

Nur eine Minderheit teilt 1995 die Meinung, ein EU-Beitritt sei mit der Neutralität nicht zu vereinbaren.

Abb. 3.3: Die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität (Angaben in Prozent)



Geringeres Einverständnis und eine gewisse Skepsis im Vergleich zu den anderen Neutralitätsfunktionen bestehen bei der sicherheitspolitischen Funktion. Zwar sind zwei Drittel der Befragten der Meinung, die Neutralität schütze uns vor dem Einbezug in Konflikte. Aber nur 55 Prozent sehen 1993 und 1995 unverändert in der bewaffneten Neutralität einen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität Europas. 45 Prozent bekunden 1993 und 1995 Zweifel an der Möglichkeit, dass die Neutralität auch weiterhin militärisch glaubhaft geschützt werden kann. Nur eine knappe Mehrheit hält somit die bewaffnete Neutralität für wei-

terhin glaubwürdig. An einen Sicherheitsgewinn durch ein Mitmachen in einem europäischen Verteidigungsbündnis anstelle eines Festhaltens an der bewaffneten Neutralität will nur eine Minderheit (29%) glauben.

Für 60% der Befragten schliesst 1995 die Neutralität eine Zusammenarbeit mit der NATO in "gewissen Bereichen" nicht aus.

Für fast zwei Drittel der Schweizerinnen und Schweizer bildet die Neutralität eine Art Rückfallposition, weil sie einen Krieg auf westeuropäischem Boden (die Vorgabe erwähnt explizit "zwischen Frankreich und Deutschland") nach wie vor für möglich halten.

Nach Ansicht von sieben von zehn Befragten soll die Neutralität ein "vorrangiges Mittel unserer Aussenpolitik bleiben". Diese Meinung erweist sich im Beobachtungszeitraum 1993-1995 als stabil. (Die Zunahme von 71% 1993 auf 75% 1995 liegt im Bereich des Stichprobenfehlers). Die reine Nützlichkeitsbetrachtung – "wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben" – ist wenig verbreitet (33% bzw. 30%).

Als vorläufiges Fazit können wir, wie schon 1993⁷, festhalten: Die schweizerische Neutralität hat in den Augen der Durchschnittsbevölkerung in den letzten Jahren nicht an Attraktivität eingebüsst, im Gegenteil! Sie steht in bezug auf alle ihre Funktionen kritiklos hoch im Kurs. Sie ist für die Mehrheit eine Maxime mit Zielcharakter. Alle Neutralitätsfunktionen stossen in der Bevölkerung auf grosse Zustimmung. Nur eine Minderheit sieht auch ihre möglichen Nachteile.

Das Neutralitätsbild 1995 enthüllt darüber hinaus ein tiefes Misstrauen der Schweizerinnen und Schweizer gegenüber der sicherheitspolitischen Stabilitätswirkung der europäischen Integration. Grossmehrheitlich wird die Möglichkeit eines Krieges auf westeuropäischem Boden nach wie vor nicht ausgeschlossen.

Von erstrangiger Bedeutung sind offensichtlich die Solidaritäts- und die Identitätsfunktionen der Neutralität. In der ausserordentlich hohen Zustimmung zur Neutralität als einer Voraussetzung für die Guten Dienste der Schweiz, dem bei zwei Dritteln verbreiteten Glauben an das internationale Ansehen, das die Neutralität dem Lande einbringe, und insbesondere in der bemerkenswert starken Betonung des Vorbildcharakters der schweizerischen Neutralität für eine friedliche Welt schimmert ein eigenartiges Sendungsbewusstsein durch - ein Sendungsbewusstsein, das, wie bereits 1994 konstatiert, die Grundlage abgibt für ein Selbstbild, in dem sich das Fremdbild einer als Konfliktvermittlerin begehrten, gleichsam über den Konflikten dieser Welt erhabenen Nation spiegelt. Nach

⁷ K.W. Haltiner, K.R. Spillmann (1994), S. 24.

wie vor gilt auch 1995 noch, was wir schon früher festgestellt haben: Die Schweiz bildet in den Augen vieler ihrer Bürgerinnen und Bürger *das* Paradigma der friedlichen Nation, die sich alle anderen zum Vorbild nehmen sollten. Es ist nur folgerichtig, wenn bei diesem missionarischen Selbstverständnis kein Anlass besteht, einen aussen- und sicherheitspolitischen Kurs gutzuheissen, der die Neutralität potentiell einschränkt oder gar ihre Aufhebung zur Folge haben könnte. Diese identitätsstiftende Wirkung der Neutralität steckt offensichtlich tief im kollektiven Unterbewusstsein des Schweizer Volkes. Von 1993 bis 1995 ist diesbezüglich keine nennenswerte Änderung festzustellen.

Der Symbol- und Identitätswert der Neutralität in der Schweizer Bevölkerung ist ungebrochen hoch. Demgegenüber wird die sicherheitspolitische Funktion vergleichsweise etwas weniger bedeutungsvoll eingeschätzt. Man schreibt der Neutralität zwar nach wie vor eine Schutzwirkung gegen den Einbezug in internationale Konflikte zu. Sie übernimmt aber eher die Rolle einer Art Versicherung, die bei europäischen Konflikten aktiviert werden kann.

Traditionelle und identifikatorische Gesichtspunkte spielen bei der Neutralitätsauffassung der Schweizerinnen und Schweizer offensichtlich auch 1995 noch eine grössere Rolle als instrumentelle Nutzenüberlegungen. Nach wie vor gilt die schweizerische Neutralität mehrheitlich als eine Staatsmaxime, an der auch dann festgehalten werden soll, wenn deren Funktionalität sich im Zuge der internationalen Entwicklung entwertet hat.

3.3 Neutralitätsauffassungen - eine Typologie dominanter Meinungen

Wie bei der grundsätzlichen aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft, so darf auch hier erwartet werden, dass sich verschiedene Typen von Neutralitätsauffassungen in der schweizerischen Bevölkerung ausmachen lassen. Für die Clusteranalyse wählten wir aus den fünfzehn in den Abbildungen 3.1 bis 3.3 aufgeführten Vorgaben deren acht aus (*Abbildung 3.4*). Diese indizieren alle Neutralitätsfunktionen in positiver (links in *Abbildung 3.4*) und in negativer Besetzung (rechts in *Abbildung 3.4*). Eine angemessene befriedigende Lösung zur Erklärung der Variation bildet eine 4-Cluster-Variante. Die vier Typen lassen sich wie folgt charakterisieren:

Neutralitätskritiker: Sie lehnen die potentiell positiven Neutralitätsfunktionen mehr oder weniger ab, stark die Identitätsfunktion (Verbindung mit dem Staatsgedanken) und die bewaffnete Neutralität, weniger stark die Konfliktverschönerung infolge Neutralität, nur knapp die Solidaritätsfunktion ("Gute Dienste") (*Abbildung 3.4*: kurz gestrichelte Linie). Personen dieses Meinungstyps

Abb. 3.4: quer

bestreiten vehement die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, weil sie in ihr ein Hemmnis für eine verstärkte internationale Kooperation der Schweiz sehen. Knapp mehrheitlich billigen sie eine ausschliesslich nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität, die die Maxime dann über Bord zu werfen bereit ist, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. In ihrer Mehrheit halten aber die Kritiker die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein nationalegoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindert, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. In ihrer Sicht entspricht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, insbesondere der internationalen Verflechtung der Schweiz, in keiner Weise mehr.

Der Typ des Neutralitätskritikers blieb im Beobachtungszeitraum 1993-1995 anteilmässig weitgehend konstant. 11% aller Befragten waren ihm 1993, 13% sind ihm 1995 zuzurechnen.

Neutralitätspragmatiker: Sie bewerten die internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität weder positiv noch negativ (*Abbildung 3.4*: dicke gestrichelte Linie). Dass die Neutralität die Schweiz am solidarischen Handeln mit den europäischen Nachbarn hindern könnte, wollen sie im Gegensatz zu den Neutralitätskritikern nicht wahrhaben (rechte Seite *Abbildung 3.4*). Die sicherheitspolitische Funktion beurteilen sie ähnlich wie die Neutralitätskritiker, aber weniger radikal: An die Möglichkeit einer Konfliktverschönerung dank Neutralität glauben sie nicht. Ebenso wie die Neutralitätskritiker halten sie die bewaffnete Neutralität für nicht mehr glaubwürdig und sprechen ihr deshalb eine Stabilisierungswirkung im Rahmen der europäischen Sicherheit ab. Die Identitätsfunktion – Verbindung mit dem schweizerischen Staatsgedanken – ist ihnen bedeutungslos. Sie plädieren für die Aufhebung der Neutralität, sobald sie der Schweiz keine Vorteile mehr bringt. Die Neutralität wird in dieser Auffassung in erster Linie nach ihrer Nützlichkeit bewertet. Anders als die Kritiker teilen sie aber die Meinung nicht, die internationale Verflechtung verunmögliche Neutralität, und ebensowenig sehen sie in ihr ein Hindernis für solidarisches Handeln mit den europäischen Nachbarn.

Die Neutralitätspragmatiker scheinen im anteilmässigen Beobachtungszeitraum 1993-1995 leicht, von 20% auf 24%, zugenommen zu haben. Dieser Schluss ist insofern unsicher, als sich die Zunahme im Rahmen des möglichen Stichprobenfehlers bewegt.

Neutralitätsdissonante: Personen dieses Auffassungstyps beantworten alle positiven wie auch alle negativen Vorgaben zustimmend (*Abbildung 3.4*: Strichpunkt-Linie). Besonders hohe Zustimmung erhält die Identitätsfunktion und die positive Wirkung der schweizerischen Neutralität für die europäische Sicherheit und Stabilität. Gleichzeitig stimmen Personen dieses Typs aber auch der Vorgabe zu, die Neutralität könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten und die enge internationale Verflechtung des

Landes verhindere zusehends die Neutralität. Für diese widersprüchliche Haltung sind zwei Erklärungen möglich. Erstens: Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die objektiv wachsenden Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv an ihr festhalten. Sie sind sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung auch bewusst, nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr. Zweitens: Personen dieses Auffassungstyps sind sich der Inkonsistenz ihrer Haltung gar nicht bewusst. Sie sind apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt. Wie auch immer: Der Dissonanz-Typ bringt in jedem Fall ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen zum Ausdruck.

Anteilmässig bleiben die Neutralitätsdissonanten im Zeitraum 1993-1995 mit je 21% konstant.

Neutralitätstraditionalisten: Sie nehmen die Neutralitätsfunktionen als überaus positiv wahr und lehnen konsequent alle Funktionsverlustbehauptungen ab (*Abbildung 3.4*: ausgezogene Linie). Im Vergleich zu den anderen Typen erfahren insbesondere die Solidaritätsfunktion und die politische Identitätsfunktion eine sehr hohe Gewichtung. Die Schweiz wird hier mit "Neutralität" gleichgesetzt. Für die Traditionalisten hat die Neutralität offenbar noch jenen Wert, den Edgar Bonjour als "Mythos von fast religiöser Weihe" beschrieben hat. Sie ist als Symbol stark emotional verankert. Auch ist der Glaube, die Neutralität schütze die Schweiz vor dem Einbezug in internationale Konflikte, ungebrochen hoch. Sie wenden sich deshalb konsequent gegen eine ausschliesslich instrumentelle Betrachtung der Neutralität. Diese erhält deutlich den Stellenwert eines Selbstzweckes.

Die Gruppe der Neutralitätstraditionalisten hat sich zwischen 1993 und 1995 anteilmässig am deutlichsten abgeschwächt, nämlich von 48% auf 42%. Der Traditionalismus verzeichnet aber nach wie vor die relativ grösste Anhängerschaft.

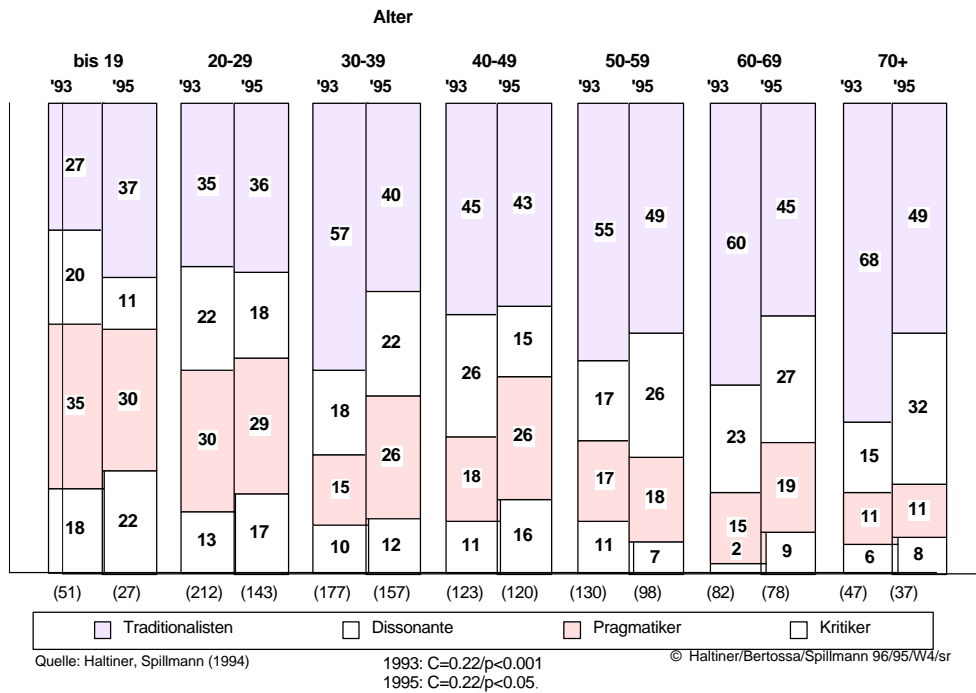
In der Verteilung der verschiedenen Neutralitätsauffassungen (Typen) zeigen sich zwischen 1993 und 1995 nur geringfügige Veränderungen. Der Neutralitätstraditionalismus scheint sich leicht abgeschwächt zu haben.

3.4 Die Neutralitätstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen

Abbildung 3.5 und *Abbildung 3.6* zeigen die Typen nach soziodemographischen Eigenschaften. Das Verteilungsmuster gleicht weitgehend jenem der sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit (*Abbildung 2.9* und *Abbildung 2.10*). Die Neutralitätsauffassungen variieren nach dem Alter (*Abbildung 3.5*), der Sprachregi-

on und der Bildung (*Abbildung 3.6*), nicht jedoch nach dem Geschlecht (nicht abgebildet).

Abb. 3.5: Neutralitätsauffassungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (Angaben in Prozent)



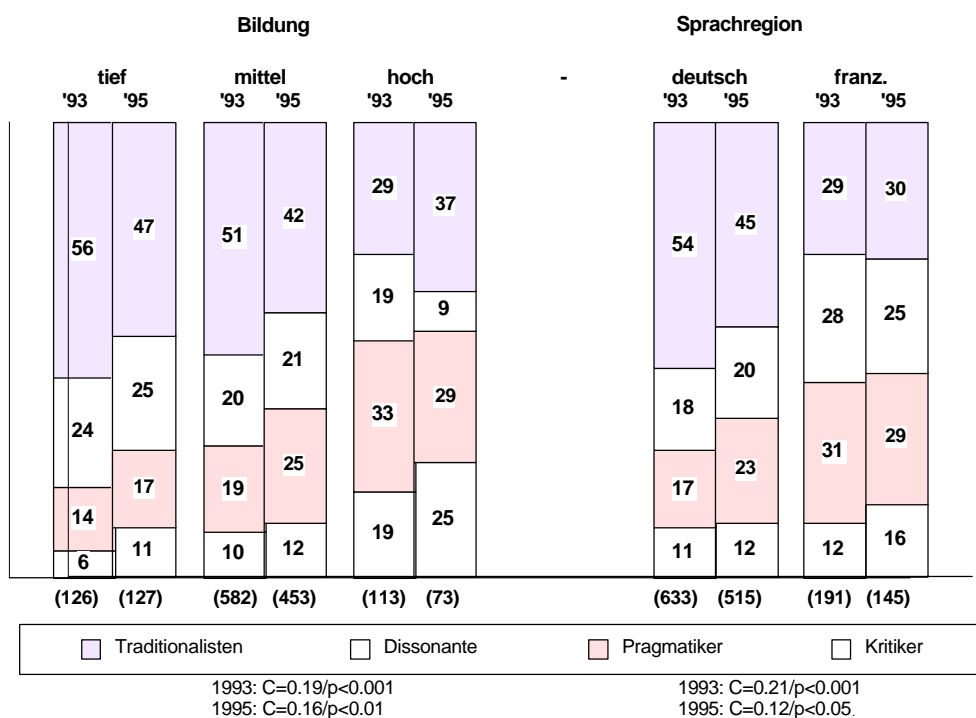
Am eindrücklichsten variiert die Bewertung der Neutralität nach den Altersgruppen. Dabei zeigt sich ein interessantes Phänomen: Die traditionalistische Neutralitätsauffassung nimmt sowohl 1993 wie auch 1995 mit steigendem Alter eher zu. Die Neutralitätstraditionalisten haben mit einer Ausnahme in allen Altersgruppen anteilmässig abgenommen. Der Rückgang fällt am deutlichsten aus bei den 30-39jährigen und bei den über 60jährigen. Die Ausnahme betrifft die jüngste Gruppe der bis 19jährigen. Infolge kleiner Befragtenzahl ist dieser Schluss jedoch ungesichert. Umgekehrt haben die Pragmatiker und die Kritiker in den meisten Altersgruppen leicht Boden gutgemacht. Anteilsmässig relativ stark haben die Dissonanten bei den Altersgruppen über 50 zugenommen. Es scheint, als hätte hier insbesondere die traditionalistische Neutralitätsauffassung im Verlaufe der letzten beiden Jahren eine gewisse Verunsicherung erfahren.

Zu einer traditionalistischen Neutralitätsauffassung neigen ältere Personen über 50. Aber auch bei den über 30jährigen teilen zwei von fünf Personen diese Bewertung. Ferner gehören dieser Typologie Personen mit einem niedrigen und mittleren Bildungsgrad, eher ländlichem Lebensstil (nicht abgebildet) und einer

mittleren bis starken Kirchenbindung (nicht abgebildet) an. Sie ist in der deutschen Schweiz markant stärker verbreitet als in der französischen Schweiz.

Kritisch interpretieren die schweizerische Neutralität sehr junge Befragte und insbesondere solche mit einem hohen Bildungsniveau sowie grosstädtischem Lebensstil (nicht abgebildet). Zwischen den Sprachregionen bestehen diesbezüglich geringe Unterschiede (1995: Deutschschweiz 12%, französische Schweiz 16%).

Abb. 3.6: Neutralitätsauffassungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (Angabe in Prozent)



Quelle: Haltiner, Spillmann (1994)

© Haltiner/Bertossa/Spillmann 96/95/W5/si

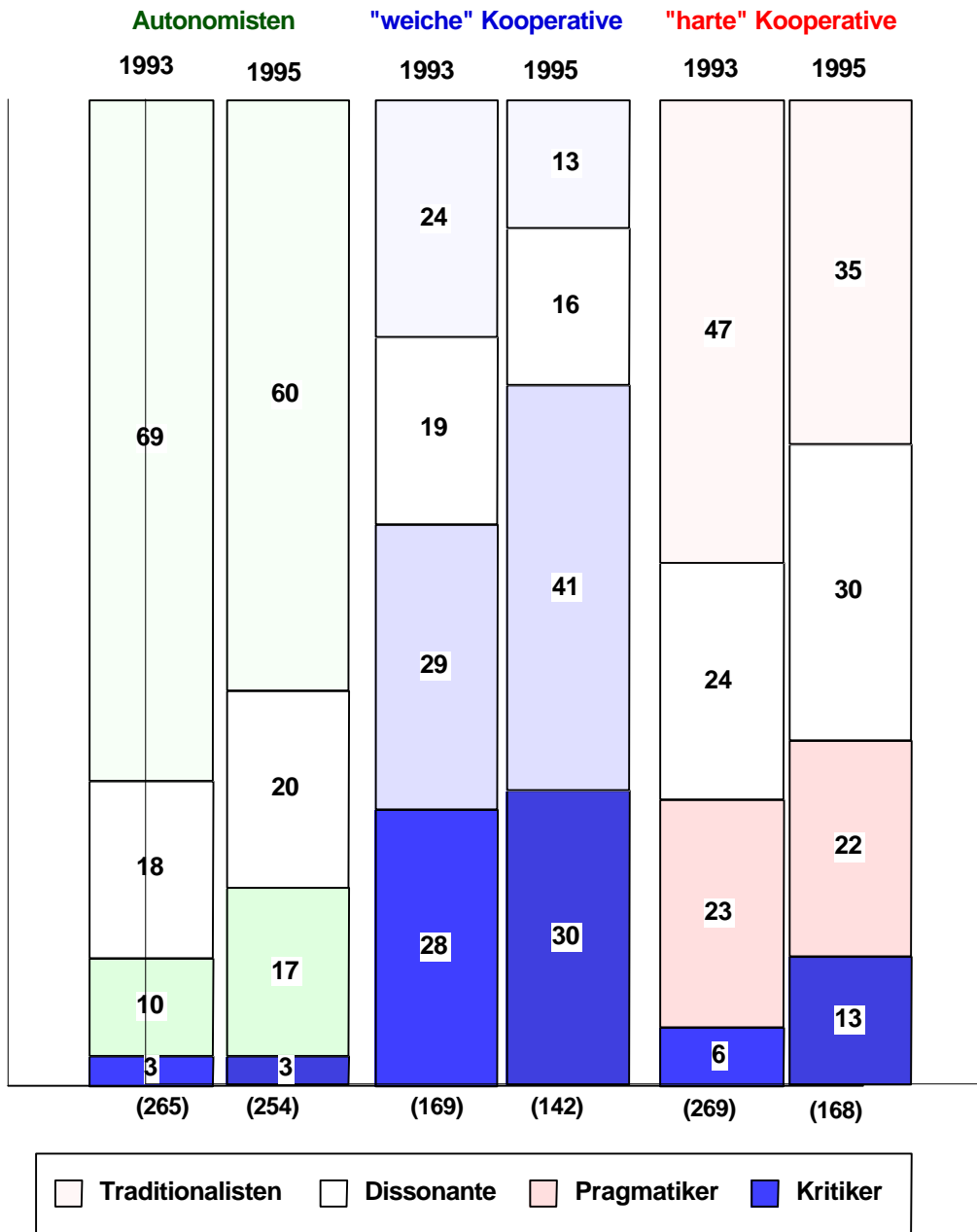
Pragmatisch, d.h. nach dem Nutzen für die Schweiz, beurteilen die Neutralität überdurchschnittlich Personen unter 30 Jahren, solche mit hohem Bildungsniveau und fehlender Kirchenbindung (nicht abgebildet). Der Anteil der Pragmatiker liegt in der französischen Schweiz höher (31% bzw. 29%) als in der deutschen Schweiz (17% bzw. 23%).

Die dissonante Neutralitätsauffassung variiert nicht besonders stark nach den einzelnen Merkmalen. Sie findet sich überdurchschnittlich häufig in ländlichen Gegenden (nicht abgebildet), bei Personen mit tiefem Bildungsniveau. Sie ist in der welschen Schweiz häufiger zu finden als in der deutschen Schweiz.

Enge und durchaus folgerichtige Zusammenhänge bestehen zwischen der ausserpolitischen Kooperationsbereitschaft, wie wir sie typologisch in Abbildung 2.7

ermittelt haben, und den verschiedenen Neutralitätsauffassungen (*Abbildung 3.7*). Die traditionalistische Neutralitätsauffassung überwiegt erwartungsgemäss bei den Autonomisten. 60 Prozent unter diesen neigen ihr zu. Die neutralitätskritische Auffassung ist am stärksten unter den "weichen" Kooperativen verbreitet - ein Sachverhalt, der sich von 1993 bis 1995 noch leicht verstärkt hat. Von den "harten" Kooperativen neigte 1993 noch beinahe jeder zweite Befragte (47%) zu einer traditionalistischen Neutralitätsauffassung. Bis 1995 verzeichnete diese Gruppe einen Zuwachs an Neutralitätskritikern und an Dissonanten auf Kosten der Traditionalisten.

Abb. 3.7: Zusammenhang zwischen der Typologie der internationalen Kooperationswilligkeit und der Neutralitäts-Typologie (Angaben in Prozent)



1993: C=0.41/p<0.001

1995: C=0.43/p<0.001

Quelle: Haltiner, Spillmann (1994)

© Haltiner/Bertossa/Spillmann 95/95/W1/sr

4. Bedrohungsvorstellungen und aussenpolitische Kooperationsbereitschaft

Die aussenpolitische Kooperationswilligkeit in der Bevölkerung wird - so ein Resultat der 1993 von Haltiner und Spillmann durchgeführten Studie - unter anderem durch die persönliche Wahrnehmung möglicher Bedrohungsfaktoren wesentlich bedingt. Im folgenden

- werden Trends bei den Bedrohungsprioritäten allgemein aufgezeigt,
- wird die trendmässige Entwicklung bei der Einschätzung der Weltlage wiedergegeben,
- wird überprüft, welche Zusammenhänge zwischen den Bedrohungsprioritäten und der aussenpolitischen Grundhaltung vorliegen,
- wird überprüft, ob diese enge Verknüpfung zwischen dem individuellen Empfinden von Bedrohung und der Einstellung der Aussenpolitik gegenüber immer noch gegeben ist.

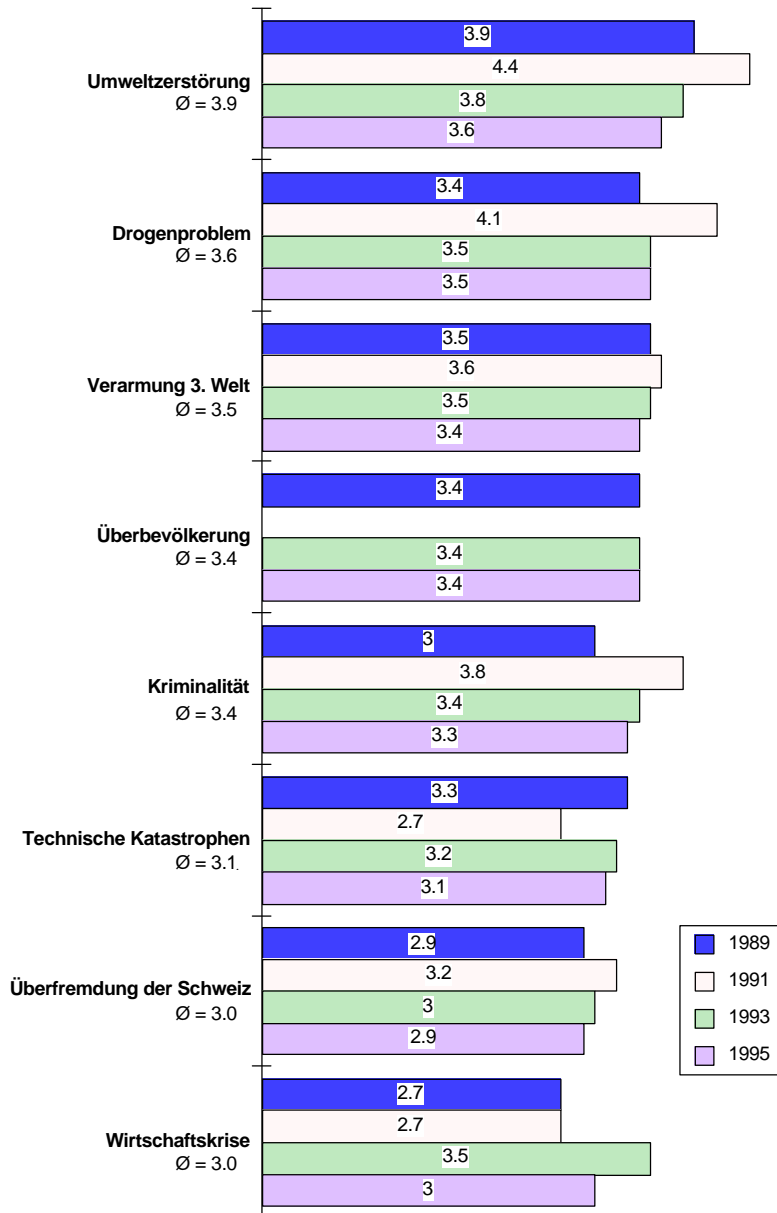
4.1 Bedrohungswahrnehmungen

Auf der Basis einer seit 1989 erweiterten Fragenbatterie (siehe 2.1 im Fragebogen im Anhang) wurde untersucht, ob in den letzten fünf Jahren bedeutsame Veränderungen hinsichtlich der Bedrohungswahrnehmung stattgefunden haben. Die Ergebnisse zeigen, dass die verschiedenen Faktoren, die die Schweizerinnen und Schweizer als bedrohlich beurteilen, im Trend bemerkenswert stabil bleiben. Zwar gibt es zwischen den Befragungszeitpunkten Schwankungen hinsichtlich der "Bedrohungsrangfolge", die Unterscheidung zwischen über- und unterdurchschnittlich bedrohlichen Faktoren bleibt aber über die Zeit hinweg konstant (*Abbildung 4.1* und *Abbildung 4.2*)⁸: Dinge, die langfristig, d.h. im Gesamtdurchschnitt über vier Jahre hinweg als überdurchschnittlich bedrohlich wahrgenommen werden (Wert ≥ 3.0), erweisen sich in der Regel auch bei den einzelnen Messzeitpunkten (1989, 1991, 1993 und 1995) als besonders besorgniserregend für die Schweizer Bevölkerung.

⁸ Als überdurchschnittlich definieren wir hier Bedrohungen, die im Gesamtdurchschnitt (\bar{O}) der vier Messjahre (1989, 1991, 1993 und 1995) mindestens einen Wert von 3 auf der von uns konstruierten sechsstufigen Skala aufweisen. Bedrohungen, die einen tieferen Gesamtdurchschnittswert aufweisen, definieren wir als unterdurchschnittlich.

Abb. 4.1: Bedrohungen: Die im Schnitt von vier Messjahren als überdurchschnittlich bedrohlich wahrgenommenen Faktoren

(Mittelwerte einer sechsstufigen Skala von 0 = keine Bedrohung bis 5 = sehr grosse Bedrohung)



© Haltiner/ Bertossa/ Spillmann 142/96/w3

Es ist interessant festzustellen, wie wenig sich verändert hat bei der Beurteilung der als relativ hoch bedrohlich wahrgenommenen Probleme im Zeitraum 1993-1995: das Drogenproblem, die Verarmung der dritten Welt, die Überbevölkerung, die Kriminalität und die technischen Katastrophen gelten derzeit nach Meinung der befragten Schweizerinnen und Schweizer als gleich bedrohlich wie

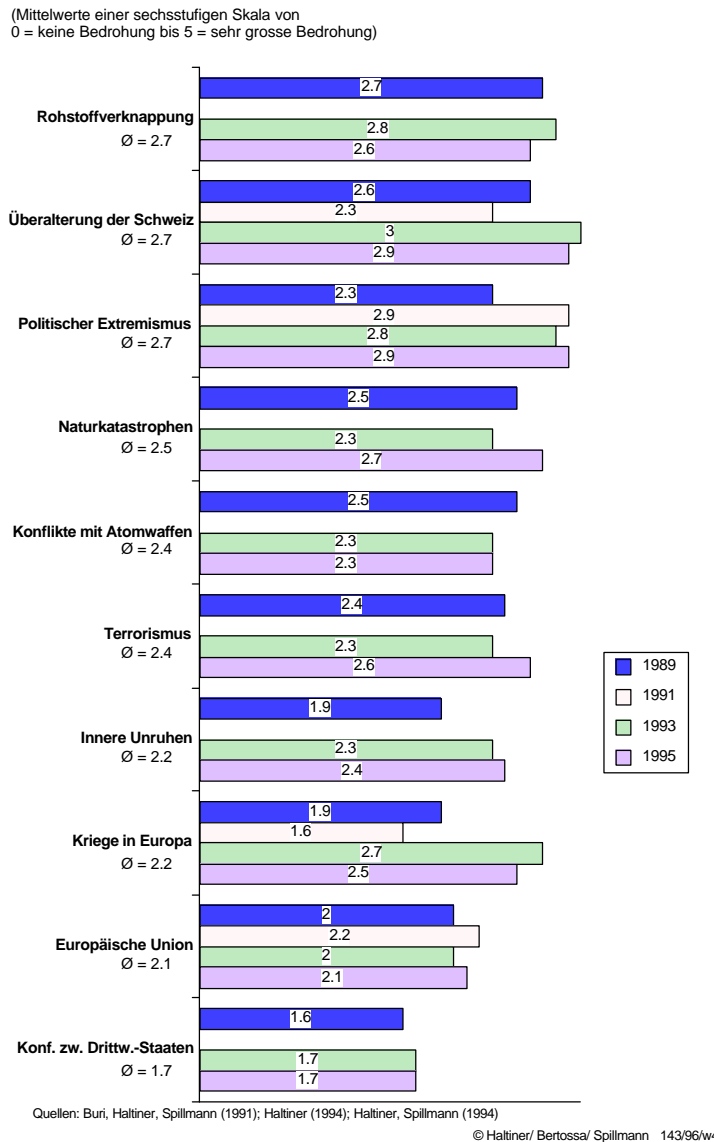
vor zwei Jahren. Eine Erklärung für diese auffällige Konstanz liegt möglicherweise im Fehlen von prägnanten und mediendominanten Ereignissen in den letzten zwei Jahren, die zu einer massiven Bewusstseinsänderung hinsichtlich einzelner Risiken hätten führen können: keine technischen Katastrophen im Ausmass von Tschernobyl, keine massive Zunahme der Kriminalität in unserem Land, die Schockwirkung von Drogenthemen in den Medien ist abgeklungen. Eine weitere Begründung für die Stabilität dieser Faktoren kann wiederum gesucht werden in der Rolle, die die materielle Sicherheit in wirtschaftlich prekären Zeiten spielt: Die Wirtschaftskrise relativiert alle übrigen Bedrohungen.

Auch bei den als unterdurchschnittlich bedrohlich wahrgenommenen Faktoren (*Abbildung 4.2*) lässt sich mit wenigen Ausnahmen eine grosse Stabilität feststellen. Während einzelne Themen praktisch kaum je ernsthaft als mögliche Bedrohung betrachtet wurden, wie z.B. die Möglichkeit, durch Konflikte zwischen Drittwelt-Staaten in einen Krieg hineingezogen zu werden, oder die Europäische Union als Verunsicherungsquelle, erfuhren andere Faktoren von 1989 bis 1995 eine leichte Zunahme in ihrer Einschätzung als potentiell bedrohlich. Das ist insbesondere der Fall für den politischen Extremismus, für die Überalterung der Schweiz, für den Terrorismus und für die Gefahren, welche sich aus inneren Unruhen für unser Land ergeben könnten. Obwohl die Bedrohungswahrnehmung der Bevölkerung für diese Faktoren von 1989 bis 1995 zugenommen hat, wurden überdurchschnittliche Werte (Wert ≥ 3.0) zu keinem Messzeitpunkt erreicht.

Es ist besonders interessant, die Entwicklung der Bedrohungskurve "Kriege in Europa" zu verfolgen: Obwohl diese potentielle Bedrohungsquelle zu keinem Zeitpunkt als überdurchschnittlich intensiv wahrgenommen wird, erfährt sie 1993 einen erheblichen Bedeutungszuwachs gegenüber 1989 und 1991. Sie bleibt auch 1995 auf relativ hohem Niveau. Die Konflikte im geographisch nahen Balkanraum haben offensichtlich Spuren hinterlassen im Sicherheitsgefühl der Schweizerinnen und Schweizer, ohne indessen je eine dominante Bedeutung zu erhalten.

Eine Gesamtanalyse der Bedrohungswahrnehmungen bestätigt den bereits 1994 festgestellten Trend: Ökologische Gefährdungen und Kriminalität sind, wenn auch tendenziell abnehmend, nach wie vor die wichtigsten Bedrohungsfaktoren. Gefahren, die aus der Wirtschaftskrise, dem demographischen Gesellschaftsumbau und der wiederum angestiegenen Kriegsgefahr in Europa resultieren, werden von den Schweizerinnen und Schweizern in steigendem Masse als bedrohlich wahrgenommen.

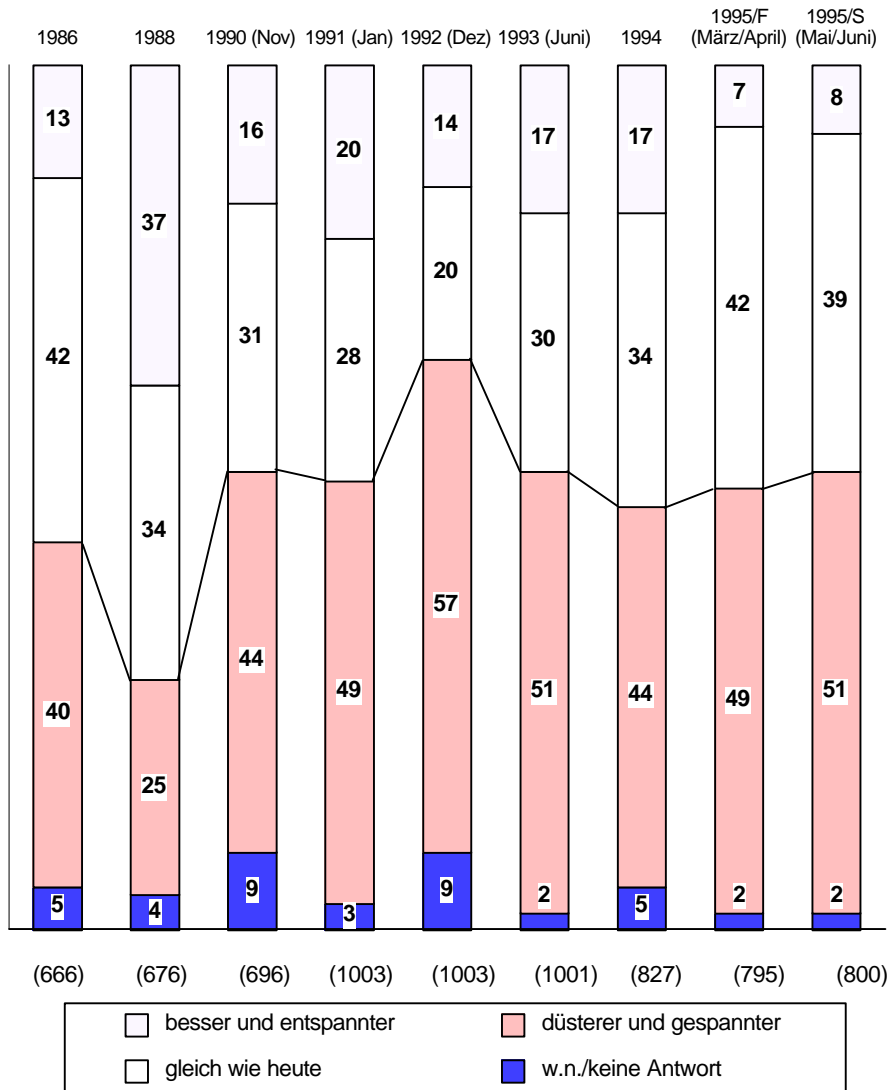
Abb. 4.2: Bedrohungen: Die im Schnitt von vier Messjahren als unterdurchschnittlich bedrohlich wahrgenommenen Faktoren (Angaben in Prozent)



4.2 Die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren

Die Frage nach der Einschätzung der weltpolitischen Entwicklung der kommenden fünf Jahre hat sich in der Vergangenheit als ein optimaler Indikator für die Messung der äusseren Bedrohungsintensität erwiesen. 1995 wurde sie im Frühling und Sommer gestellt. Aus *Abbildung 4.3* ist ersichtlich, dass der dominante Zukunftspessimismus, den man seit dem Anfang dieses Jahrzehntes feststellt, nach wie vor anhält. Man kann sogar sagen, dass 1995 die Schweizerinnen und Schweizer die künftige Weltlage so nüchtern wie nie zuvor einschätzten.

Abb. 4.3: Bedrohungswahrnehmung
Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? (Angaben in Prozent)



Qellen: Buri, Haltiner, Spillmann (1991); Haltiner (1994); Haltiner, Spillmann (1994); Haltiner (1995)

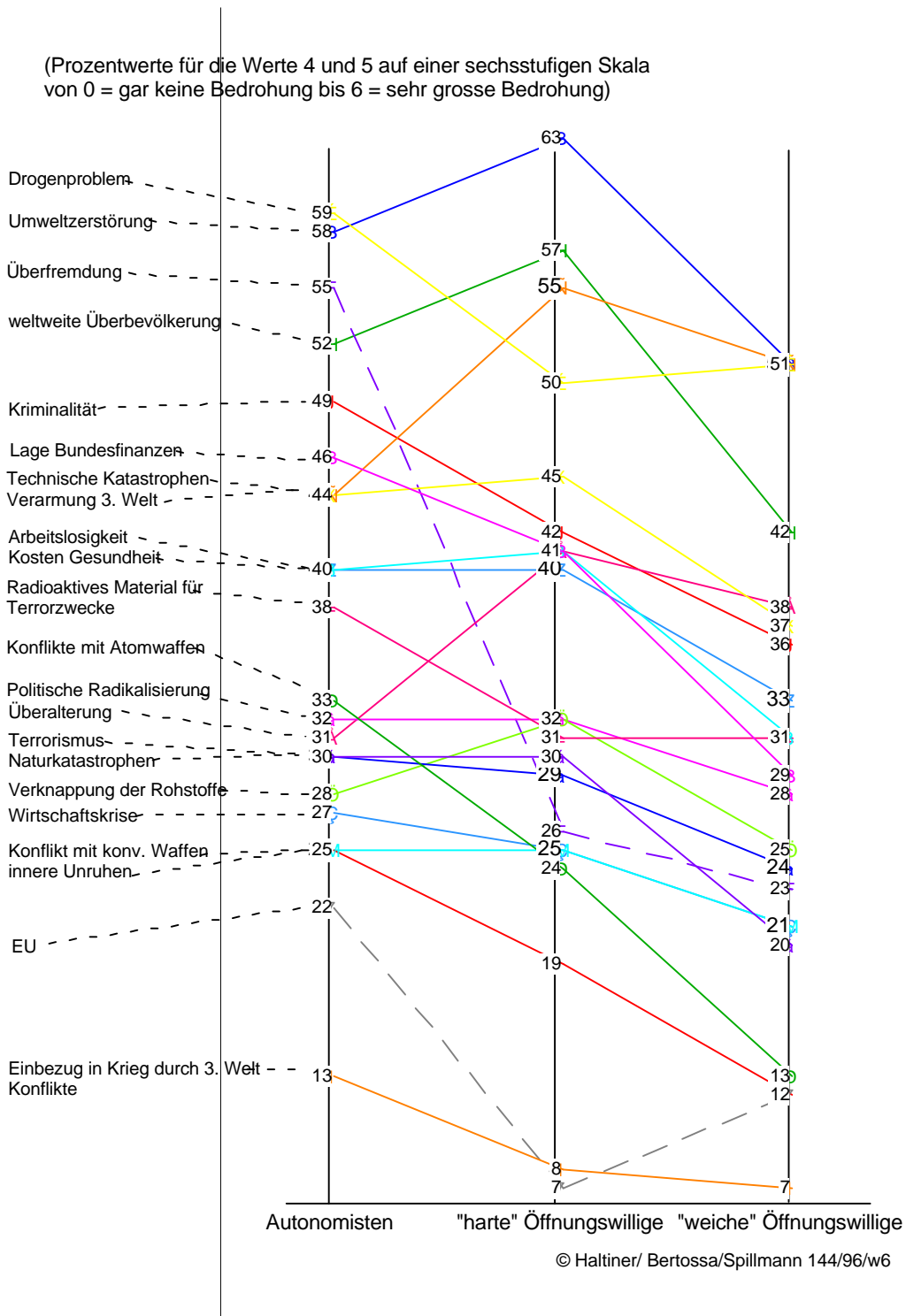
© Haltiner/Bertossa/Spillmann 132/95/W1/sr

In der Tat war im vergangenen Jahrzehnt der Anteil an Befragten, die von den kommenden fünf Jahren Besserung und Entspannung erwarteten, noch nie unter die 10-Prozent-Grenze gefallen, wie dies derzeit der Fall ist! Nach den 1995er Daten erwartet sogar wiederum die absolute Mehrheit der Befragten, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren düsterer und gespannter sein wird. Die Tendenz, wonach die allgemeine aussen- und sicherheitspolitische Grundstimmung eher gedrückt als heiter ist, hat sich somit gegenüber der ersten Trendstudie von 1994 nochmals verstärkt.

4.3 Die Bedrohungsbilder für die einzelnen Kooperationstypen

Bedrohungsbilder können eine ausgesprochen starke Auswirkung auf die Einstellung zur aussenpolitischen Kooperationswilligkeit haben. In *Abbildung 4.4* sind die Bedrohungen in ihren Rangierungen für die Autonomisten, die "weichen" und die "harten" Öffnungswilligen aufgeführt:

Abb. 4.4: Bedrohungsbilder und aussenpolitische Kooperationswilligkeit (Angaben in Prozent)



Personen, die auf einen autonomen Kurs der Schweiz pochen, lassen generell eine höhere Angstintensität als die Kooperationswilligen erkennen. Dies gilt insbesondere für Bedrohungen, die geographisch mit der Schweiz unmittelbar verknüpft werden können oder sie direkt betreffen, eher weniger für solche, die die Schweiz nur indirekt tangieren und sozialen Charakter haben, wie z.B. die Ver-

armung der dritten Welt, die weltweite Überbevölkerung, die Umweltzerstörung und die Überalterung.

Grosse Unterschiede zwischen den Typen zeigen sich bei der Überfremdungsangst, der Angst vor Konflikten mit Atomwaffen, der Europäischen Union (EU), dem Einbezug in einen Krieg durch Konflikte zwischen Drittwelt-Staaten und den inneren Unruhen. Sie alle werden von den Autonomisten als Bedrohungsängste höher gewichtet als von den übrigen Typen. Bei anderen Faktoren lässt sich 1995 eine zwischen den drei Typen homogenere Bedrohungswahrnehmung feststellen: Konflikte mit konventionellen Waffen, Wirtschaftskrise, Verknappung der Rohstoffe und politische Radikalisierung durch Extremisten werden typunabhängig von ungefähr einem Drittel der Befragten als bedrohlich empfunden.

Von 1993 bis 1995 hat offensichtlich eine partielle Verschiebung der Bedrohungsprioritäten zwischen den drei Kooperationstypen stattgefunden (*Abbildung 4.5*).

Die Überalterung ist 1995 vor allem für die international Kooperationswilligen zu einem Bedrohungsfaktor geworden, die politische Radikalisierung durch Extremisten, die Verknappung der Rohstoffe und die weltweite Überbevölkerung machen neu eher den tendenziell "weichen" Öffnungswilligen Sorgen. Trendmässig kann man aber von einer hohen Stabilität der drei Typen hinsichtlich ihres Bedrohungsempfindens sprechen.

Abb. 4.5:

Wer für einen autonomen Kurs der Schweiz plädiert, fühlt sich 1995 in deutlich stärkerem Masse bedroht als der aussenpolitisch Kooperationswillige. Sein grösseres Sicherheitsbedürfnis manifestiert sich in einer stärkeren Gewichtung der Gefährdung der inneren Sicherheit und der Identität (Überfremdung, EU, innere Unruhen). Entwurzelung und Identitätsverlust dürften somit ein wichtiges Motiv für die isolationistische Grundhaltung dieser Gruppe darstellen. Die aussenpolitische Meinungsbildung der Kooperativen wird hingegen in geringerem Masse von Bedrohungsängsten bestimmt.

Über alle Messzeitpunkte hinweg kann die Rangfolge der wahrgenommenen Bedrohungen als stabil bezeichnet werden. An der Spitze der Bedrohungsprioritäten rangieren im langfristigen Trend Umwelthanliegen. Wirtschaftliche Sorgen sind von der wirtschaftlichen Konjunktur bestimmt. Die Erwartungen bezüglich Entwicklung der Weltlage haben sich in den letzten fünf Jahren relativ stetig verdüstert. Die Angst vor dem Einbezug in kriegerische Konflikte rangiert tief, hat aber seit 1993 an Bedeutung gewonnen. Überfremdungsängste und die Angst vor wachsender Kriminalität kennzeichnen insbesondere Personen, die aussenpolitisch zu einer autonomistischen Haltung neigen.

5. Internationale Kooperationsbereitschaft in der Sicherheitspolitik

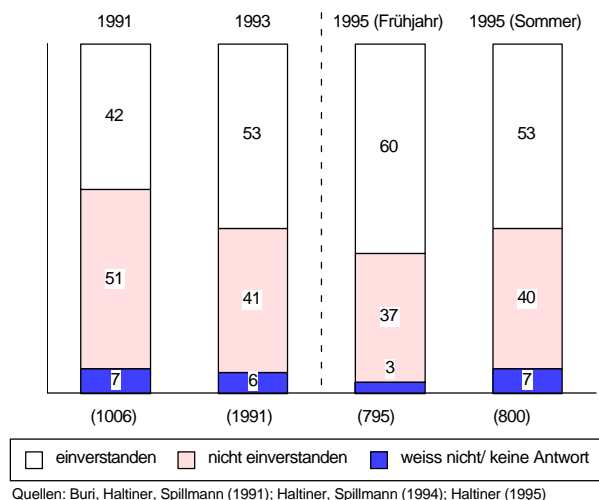
Gemessen an der allgemeinen aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft zeugen die in der 19-Indikatoren-Skala (Kap. 2.2) aufgeführten Fragen zum Mitmachen bei einer Europäischen Armee, bei der NATO und bei den UNO-Friedenstruppen nicht von einer hohen sicherheitspolitischen Öffnungsbereitschaft. Diese liegt allgemein deutlich unter den Zustimmungsraten zum Anliegen der ökonomischen und politischen internationalen Kooperation. Mit anderen Worten: Die Schweizerinnen und Schweizer sind eher zu einer politischen und wirtschaftlichen als zu einer sicherheitspolitischen Öffnung bereit. Das hängt unter anderem sicherlich mit dem nachgewiesenen ungebrochen hohen Stellenwert der bewaffneten Neutralität zusammen.

In der vorliegenden Erhebung sind zum einen bereits früher gestellte Fragen nach der Sicherheitsautonomie der Schweiz und der sicherheitsschaffenden Wirkung der europäischen Integration erneut gestellt worden. Ferner wiederholen wir Fragen zur Wahrscheinlichkeit und Wünschbarkeit einer gesamteuropäischen Armee sowie nach der Billigung von Auslandseinsätzen von Schweizer Soldaten. Darüber hinaus sind aus aktuellem Anlass Einstellungsfragen zur Zusammenarbeit mit ausländischen Streitkräften gestellt worden, wie sie die NATO-"Partnerschaft für den Frieden" (PfP) vorsieht. Die Schweiz hat die Einladung zu einem Mitmachen bisher noch nicht beantwortet.

5.1 Wahrgenommene Sicherheitsautonomie

Von 1991 bis 1995 nimmt die Zahl derer tendenziell zu, die der Vorgabe zustimmen, unsere nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt (*Abbildung 5.1*).

Abb. 5.1 Wahrgenommene nationale Sicherheitsautonomie (Angaben in Prozent)

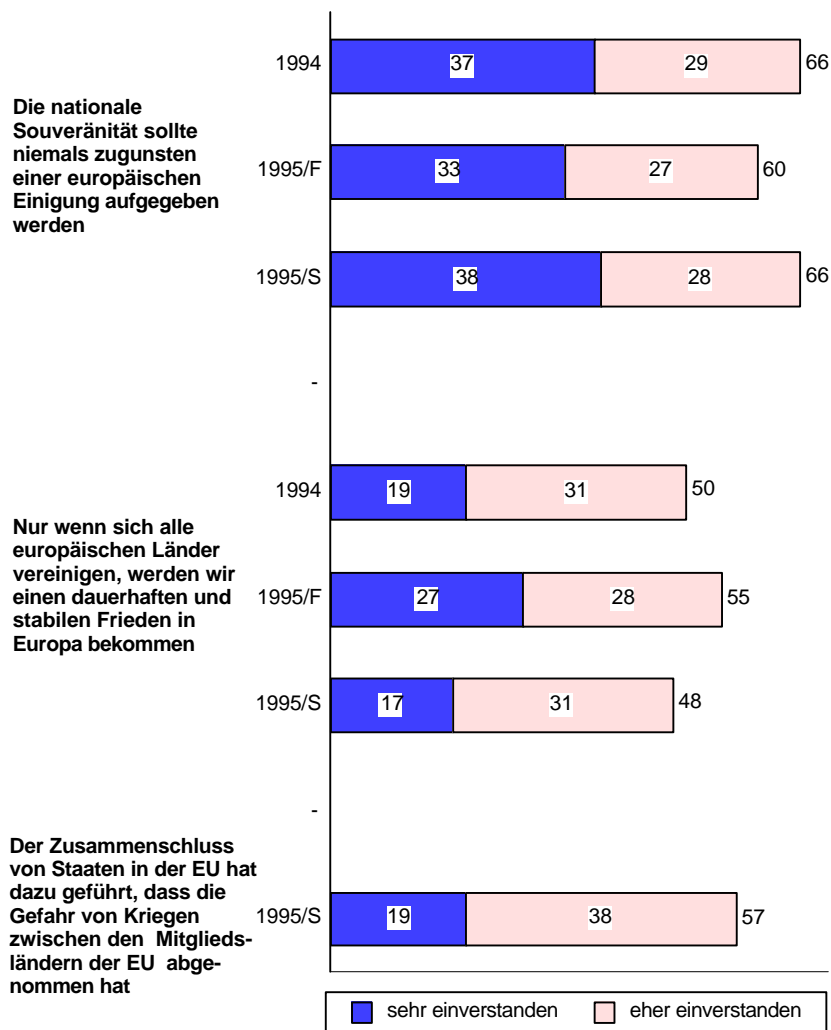


Die Zustimmung lag in einer Frühjahrsbefragung 1995 etwas höher als in der Sommerbefragung 1995. Tendenziell beginnt die Bevölkerung die wachsende Vernetzung sicherheitsrelevanter Zusammenhänge wahrzunehmen. Daraus den Schluss abzuleiten, damit nehme gleichzeitig die durchschnittliche Bereitschaft zu, einer sicherheitspolitischen Öffnung der Schweiz zuzustimmen, wäre allerdings verfrüht.

5.2 Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration

Die Beurteilung des sicherheitspolitischen Stellenwertes der europäischen Einigung unterliegt leichten Meinungsschwankungen, zeigt aber - zumindest vorläufig - keinen Trend (*Abbildung 5.2*).

Abb. 5.2: Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration (Angaben in Prozent)



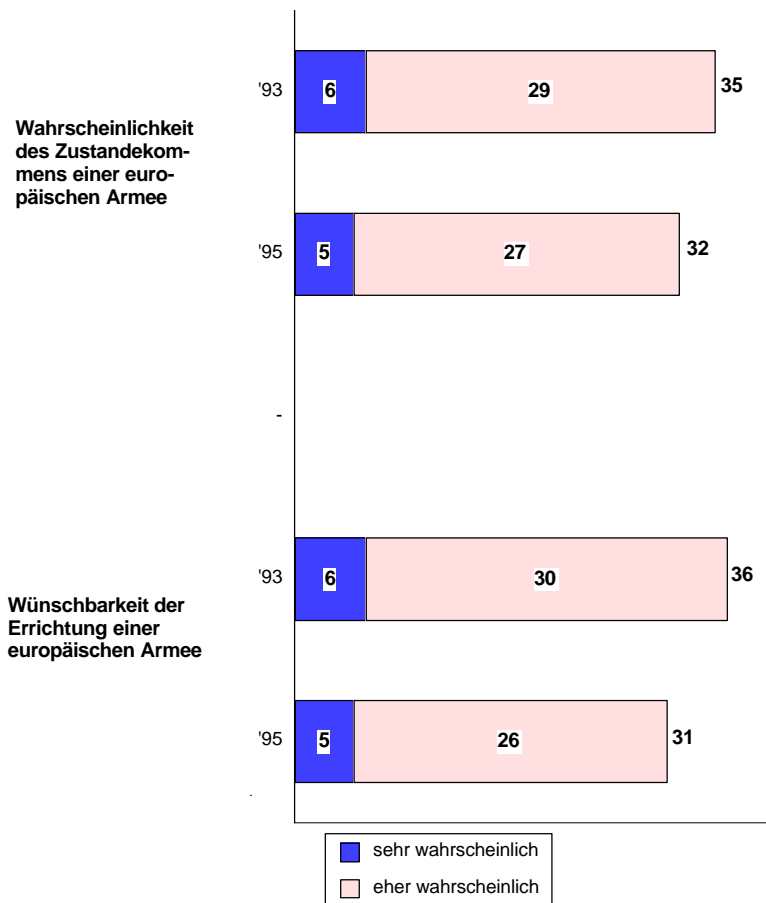
Quellen: Haltiner (1994); Haltiner (1995)

© Haltiner/Bertossa/Spillmann 134/95/W3/sr

In der hohen grundsätzlichen Zustimmung zur Beibehaltung der nationalen Souveränität spiegelt sich die bereits konstatierte grundsätzlich verhaltene nati-

onale Öffnungswilligkeit. Nur knapp die Hälfte der Befragten (1995: 48%) bekennt sich zur friedensschaffenden Wirkung der europäischen Einigung. 57% teilen die als Vorgabe formulierte Meinung, der europäische Zusammenschluss vermindere die Gefahr eines Krieges zwischen Mitgliedern der EU. Diese Zahlen zeugen nicht von einem hierzulande weit verbreiteten Glauben an die sicherheitspolitisch stabilisierende Wirkung der europäischen Einigung. Hier besteht bei den Schweizerinnen und Schweizern offensichtlich ein verbreitetes Glaubwürdigkeitsdefizit. Die diesbezügliche Skepsis dürfte mit ein Grund für die nach wie vor starke autonomistische und neutralistische Strömung in unserem Land sein.

Abb. 5.3: Wahrscheinlichkeit und Wünschbarkeit einer gesamteuropäischen Armee 1993-1995 (Angaben in Prozent)



Quelle: Haltiner, Spillmann (1994)

© Haltiner/Bertossa/Spillmann 112/95/

Entsprechend schwach verbreitet ist der Glaube an das Zustandekommen einer gemeinsamen europäischen Armee im Rahmen einer gesamteuropäischen Verteidigungsstrategie. Bloss rund ein Drittel aller Befragten (1993: 35%, 1995: 32%) zeigt sich davon überzeugt. Nur unwesentlich tiefer liegt 1995 der Anteil

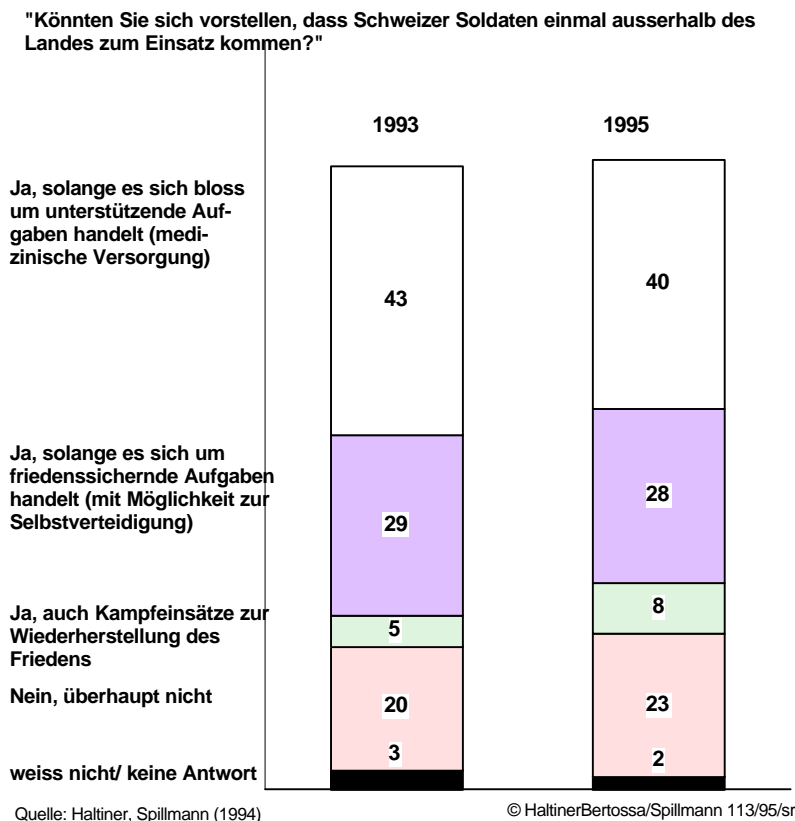
jener Schweizerinnen und Schweizer, welche sich die Errichtung gemeinsamer europäischer Streitkräfte überhaupt wünschen (1993: 36%, 1995: 31%).

5.3 Zustimmung zu Blaumützenmissionen und zu Auslandseinsätzen von Schweizer Soldaten

Beinhaltet die Skepsis gegenüber gesamteuropäischen Verteidigungsanstrengungen einerseits und die nach wie vor fehlende Mehrheitszustimmung zu Schweizer UNO-Truppen (Vgl. Abbildung 2.3 in Abschnitt 2) grundsätzliche Vorbehalte gegenüber dem Auslandseinsatz von Schweizer Soldaten? Nicht unbedingt. Das ergibt sich aus zwei hierzu gestellten Fragen:

Auf die direkte Frage, ob die Schweiz nach der Ablehnung der Blauhelm-Vorlage ihre Beteiligung an friedenssichernden Einsätzen im Rahmen von Beobachtungs- und Sanitätspersonal für die UNO (Blaumützeneinsätze) eher ausbauen, im heutigen Masse beibehalten oder reduzieren soll, plädiert eine knappe Mehrheit von 51% für den Status quo. 38% sähen gerne einen Ausbau, nur 9% sprechen sich für eine Reduzierung aus (Anteil "Weiss nicht" 2%, vgl. Fragebogen im *Anhang* Frage 6.6).

Abb. 5.4: Auslandseinsatz von Schweizer Soldaten (Angaben in Prozent)



Die in *Abbildung 5.4* aufgeführten Antwortverteilungen zu einer 1993 und 1995 gestellten Frage nach dem Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten zeigen ein ähnliches Bild:

Mehr als drei Viertel aller Befragten können sich mit der Vorstellung eines Einsatzes von Schweizer Soldaten im Ausland durchaus anfreunden. Für die Mehrheit unter den Befürworterinnen und Befürwortern gilt das allerdings nur unter der Voraussetzung, dass es sich um nonkombattante Einsätze im Rahmen der Friedenssicherung handelt.

Eine relative Mehrheit der Befürworterinnen und Befürworter von nonkombattanten Friedenseinsätzen sieht diese im Rahmen von Blaumützenmissionen, wie sie beispielsweise in Westsahara und in Namibia erfolgt sind, nämlich auf rein unterstützender, eher nichtmilitärischer Basis.

Die Einstellung zum Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten zeigt (vorläufig) keine Veränderungstendenz. Die Antwortverteilung 1995 entspricht im Rahmen des Stichprobenfehlers jener von 1993.

Es kann daher, wie schon in der Studie 1993, als dieser Sachverhalt mit zusätzlichen Fragen ausgelotet wurde, gefolgert werden:

Die Akzeptanz von Auslandeinsätzen schweizerischer Soldaten nimmt in dem Masse ab, in dem diese Einsätze an militärischem Charakter gewinnen und in dem diese deutlich über den bis heute gepflegten Umfang hinausgehen.

5.4 Einstellung zur Zusammenarbeit mit ausländischen Armeen, wie sie die NATO-Initiative "Partnership for Peace" (PfP) vorsieht

Im Januar 1994 hat die NATO die Schweiz eingeladen, an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) mitzuwirken. Das Partnerschaftsangebot ist geradezu auf die Schweiz zugeschnitten, weil jeder Partnerstaat Art und Ausmass seiner Zusammenarbeit mit dem Atlantischen Bündnis selber bestimmen und auch jederzeit wieder aufkündigen kann. Bis heute sind 26 Nationen "Friedenspartner" der NATO geworden, darunter auch die Neutralen Finnland, Österreich und Schweden.

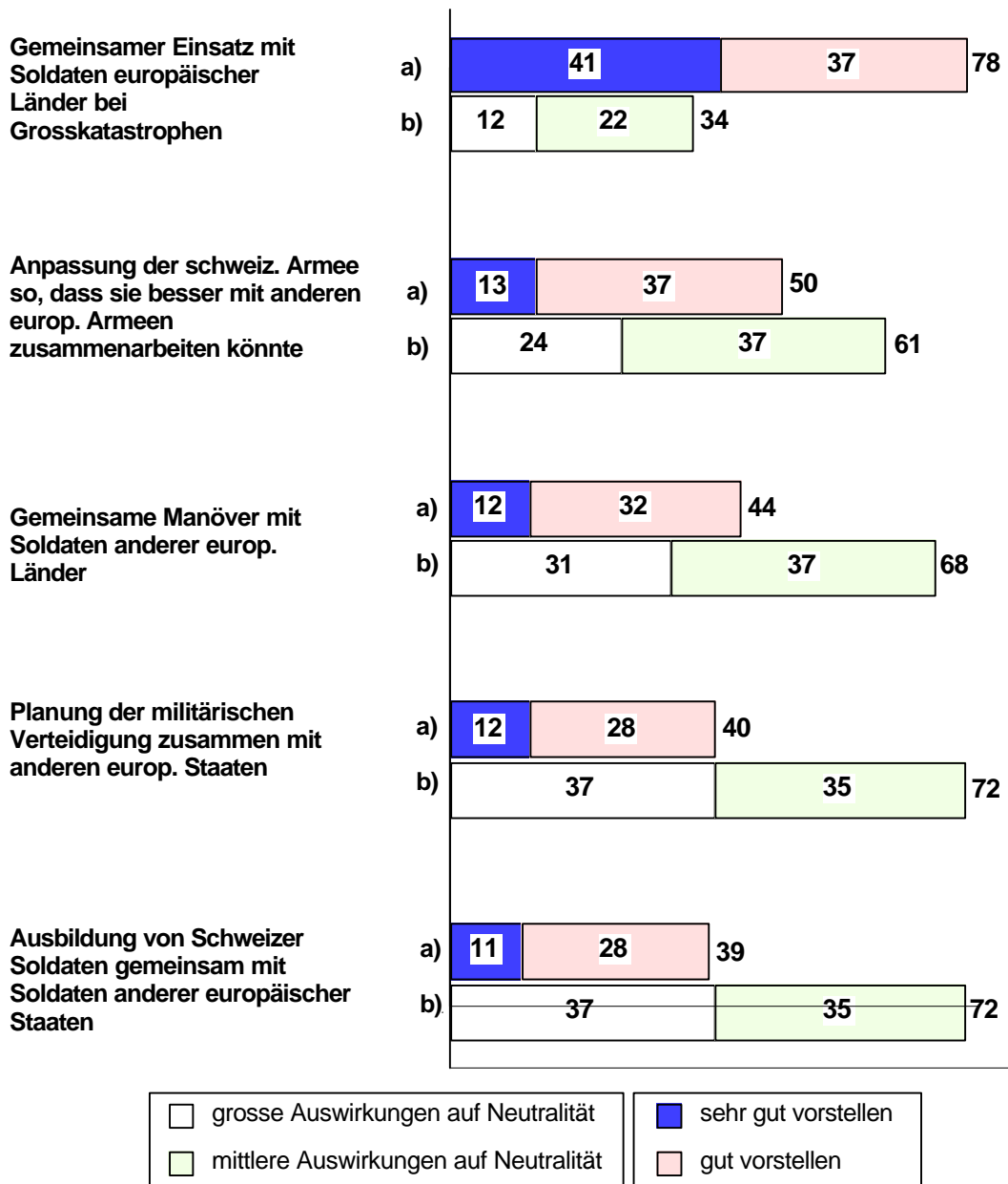
Für 60 Prozent der Befragten lässt, wie in *Abbildung 3.1* gezeigt, die Neutralität in gewissen Bereichen durchaus eine Zusammenarbeit mit der NATO zu. Wie aber werden einige der konkreten Möglichkeiten der Kooperation mit ausländischen Streitkräften, wie sie die PfP neben einer ganzen Reihe von weiteren möglichen Kooperationsbereichen vorsieht, durch die Schweizer Bevölkerung beurteilt? Da weder die Kenntnis des Begriffes "Partnerschaft für den Frieden" noch solche über die Inhalte des Angebotes in der Durchschnittsbevölkerung vorausgesetzt werden konnten, wurden die Kernanliegen der PfP für die Befragung in einer grundsätzlichen Weise, d.h. nicht direkt auf das Angebot der NATO bezo-

gen, erfragt (Abbildung 5.5). Konkret wurde zunächst gefragt, ob man sich die in Abbildung 5.5 aufgelisteten Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit Armeen anderer Länder vorstellen könnte (sehr gut, gut, eher nicht, gar nicht), und danach, ob eine solche Zusammenarbeit Auswirkungen auf unsere Neutralität hätte (gar keine, fast keine, nicht so grosse, grosse).

Abb. 5.5: Einstellungen zur Zusammenarbeit mit ausländischen Armeen, wie sie die NATO-Initiative PfP vorseht (Angaben in Prozent)

Wir haben einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit Armeen anderer Länder zusammenarbeiten könnte.

- a) Sagen Sie bitte zu jeder, ob sie sich eine solche Zusammenarbeit sehr gut oder gut vorstellen bzw. eher nicht oder gar nicht vorstellen könnten.
 b) Hätte diese Zusammenarbeit Auswirkungen auf unsere Neutralität (überhaupt keine/ fast keine/ nicht so grosse/ grosse Auswirkungen)?



Das ermittelte Bild deckt sich weitgehend mit bisherigen Befunden (*Abbildung 5.5*):

Eine klar mehrheitliche Zustimmung erhält von den fünf Vorgaben einzig die Zusammenarbeit mit Soldaten europäischer Länder bei Grosskatastrophen (könnten es sich sehr gut bzw. gut vorstellen: 78%). Diese wird auch als einzige neutralitätspolitisch als unbedenklich eingestuft.

Die Hälfte aller Befragten (50%) kann sich eine einseitige Anpassung der Schweizerarmee an ausländische so, dass eine bessere Zusammenarbeit denkbar wäre, immerhin noch sehr gut bzw. gut vorstellen. Allerdings melden diesbezüglich schon 61% neutralitätspolitische Bedenken an, davon allerdings nur 37% "grosse".

Gemeinsame Manöver, eine gemeinsame Planung der militärischen Verteidigung und eine gemeinsame Ausbildung können sich Bevölkerungsmehrheiten in der Grössenordnung von rund sechzig Prozent nicht vorstellen. Hier überwiegen auch deutlich die neutralitätspolitischen Vorbehalte. "Grosse" Auswirkungen auf die schweizerische Neutralität sehen jedoch für alle diese Möglichkeiten nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten.

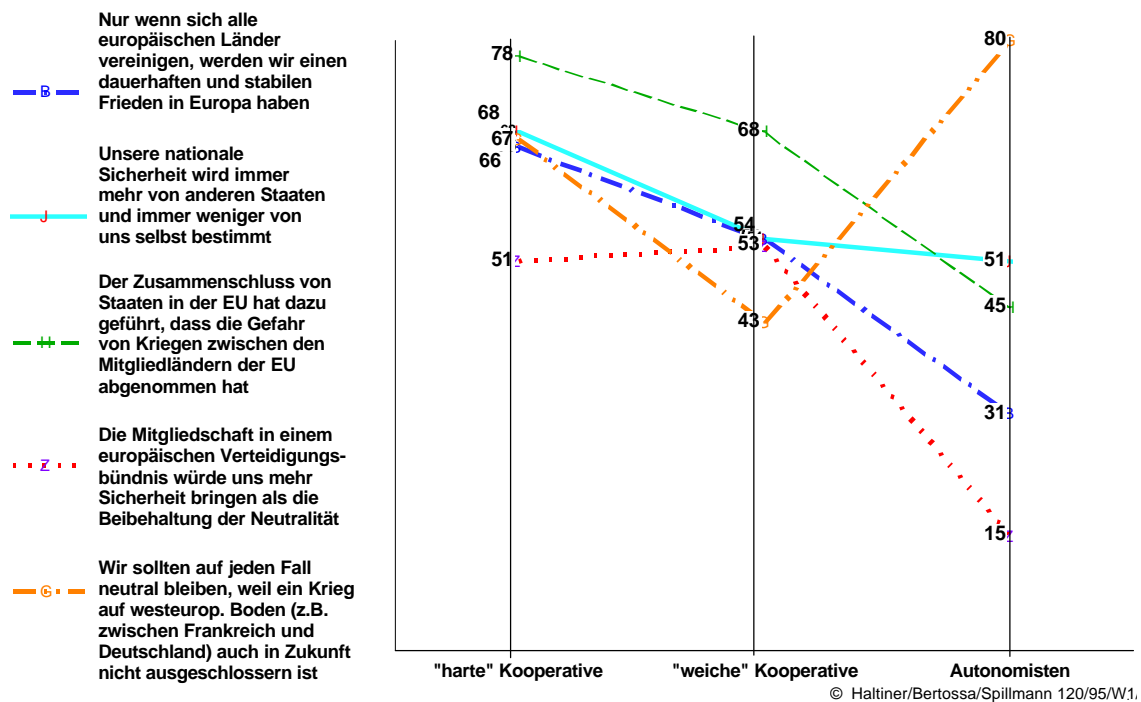
Aus diesen Zahlen darf nicht geschlossen werden, dass eine Annahme des PfP-Angebotes in der Schweizer Bevölkerung grundsätzlich auf Ablehnung stossen würde. Dazu ist das NATO-Angebot der Durchschnittsbürgerin und dem Durchschnittsbürger wohl auch zuwenig bekannt. Wohl aber lässt sich daraus in Übereinstimmung mit den bereits oben dargelegten Befunden ableiten, dass mit einer unbestrittenen Billigung durch die Bevölkerung nur für jene Bereiche der Zusammenarbeit mit der NATO gerechnet werden darf, die wenig unmittelbar kombattanten Charakter haben, die nicht eine Zusammenarbeit mit grösseren ausländischen Verbänden zur direkten Konsequenz haben und die insbesondere nicht eine die Handlungsfreiheit der Schweiz womöglich tangierende militärische Planung einschliessen. Die letzteren Optionen lösen relativ rasch Neutralitätsreflexe aus.

5.5 Sicherheitspolitische Aspekte und aussenpolitische Kooperationswilligkeit

Bereits die vorangehende Trendstudie belegte für 1993 einen sehr engen Zusammenhang zwischen der aussenpolitischen Öffnungswilligkeit und der Billigung sicherheitspolitischer Zusammenarbeit mit dem Ausland bzw. friedenspoli-

tischer Einsätze im Rahmen der UNO (bzw. der OSZE)⁹. Dieser enge Konnex zwischen den drei Typen aussenpolitischer Kooperation und der sicherheitspolitischen Orientierung lässt sich auch anhand ausgewählter Variablen der Erhebung 1995 beispielhaft nachweisen (Abbildung 5.6). Danach unterscheiden sich die "harten" und die "weichen" Öffnungswilligen vom autonomistischen Typ grundsätzlich in ihrer Beurteilung der sicherheitsschaffenden Wirkung der europäischen Einigung. Für die Kooperationswilligen liegen die Vorteile der Integration hinsichtlich vermehrter Stabilität und Sicherheit auf dem Kontinent auf der Hand. Ja, sie sehen in der Einigung eine Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa.

Abb. 5.6: Beurteilung der europäischen Sicherheitslage nach der internationalen Kooperationswilligkeit (Angaben in Prozent - sehr und eher einverstanden)



Die "harten" Kooperationswilligen unterscheiden sich von den "weichen" dadurch, dass sie an der Neutralität im Sinne einer Rückfallposition festhalten, weil sie eine kriegerische Auseinandersetzung (etwa zwischen Frankreich und Deutschland) mehrheitlich noch nicht völlig ausschliessen. Ihre Zustimmung zur Vorgabe, die Mitgliedschaft in einem Verteidigungsbündnis verspreche mehr Sicherheit als die Beibehaltung der Neutralität, ist deshalb verhaltener als jene der "weichen" Kooperativen. Die Befürwortung sicherheitspolitischer Kooperation durch die beiden Typen steht in Einklang mit der von ihnen (insbesondere

⁹ K.W. Haltiner, K.R. Spillmann (1994), S. 61ff.

den "harten" Kooperativen) geteilten Meinung, unsere nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.

Diese letztere Einsicht teilt auch eine schwache Mehrheit des autonomistischen Einstellungstyps (51%). Nur bringt die Einsicht in die beschränkte Sicherheitsautonomie diesen Typ nicht dazu, die nationale Sicherheit der Schweiz vermehrt im europäischen Verbund zu suchen. Vielmehr steht er diesem abwehrend und vor allem misstrauisch gegenüber. Das zeigt sich insbesondere darin, dass 80%(!) der Autonomisten einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nach wie vor nicht ausschliessen und von daher auf die Beibehaltung der Neutralität pochen. Im übrigen glaubt der autonomistische Typ mehrheitlich nicht an die stabilisierende und sicherheitsfördernde Wirkung der europäischen Einigung. Die autonomistische Haltung wurzelt offensichtlich in einem tiefen Zweifel daran, ob es dem Westeuropa des ausgehenden 20. Jahrhunderts gelungen sei, nach Jahrhunderten der kriegerischen Auseinandersetzungen und Rivalitäten eine dauerhafte Friedensordnung zu finden.

Als Fazit lässt sich wie schon in der vorangehenden Studie festhalten:

Die Meinungslogik der Aussen- und Sicherheitspolitik sind eng miteinander verknüpft. Ein Ja zur Öffnung der Schweiz Richtung Europa gründet in der Regel auf dem Vertrauen in die friedenssichernde Wirkung des europäischen Integrationsprozesses. Es gründet auf der Skepsis darüber, dass nationale Sicherheit noch im staatlichen Alleingang machbar sei. Umgekehrt gehört ein historisch begründetes tiefes Misstrauen in die im Entstehen begriffene europäische Friedensordnung und grosses Vertrauen in die Tradition autarker schweizerischer Sicherheitspolitik zu den wichtigen Grundlagen der autonomistischen Orientierung in der Schweiz.

Literaturverzeichnis

- Bacher, J.** (1994). *Clusteranalyse*. München: Oldenbourg.
- Bortz, J.** (1984). *Lehrbuch der empirischen Forschung*. Berlin: Springer.
- Bortz, J.** (1989). *Statistik*. Berlin: Springer.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R.** (1991). *Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W.** (1985). *Milizarmee - Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Eine soziologische Untersuchung über die Auswirkungen des Wertwandels auf das Verhältnis Gesellschaft-Armee in der Schweiz*. Frauenfeld: Huber.
- Haltiner, K.W.** (1994). *Sicherheit '94*. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung.
- Haltiner, K.W.** (1995). *Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R.** (1994). *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Meyer, R., Haltiner, K.W., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W.** (1982). *Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährigen Schweizerinnen und Schweizer*. Pädagogische Rekrutenprüfungen, Wissenschaftliche Reihe Band 6. Aarau: Sauerländer.
- Spillmann, K.R.** (1995). „Von der bewaffneten Neutralität zur kooperativen Sicherheit“. In: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH Zürich (Hrsg.). *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik, Jahrgang 1995*. Zürich.
- Schweizerischer Bundesrat** (1993). *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (B90)*. Bern.
- Schweizerischer Bundesrat** (1993). *Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren (29. Nov. 1993), Anhang: Bericht zur Neutralität*. Bern.

ANHANG

1. Die Qualität der Variablen¹⁰

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, bezeichnet der Statistiker als Skala. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man oft einfach vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf, ...). Eine Skala, deren Zahlen lediglich "Grösser-kleiner"-Relationen richtig abbilden, heisst *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, heisst *Intervallskala* (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

In dieser Studie wird ausschliesslich mit Nominal- und Ordinalvariablen gearbeitet.

2. Korrelationen und Koeffizienten¹¹

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, und negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmen, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, so wird man von einem positiven Zusammenhang sprechen. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie wurden Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. "grösser als..." oder "wichtiger als...") verwendet: der sogenannte Kontingenzkoeffizient und der Guttman's Weak-Monotonicity-Koeffizient.

¹⁰ Nach Bortz (1984).

¹¹ Nach Bortz (1984), Meyer/ Haltiner/ Hofer/ Iff/ Rüegg (1982).

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt *C*, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierten Merkmale. Der Wertebereich von *C* variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 eine völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Guttman's Weak-Monotonicity-Koeffizient* gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich vom Weak-Monotonicity-Koeffizienten variiert zwischen -1 und +1.

Signifikanz: Korrelationskoeffizienten sind nur ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. Das heisst, eine festgestellte Korrelation ist in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt, der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde das in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 800-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Bevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von einer Untergruppe (Stichprobe) auf eine Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit $p < 0.05$ (signifikanter Zusammenhang), $p < 0.01$ (sehr signifikanter Zusammenhang) oder $p < 0.001$ (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei $p > 0.05$ könnte der Zusammenhang bloss zufällig sein.

3. Die Clusteranalyse¹²

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) eingeteilt, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und nach aussen möglichst gut voneinander separierbar sein sollen. Mit anderen Worten sollen die Elemente eines Clusters möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden. Das heisst, das erste Objekt von jedem Cluster (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster gibt der Anwender vor. Er versucht dann, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes

¹² Nach Bortz (1989), Bacher (1994).

neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; er verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Gruppe wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten lag. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nun nicht ein konkretes Objekt vorzustellen, sondern ein künstliches. Man könnte sich das bildlich als Sonnensystem vorstellen. Dabei wäre das Zentrum des Clusters die Sonne, und die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne schwebenden Planeten darstellen.

Nach der Durchführung der Clusteranalyse verfügen wir über zwei wichtige Informationen: Wir wissen, welche Werte die einzelnen Clusterzentren aufweisen und welchem Cluster jedes Objekt angehört. Die Clusterzugehörigkeit kann somit als eine neue Variable betrachtet werden, mit der sich arbeiten lässt.

Auf den folgenden Seiten sind die Zentren der zwei berechneten Cluster für die Daten von 1995 numerisch wiedergegeben. Für Vergleichszwecke werden sowohl die Cluster der Daten von 1993 wie auch ihre Abbildungen aufgeführt.

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 1995*

Variable	Zentrum Cluster 1 „harte“ Öffnungswillige	Zentrum Cluster 2 „weiche“ Öffnungswillige	Zentrum Cluster 3 nationale Autonomisten
Die Schweiz soll...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten	1.72	2.26	3.27
...sich der NATO annähern	2.48	2.86	3.41
...der UNO beitreten	1.85	2.31	3.55
...mehr in Konflikten vermitteln	1.77	2.10	2.81
...mehr Entwicklungshilfe leisten	2.13	2.30	3.03
...dem EWR, nicht aber der EU beitreten	2.79	2.34	3.03
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben	1.64	2.70	2.51
...die Neutralität behalten	1.42	2.68	1.18
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben	2.30	2.91	1.49

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

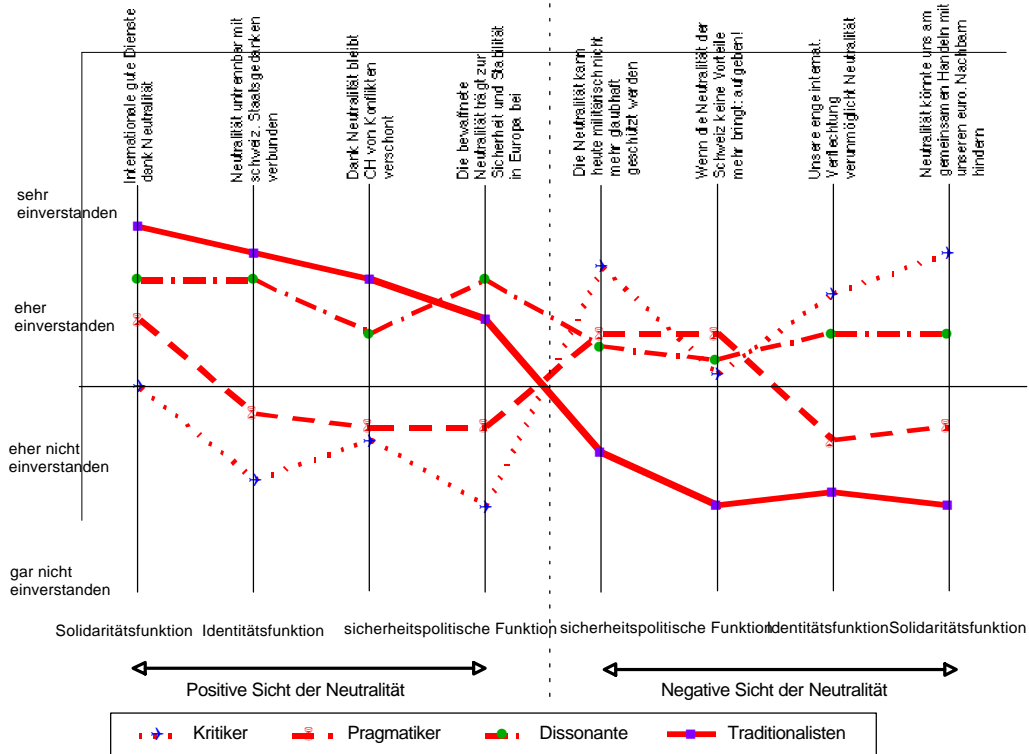
Typologie der Neutralitätsauffassungen 1995*

Variable	Zentrum Cluster 1 Kritiker	Zentrum Cluster 2 Pragmatiker	Zentrum Cluster 3 Dissonante	Zentrum Cluster 4 Traditionalist
Internationale Gute Dienste dank der Neutralität	2.52	1.96	1.69	1.45
Die Neutralität ist untrennbar mit schweiz. Staatsgedanken verbunden	3.02	2.62	1.62	1.48
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.03	2.68	1.89	1.70
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.44	2.97	1.98	1.89
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.60	2.20	2.25	3.40
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben	2.21	2.49	2.74	3.60
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.04	3.07	2.41	3.42
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.63	3.07	2.24	3.50

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Die Cluster-Typologien von 1993

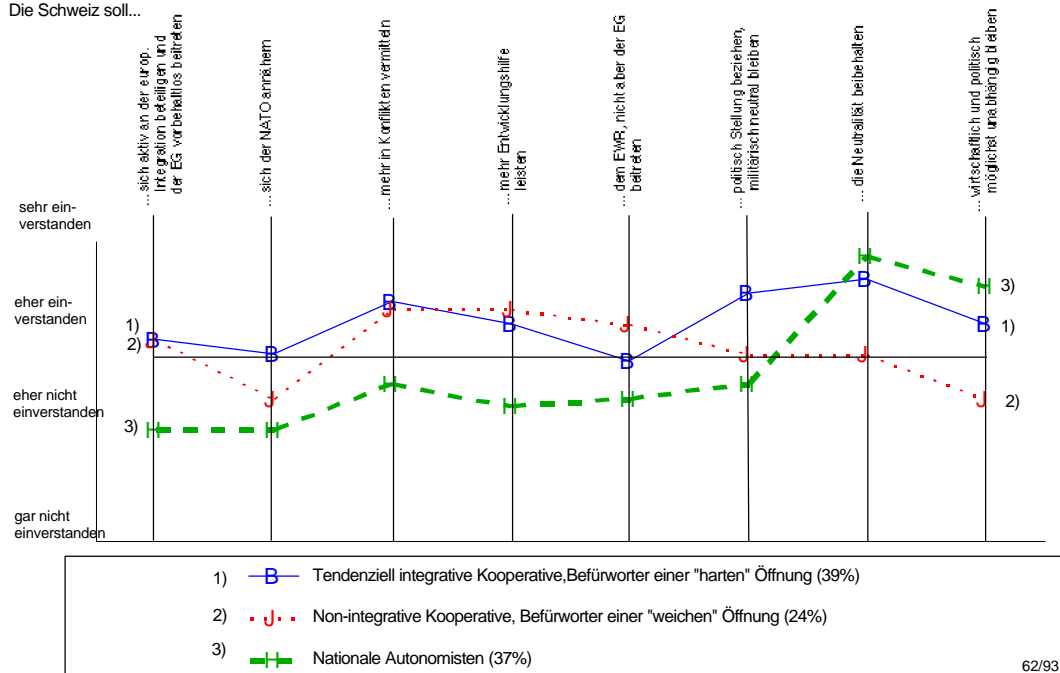
Typologie der Neutralitätsauffassungen



64/93

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit

Die Schweiz soll...



62/93

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 1993*

Variable	Zentrum Cluster 1 „harte“ Öffnungswillige	Zentrum Cluster 2 „weiche“ Öffnungswillige	Zentrum Cluster 3 nationale Autonomisten
Die Schweiz soll...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten	2.68	2.72	1.48
...sich der NATO annähern	2.54	1.86	1.53
...mehr in Konflikten vermitteln	3.23	3.15	2.07
...mehr Entwicklungshilfe leisten	2.86	3.14	1.79
...dem EWR, nicht aber der EG beitreten	2.48	2.85	1.88
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben	3.30	2.53	2.09
...die Neutralität beibehalten	3.51	2.46	3.82
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben	2.90	1.90	3.42

* 1= gar nicht einverstanden, 2= eher nicht einverstanden, 3= eher einverstanden, 4= sehr einverstanden

Typologie der Neutralitätsauffassungen 1993*

Variable	Zentrum Cluster 1 Kritiker	Zentrum Cluster 2 Pragmatiker	Zentrum Cluster 3 Dissonante	Zentrum Cluster 4 Traditionalist
Internationale Gute Dienste dank der Neutralität	2.53	1.96	1.75	1.35
Die Neutralität ist untrennbar mit schweiz. Staatsgedanken verbunden	3.21	2.70	1.75	1.48
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	2.92	3.85	2.15	1.75
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.45	2.80	1.75	1.97
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.60	2.10	2.26	3.06
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben	2.41	2.17	2.34	3.48
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	1.86	2.92	2.19	3.37
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.56	2.85	2.17	3.38

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

INTERNATIONALE KOOPERATIONSBEREITSCHAFT UND NEUTRALITÄT

**FRAGEBOGEN UND
PROZENTUALE HÄUFIGKEITEN**

Stichprobe: Quota-Verfahren, N = 801
Schweizerinnen und Schweizer
Alter 18 +
dt. und frz. Schweiz

Befragungszeitraum: Mai - Juni 1995

Befragungsinstitut: ISOPUBLIC AG, Zürich

Herzlichen Dank, dass Sie sich für dieses Interview über das Thema "Sicherheit" zur Verfügung stellen. Ich werde Ihnen zunächst einige Fragen zu Ihrer Zukunftseinschätzung und zu allfälligen Bedrohungen stellen, dann die Themen Europa und militärische Verteidigung behandeln und zum Schluss noch einmal auf die Schweiz zu sprechen kommen. Wenn es Ihnen recht ist, beginnen wir gleich mit der ersten Frage:

1 Zukunftserwartung

1.1 Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder eher düsterer und gespannter wird?

eher besser und entspannter **8.3**

bleibt etwa so wie heute **39.0**

eher düsterer und gespannter **51.4**

WICHTIG: DIE ANTWORTEN "weiss nicht" UND "keine Antwort" NIEMALS VORLESEN!

weiss nicht **1.1**

keine Antwort **0.3**

1.2 Wenn Sie speziell an die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten für die **Schweiz** denken. Wie sehen Sie dann die nähere Zukunft - also etwa die nächsten fünf Jahre? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

sehr optimistisch **3.1**

eher optimistisch **50.4**

eher pessimistisch **39.9**

sehr pessimistisch **4.9**

weiss nicht **1.8**

keine Antwort **-**

1.3 Nehmen wir einmal an, die Schweiz würde jetzt der Europäischen Union (EU) beitreten: Wie glauben Sie, würde dann die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land in der näheren Zukunft verlaufen? Eher besser, gleich oder eher schlechter?

eher besser verlaufen **34.9**

gleich verlaufen **33.4**

eher schlechter verlaufen **26.5**

weiss nicht **4.5**

keine Antwort **0.8**

2 Bedrohungswahrnehmung

2.1 Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes Thema auf unserer Liste mit Hilfe eines Thermometers an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine sehr grosse, eine kleine oder als gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.

0 bedeutet, dass Sie das Problem oder Ereignis heute als gar keine Bedrohung ansehen, 5 bedeutet, dass Sie es als grosse Bedrohung für unseren Staat einschätzen.

0=gar keine Bedrohung
bis
5=sehr grosse Bedrohung
8=weiss nicht
9=keine Antwort

	0	1	2	3	4	5	8	9
A Konflikte mit Atomwaffen	17.8	22.8	18.5	15.1	12.1	12.9	0.6	0.3
B Naturkatastrophen (z.B. Überschwemmungen, Erdbeben)	4.3	14.9	24.6	28.8	16.9	9.8	0.5	0.4
C Innere Unruhen (z.B. Krawalle, Demonstrationen)	10.0	18.9	26.6	24.0	14.6	4.6	0.3	1.0
D Drogenproblem	2.1	7.3	12.0	23.4	31.0	23.4	-	0.9
E Terrorismus, Geiselnahme und Erpressung	6.8	17.3	24.3	24.5	17.4	9.4	0.1	0.4
F Weltweite Überbevölkerung	4.5	8.4	15.5	20.6	26.3	23.3	0.6	0.9
G Umweltzerstörung (z.B. Klimaveränderung)	1.0	4.4	12.0	23.8	32.3	25.9	0.1	0.6
H Kriminalität	0.9	7.9	17.1	29.1	29.3	14.8	0.4	0.6
I Wirtschaftskrise	1.3	7.3	23.4	39.4	19.3	7.9	1.4	0.3
K Überalterung der Schweiz	5.4	10.8	18.3	29.4	22.3	12.9	0.9	0.3
L Zunehmende Verarmung der Dritten Welt	3.0	6.6	14.9	25.3	29.1	18.9	1.3	1.0
M Kriegerische Konflikte mit konventionellen Waffen (in Europa)	7.3	17.3	24.5	25.4	14.5	9.1	1.4	0.6
N Weltweite Verknappung der Rohstoffe	5.0	14.4	25.4	25.3	20.6	6.5	2.1	0.8

O	Technische Katastrophen (z.B. Atom-/Chemieunfälle)	2.6	9.9	21.0	24.0	25.6	16.0	0.6	0.3
P	Politische Radikalisierung durch Extremisten	4.4	12.8	20.3	31.1	20.4	8.8	1.6	0.8
Q	Überfremdung der Schweiz (Asylanten, Einwanderung)	7.9	12.4	19.9	21.5	20.8	17.1	0.1	0.4
R	Die Europäische Union	24.8	19.3	21.6	17.0	8.4	4.6	3.1	1.3
S	Möglichkeit, durch Konflikte zwischen 3. Welt-Staaten in einen Krieg einbezogen zu werden	24.9	25.6	23.8	14.0	6.0	4.0	1.4	0.4
T	Arbeitslosigkeit	1.0	7.0	21.6	30.4	25.5	13.4	0.8	0.4
U	Möglichkeit, dass radioaktives Material für terroristische oder kriminelle Zwecke verwendet wird (Uranschmuggel etc.)	4.0	15.1	16.4	28.0	24.0	11.0	0.8	0.8
V	Kostenexplosion im Gesundheitswesen	2.1	8.6	19.0	30.3	25.4	13.5	0.8	0.4

2.2 Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

1=sehr einverstanden
2=eher einverstanden
3=eher nicht einverstanden
4=gar nicht einverstanden
8=weiss nicht
9=keine Antwort

		1	2	3	4	8	9
A	"Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten"	21.5	27.9	23.0	25.1	2.1	0.4
B	"Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern"	24.4	36.8	20.6	16.6	0.9	0.8
C	"Die Schweiz sollte dem EWR, nicht aber der EU beitreten"	12.1	23.4	30.0	27.6	5.6	1.3

D	"Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen"	5.4	15.6	24.5	49.8	3.5	1.3
E	"Die Schweiz sollte sich der NATO (dem Nordatlantischen Bündnis) annähern"	6.0	23.0	29.4	33.1	7.0	1.5
F	"Die Schweiz sollte der NATO beitreten"	4.8	14.0	27.9	43.9	7.6	1.9
G	"Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln"	22.6	35.8	21.9	16.5	2.5	0.8
H	"Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen"	28.3	39.4	20.1	9.3	2.1	0.9
I	"Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben"	24.8	34.4	21.6	16.1	2.3	1.0
K	"Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten"	3.1	10.6	19.9	63.8	2.0	0.6
L	"Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen"	7.3	17.3	28.1	43.9	2.6	0.9
M	"Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten"	17.4	29.3	28.3	22.8	1.4	1.0
N	"Die Schweiz sollte der UNO beitreten"	20.0	21.4	20.9	33.6	3.9	0.3
O	"Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen"	16.6	25.0	23.3	31.9	2.8	0.5
P	"Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen"	31.6	39.1	18.5	7.5	2.0	1.3
Q	"Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten"	60.1	19.9	13.4	5.1	0.9	0.6
R	"Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben"	34.3	28.6	24.5	10.6	0.8	1.3

S	"Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen"	27.5	29.3	24.4	15.1	2.6	1.1
T	"Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten"	18.8	22.0	33.0	21.9	3.8	0.6

2.3 Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

1=sehr einverstanden
 2=eher einverstanden
 3=eher nicht einverstanden
 4=gar nicht einverstanden
 8=weiss nicht
 9=keine Antwort

		1	2	3	4	8	9
A	"Die nationale Souveränität sollte niemals zugunsten einer europäischen Einigung aufgegeben werden"	37.5	28.4	21.0	9.3	3.1	0.8
B	"Nur wenn sich alle europäischen Länder vereinigen, werden wir einen dauerhaften und stabilen Frieden in Europa bekommen"	16.9	31.1	33.0	15.8	2.8	0.5
C	"Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt"	14.9	38.1	28.8	12.5	4.5	1.3
D	"Der Zusammenschluss von Staaten in der Europäischen Union hat dazu geführt, dass die Gefahr von Kriegen zwischen den Mitgliedsländern der EU abgenommen hat"	19.1	37.9	24.1	12.0	6.0	0.9

3 Politische Beteiligung

3.1 Sie haben in dieser Umfrage bereits einige Fragen zur Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung beantwortet. Unter Gesamtverteidigung verstehe ich alle militärischen und zivilen Massnahmen zum Schutze und zur Sicherung des Landes. Einmal abgesehen davon, ob Sie für oder gegen die Gesamtverteidigung eingestellt sind: Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit und Gesamtverteidigung?

sehr stark	10.8
recht stark	30.9
ein bisschen	47.8
überhaupt nicht	10.0
weiss nicht	0.5
keine Antwort	0.1

3.2 Kommt es vor, dass Sie von Ihren Freunden oder Bekannten über politische Fragen um Rat und Auskunft gefragt werden: öfters, gelegentlich, selten, nie?

öfters	9.4
gelegentlich	30.6
selten	31.8
nie	28.1
weiss nicht	-
keine Antwort	0.1

3.3 Bitte sagen Sie mir jedesmal, ob Sie persönlich die Tätigkeiten, die ich Ihnen vorlese, regelmässig, öfters, selten oder nie tun?

1=regelmässig
 2=öfters
 3=selten
 4=nie
 8=weiss nicht
 9=keine Antwort

	1	2	3	4	8	9
A In einer politischen Gruppe oder Partei aktiv mitmachen	5.5	2.5	13.0	78.5	-	0.5

B	Bei Wahlen und Abstimmungen, die Ihre Wohngemeinde betreffen, teilnehmen	47.3	28.4	15.3	8.6	0.1	0.4
C	Bei kantonalen und eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen teilnehmen	51.8	25.9	14.9	6.8	0.3	0.5

4 Schweiz und Europa

4.1 Wenn am nächsten Sonntag über einen Beitritt der Schweiz zur EU abgestimmt würde, wie würden Sie stimmen?

Ich würde ja stimmen	46.9
Ich würde nein stimmen	41.8
weiss nicht	9.8
keine Antwort	1.6

4.2 Wenn am nächsten Sonntag über einen Beitritt der Schweiz zur EU abgestimmt würde, was glauben Sie, wie würde die Mehrheit stimmen? Würde der Beitritt von der Mehrheit der Stimmenden ganz sicher oder ziemlich sicher angenommen bzw. von der Mehrheit der Stimmenden ziemlich sicher oder ganz sicher abgelehnt werden?

Die Vorlage würde

ganz sicher angenommen werden	8.1
ziemlich sicher angenommen werden	32.9
ziemlich sicher abgelehnt werden	42.8
ganz sicher abgelehnt werden	10.5
weiss nicht	5.0
keine Antwort	0.8

- 4.3 Angenommen, es wird in 10 Jahren über einen Beitritt der Schweiz zur EU/UNO* abgestimmt. Was glauben Sie, wie wird die Mehrheit stimmen?

Die Vorlage wird

ganz sicher angenommen
ziemlich sicher angenommen
ziemlich sicher abgelehnt
ganz sicher abgelehnt
weiss nicht
keine Antwort

* Irrtümlicherweise wurde in einzelnen Versionen des Fragebogens die EU durch die UNO ersetzt. Diese Variable ist deshalb unbrauchbar.

-
- 4.4 Jetzt eine Frage zur NEAT, d.h. zum geplanten Bau von neuen Eisenbahntunnels durch den Lötschberg und den Gotthard.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

1=sehr einverstanden
2=eher einverstanden
3=eher nicht einverstanden
4=gar nicht einverstanden
8=weiss nicht
9=keine Antwort

	1	2	3	4	8	9
A "Vom Bau der NEAT profitieren in erster Linie die anderen westeuropäischen Länder und weniger die Schweiz"	15.0	35.1	32.9	11.9	4.5	0.6
B "Der Bau der NEAT gibt der Schweiz eine stärkere Position in den Verkehrsverhandlungen mit anderen westeuropäischen Ländern"	29.8	46.8	13.5	6.3	3.0	0.8
C "Die anderen westeuropäischen Länder sollen sich an den Baukosten der NEAT beteiligen"	38.9	33.0	14.1	10.9	2.9	0.3

5 Neutralität/Rollenvorstellungen

5.1. Die Schweiz hat ja bisher immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man aber in verstärktem Masse auch Meinungen, die den Wert dieser Neutralität für die Zukunft in Frage stellen.

Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

1=sehr einverstanden
 2=eher einverstanden
 3=eher nicht einverstanden
 4=gar nicht einverstanden
 8=weiss nicht
 9=keine Antwort

	1	2	3	4	8	9
A "Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten"	41.1	42.4	12.8	2.5	1.1	0.1
B "Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen"	27.8	39.1	22.9	8.5	1.5	0.3
C "Die Neutralität lässt in gewissen Bereichen auch eine Zusammenarbeit mit der NATO zu"	15.5	44.3	18.5	9.8	10.6	1.4
D "Die Neutralität sollte ein vorrangiges Ziel unserer Aussenpolitik bleiben"	44.0	30.8	17.0	6.0	1.9	0.4
E "Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei"	24.9	30.4	24.5	16.4	2.8	1.1
F "Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben"	10.9	18.6	28.3	37.0	4.5	0.8
G "Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung"	7.6	20.1	38.5	28.9	4.4	0.5

	mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität"						
H	"Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden"	16.4	23.5	32.0	22.0	5.0	1.1
I	"Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln"	8.8	25.3	34.6	28.8	2.1	0.5
K	"Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungs- bündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung der Neutralität"	7.6	24.5	31.9	26.9	7.9	1.3
L	"Die Neutralität bringt uns ein hohes internationales Ansehen"	29.4	34.6	22.1	10.4	2.5	1.0
M	"Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden"	37.6	31.1	19.3	8.8	2.8	0.5
O	"Unsere Neutralität sollte für andere ein Vorbild sein. Wenn die Welt 'schweizerischer' wäre, gebe es weniger Kriege und Konflikte"	30.0	35.1	21.3	10.8	2.6	0.3
P	"Wir sollten auf jeden Fall neutral bleiben, weil ein Krieg auf westeuropäischem Boden (z.B. zwischen Deutschland und Frankreich) auch in der Zukunft nicht ausgeschlossen ist."	30.0	32.6	20.9	12.5	3.0	1.0
Q	"Ein Beitritt zur EU ist mit unserer Neutralität nicht zu vereinbaren."	16.3	21.1	31.6	23.6	6.5	0.9

6 Gesamteuropäische Verteidigung

6.1 Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?

A	Ja, solange es sich bloss um unterstützende Aufgaben handelt (z.B. medizinische Versorgung)	40.3
B	Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt (mit Möglichkeit zur Selbstverteidigung)	27.5
C	Ja, auch Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens	7.9
D	Nein, überhaupt nicht	22.9
	weiss nicht	1.0
	keine Antwort	0.5

6.2 In der Öffentlichkeit wird heute mehr als früher über eine europäische Armee im Rahmen einer gemeinsamen Verteidigung gesprochen.

Halten Sie das Zustandekommen einer solchen gemeinsamen europäischen Armee für sehr wahrscheinlich, eher wahrscheinlich, eher unwahrscheinlich oder sehr unwahrscheinlich?

	sehr wahrscheinlich	4.6
	eher wahrscheinlich	25.6
	eher unwahrscheinlich	43.1
	sehr unwahrscheinlich	22.6
	weiss nicht	3.5
	keine Antwort	0.5

6.3 Ist die Errichtung einer europäischen Armee Ihrer Ansicht nach sehr wünschenswert, eher wünschenswert, eher nicht wünschenswert, gar nicht wünschenswert?

sehr wünschenswert	5.4
eher wünschenswert	26.9
eher nicht wünschenswert	32.8
gar nicht wünschenswert	29.5
weiss nicht	4.5
keine Antwort	1.0

6.4 Wir haben hier einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit den Armeen anderer europäischer Länder zusammenarbeiten könnte. Sagen Sie mir bitte, ob Sie sich eine solche Zusammenarbeit sehr gut oder gut vorstellen bzw. eher nicht oder gar nicht vorstellen könnten.

- 1=könnte ich mir sehr gut vorstellen
- 2=könnte ich mir gut vorstellen
- 3=könnte ich mir eher nicht vorstellen
- 4=könnte ich mir gar nicht vorstellen
- 8=weiss nicht
- 9=keine Antwort

Könnten Sie sich vorstellen, dass...

	1	2	3	4	8	9
A ...die Schweiz ihre militärische Verteidigung zusammen mit anderen europäischen Staaten planen würde?	11.4	28.0	31.6	27.5	1.4	0.1
B ...Schweizer Soldaten mit Soldaten anderer europäischer Staaten gemeinsame Manöver durchführen würden?	11.9	31.5	30.1	25.4	0.8	0.4
C ...Schweizer Soldaten zusammen mit Soldaten anderer europäischer Staaten bei Grosskatastrophen zum Einsatz kommen würden?	40.5	37.0	12.5	9.0	0.8	0.3

D ...die Schweiz ihre Armee so anpassen würde, dass sie mit den Armeen anderer europäischer Staaten besser zusammenarbeiten könnte?	12.6	35.9	29.8	18.6	2.4	0.8
E ...Schweizer Soldaten gemeinsam mit Soldaten anderer europäischer Staaten ausgebildet würden	11.0	26.9	32.4	27.0	2.1	0.6

6.5 Wenn die Schweizer Armee nun in der einen oder anderen Form mit den Armeen anderer europäischer Länder zusammenarbeiten würde. Was glauben Sie, hätte eine solche Zusammenarbeit Auswirkungen auf unsere Neutralität?

1=hätte grosse Auswirkungen auf unsere Neutralität

2=hätte nicht so grosse Auswirkungen auf unsere Neutralität

3=hätte fast keine Auswirkungen auf unsere Neutralität

4=hätte überhaupt keine Auswirkungen auf unsere Neutralität

8=weiss nicht

9=keine Antwort

	1	2	3	4	8	9
A Wenn die Schweiz ihre militärische Verteidigung zusammen mit anderen europäischen Staaten planen würde, hätte das grosse oder nicht so grosse Auswirkungen auf unsere Neutralität bzw. fast keine oder überhaupt keine?	35.4	33.5	20.5	6.4	3.3	1.0
B Wenn Schweizer Soldaten mit Soldaten anderer europäischer Staaten gemeinsame Manöver durchführen würden.	30.1	36.3	20.6	10.5	1.8	0.8
C Wenn Schweizer Soldaten zusammen mit Soldaten anderer europäischer Staaten bei Grosskatastrophen zum Einsatz kommen würden.	11.8	21.5	26.4	38.5	1.3	0.6
D Wenn die Schweiz ihre Armee so anpassen würde, dass sie	23.1	35.0	26.1	11.1	3.5	1.1

mit den Armeen anderer
europäischer Staaten
besser zusammenarbeiten
könnte.

E Wenn Schweizer Soldaten gemeinsam mit Soldaten anderer europäischer Staaten ausgebildet würden.	28.3	35.1	21.9	11.6	2.3	0.9
--	-------------	-------------	-------------	-------------	------------	------------

6.6 Auch nachdem das Volk den Einsatz von Schweizer Soldaten als UNO-Blauhelme abgelehnt hat, sind Schweizer ausserhalb der Landesgrenzen im Einsatz und engagieren sich für die Friedenssicherung oder die friedliche Beilegung von Konflikten, z.B. als Beobachter oder Sanitätspersonal für die UNO, als Vertreter des Roten Kreuzes usw. Soll die Schweiz in Zukunft ihre Beteiligung an solchen Einsätzen eher ausbauen, im heutigen Masse beibehalten oder reduzieren?

eher ausbauen	37.6
im heutigen Masse beibehalten	50.6
eher reduzieren	9.4
weiss nicht	1.6
keine Antwort	0.8

7 Verhältnis zur Schweiz

Lassen wir das Thema militärische Sicherheit nun einmal beiseite. Bei den nächsten Fragen geht es wieder allgemein um die Schweiz und um unsere Landesregierung.

7.1 Sind Sie persönlich mit der Art und Weise, wie die Schweiz heute regiert wird, sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden, sehr unzufrieden oder finden Sie, "es geht so/unentschieden"?

sehr zufrieden	1.9
eher zufrieden	21.9
es geht so/unentschieden	41.0
eher unzufrieden	27.6
sehr unzufrieden	6.4
weiss nicht	0.3

keine Antwort

1.0

7.2 Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz, und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen geniessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala: 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen genießt, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.

Wie ist das mit...

	überhaupt kein Vertrauen					volles Vertrauen				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A dem Bundesrat	5.1	5.1	7.4	11.9	26.1	13.8	12.0	12.4	2.3	3.9
B dem Parlament in Bern	5.0	7.0	9.0	15.9	27.8	15.8	9.4	6.1	1.9	2.0
C der Polizei	3.3	4.9	7.9	7.6	18.5	11.8	15.7	17.5	7.1	5.6
D der Armee	7.4	5.8	6.2	9.2	18.5	13.7	12.3	16.3	4.9	5.8
E den Medien	10.1	9.5	11.9	14.4	24.4	10.7	8.7	7.5	1.1	1.6

8 Soziodemographie

8.1 Geschlecht

weiblich	50.5
männlich	49.5

8.2 Alter

Geburtsjahr	19.....
-------------	---------

8.3. Zuletzt besuchte Schule

Primarschule	9.1
Sekundar-/Real-/Bezirksschule	10.5
Berufsschule/Gewerbeschule	52.8
Mittelschule/Gymnasium/	15.3

Technikum/Seminar	
Hochschule/Uni, Poly/ETH	11.5
weiss nicht/ keine Antwort	0.9

8.4 Muttersprache

Deutsch	72.9
Französisch	24.4
Andere	2.8

8.5 Darf ich Sie fragen, wie häufig Sie in die Kirche (respektive Synagoge, Moschee etc.) gehen?

mindestens 1 mal pro Woche	4.6
fast jede Woche	5.6
1-2 mal pro Monat	13.6
1-4 mal pro Jahr	51.1
nie	22.9
weiss nicht	0.3
keine Antwort	1.9

8.6 Sind Sie...

ganztags berufstätig	48.4
Teilzeit-berufstätig (mind. 6 Std./Woche)	14.6
in Ausbildung (ohne Lehrlinge)	4.8
nicht berufstätig	30.0
zur Zeit arbeitslos	2.0
weiss nicht	-
keine Antwort	0.3

8.7 Beruf
Welches ist Ihr Beruf?

Lehrlinge	3.0
Ungelernte Arbeiter und Handwerker	1.1

Angelernte Arbeiter und Handwerker	3.1
Gelernte Arbeiter und Handwerker	11.0
Einfache Angestellte oder Beamte	25.1
Abteilungsleiter, Prokura, Leitende Angestellte oder Beamte	12.6
Direktoren, Chefbeamte	0.6
Landwirte, Weinbauern	1.3
Inhaber von Handwerks- und Gewerbebetrieben	3.5
Selbständige Unternehmer, freie Berufe	6.9
weiss nicht	0.5
keine Antwort	31.3

8.8 Nicht berufstätig
Tätigkeit

in Ausbildung (Schüler/in, Student/in)	8.3
Rentner/in	10.1
Hausfrau/mann	15.5
etwas anderes	1.4
weiss nicht	0.5
keine Antwort	64.3

8.9 Politische Stellung

"Links, Mitte, Rechts" sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren.

Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?

0 = ganz links	1.1
1	1.1
2	4.9
3	10.1
4	9.9
5 = Mitte	32.9
6	11.6
7	7.5

8	4.9
9	0.8
10 = ganz rechts	0.4

8.10 Sind Sie im Militär eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

Ja, im Militär eingeteilt	19.0
Ja, "war" im Militär eingeteilt	20.0
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)	59.9
weiss nicht	0.1
keine Antwort	1.0

im Militär eingeteilt:

8.11 Welches ist Ihr gegenwärtiger Rang im Militär?

MFD, RDK	0.9
Soldat, Gefreiter	13.1
Unteroffizier	3.3
Offizier	2.9
weiss nicht	0.1
keine Antwort	79.8

8.12 Welches war Ihr letzter Rang im Militär?

MFD, RDK	1.0
Soldat, Gefreiter	15.3
Unteroffizier	3.5
Offizier	2.1
weiss nicht	-
keine Antwort	78.1

Bisher sind folgende Hefte erschienen:

- Nr. 1 Kurt R. Spillmann: Konfliktforschung und Friedenssicherung (1987) **vergriffen**
- Nr. 2 Kurt R. Spillmann: Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy (1987)
- Nr. 3 Kurt R. Spillmann: Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (1987)
- Nr. 4 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 - Bericht und Auswertung (1987)
- Nr. 5 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 - Bericht und Auswertung (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond: La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire (1988)
- Nr. 7 Christian Kind: Extended Deterrence - Amerikas Nukleargarantie für Europa (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi: Der Weg zum Weiterleben - Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener: John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle (1989)
- Nr. 11 Dominique Wisler: Vers une nouvelle politique de sécurité (1989) **vergriffen**
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann: Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989 (1989)
- Nr. 14 Fred Tanner: Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates (1990)
- Nr. 15 Jacques Hürlimann / Kurt R. Spillmann: Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dez. 1990 (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer: Die Strategie der "Flexible Response" und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor: Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz (1991)
- Nr. 18 Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Sicherheit 1991 - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung (1991)
- Nr. 19 Andreas Wenger: Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie - Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy (1991)

(Fortsetzung nächste Seite)

- Nr. 20 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte I - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1991 (1991) **vergriffen**
- Nr. 21 Stephan Kux: Decline and Reemergence of Soviet Federalism (1991) **vergriffen**
- Nr. 22 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Europäische Integration und Schweizerische Sicherheitspolitik - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 25./26. Oktober 1991 (1992)
- Nr. 23 Anton Bebler: The Yugoslav Crisis and the "Yugoslav People's Army" (1992) **vergriffen**
- Nr. 24 Sabina Ann Fischer: Namibia Becomes Independent - The U.S. contribution to regional peace (1992)
- Nr. 25 Dominique Wisler: La violence politique en Suisse et les mouvements sociaux: 1969-1990 (1992)
- Nr. 26 Mauro Mantovani: Stand und Perspektiven der Sicherheitspolitik in Europa (1992)
- Nr. 27 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte II - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1992 (1992)
- Nr. 28 Kurt R. Spillmann und Mauro Mantovani (Hrsg.): Die sicherheitspolitische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 26. Oktober 1992 (1993)
- Nr. 29 Günther Bächler: Bosnien-Herzegowina - Friedliche Streitbeilegung zwischen Realität und konkreter Utopie (1993) **vergriffen**
- Nr. 30 Ilja Kremer: Die Sowjetunion und Russland nach 1985: Von der Oktoberrevolution zur Oktoberkrise (1993)
- Nr. 31 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte III - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1993 (1994)
- Nr. 32 Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend (1994)
- Nr. 33 Mauro Mantovani: Nato-Mitglied Schweiz? Voraussetzungen und Folgen einer sicherheitspolitischen Integration der Schweiz (1994)
- Nr. 34 Michael Fajnor: Multilaterale Anstrengungen zur Kontrolle konventioneller Rüstungstransfers und die Schweiz (1994)
- Nr. 35 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte IV - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1994 (1994)
- Nr. 36 Andreas Wenger / Jeronim Perovic: Das schweizerische Engagement im ehemaligen Jugoslawien (1995)
- Nr. 37 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte V - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1995 (1995)

Die Hefte können bei der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK, ETH-Zentrum SEU, CH-8092 Zürich, Tel. 01/632 40 25, Fax: 01/363 91 96 bezogen werden.

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004

